



Jörg Uhlig

**Zur Unsicherheit kommunaler
Förderung und deren Auswirkung
auf die Arbeitszufriedenheit von
Mitarbeiter_innen freier Träger
in der Offenen Jugendarbeit**

Forschungsberichte
Fakultät Soziale Arbeit
Nr. 3
Juni 2011

Jörg Uhlig

Zur Unsicherheit kommunaler Förderung und deren Auswirkung auf die Arbeitszufriedenheit von Mitarbeiter_innen freier Träger in der Offenen Jugendarbeit

Eine exemplarische Untersuchung in Chemnitz (Sachsen)

**Zugleich Abschlussarbeit des Master im Wintersemester 2010/11
BetreuerIn: Prof. Dr. Gudrun Ehlert und Prof. Dr. Stephan Beetz**

Im November 2000 begann ich als Berufseinsteiger meine Tätigkeit als Sozialarbeiter bei einem freien anerkannten Träger der Offenen Kinder- und Jugendarbeit¹, dem Alternativen Jugendzentrum e.V. in Chemnitz. Die Fülle von Aufgaben, Anforderungen, Möglichkeitsstrukturen und „Gegebenheiten“ in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit eröffneten zum einen großartige Erfahrungsräume und Tätigkeitsvielfalt. Sie brachten zum anderen aber auch Erfahrungen z.B. latenter und ständiger Belastungen bzw. Überforderungen und Verunsicherungen.

Zu den positiven Erfahrungen zählt dabei die Arbeit mit einer Gruppe junger Menschen ab November 2000², die der Jugend- bzw. Subkultur Hip-Hop zuzuordnen waren. Nach etwa acht Jahren sozialpädagogischer Begleitung der Gruppe kann die Arbeit mit folgenden Ergebnissen ohne Anspruch auf Vollständigkeit beschrieben werden: gleichbleibende Besucher_innenzahlen im gesamten Zeitraum; hohe Bindung an das Haus; aktive Teilnahme an anderen hausinternen Angeboten (z.B. ehrenamtliche Mitarbeit in der Gastronomie- und/oder Konzertgruppe); selbstbewusster Einsatz für eigene Bedürfnisse innerhalb des Vereins; etwa 80 organisierte Party- und Konzertveranstaltungen mit 80 bis 900 Gästen pro Veranstaltung; eine 50 m lange Graffiti-Wand „Wall Of Fame“; eine Vielzahl legale Graffiti-Projekte bis hin zu Großaufträgen durch die Stadt Chemnitz; ein jährlich stattfindender Graffiti-Contest „We Feed The Wall“; eine bundesweit agierende Graffiti-Agentur; ein sachsenweit bekanntes Hip-Hop Projekt mit drei professionell produzierten Tonträgern; 15 nachgeholt Schulabschlüsse³ mit anschließendem Abitur und Studium in den Richtungen Medientechnik, Soziale Arbeit, Psychologie, Architektur, Germanistik und Journalismus. In den fast 10 Jahren meiner Tätigkeit im AJZ e.V. Chemnitz sind von den Sozialpädagog_innen weitere Angebote oder Projekte⁴ realisiert worden: Spielmobil; Volxküche und Tierarztsprechstunde „Dr. Dog“⁵; Fitnessstudio „Bodyfarm“; Kontaktbüro; Kreativwerkstatt; ein- oder mehrtägige Freizeitmaßnahmen (Paddeln, Camping, Städteausfahrten); Begleitung der AG Konzerte, die eine Vielzahl Konzerte und Musikveranstaltungen im Jahr durchführt; AG Gastronomie, die alle gastronomischen Belange bei Veranstaltungen organisiert; AG Kino; Fotolabor; Angebot für junge Menschen, die nach jugendrichterlicher Auflage Arbeitsstunden verrichten müssen; in den letzten vier Jahren: Bandproberaum „Jugend gegen Luftgitarren“; jährlicher Band-Contest „Rock & Roll Highschool“; Theaterprojekt; Ferienangebote „Zirkuswoche“ und „Theaterwoche“; internationale Jugendaustausche mit bis zu 60 Teilnehmer_innen aus bis zu vier Ländern; Skate- und BMX Drei-

¹ Im gesamten Text wird Offene Kinder- und Jugendarbeit, Offene Jugendarbeit, Kinder- und Jugendarbeit sowie Jugendarbeit gleichbedeutend im Sinne § 11 KJHG, SGB VIII verwendet.

² Etwa 30 männliche und 5 weibliche junge Menschen im Alter von 14-20 Jahren; Kerngruppe 20 Personen, davon 3 weiblich

³ Im Jahr 2000 in der Kerngruppe: 11 Realschul-, 4 Abiturabschlüsse und 2 ohne Schulabschluss, 3 Berufsabschlüsse.

⁴ Wegen des großen Zeitraums und der hohen Anzahl kleiner, zeitlich begrenzter Projekte kann kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben werden.

⁵ Das Angebot wurde 2009 eingestellt.

ecksrampe „Area 54“; Skate- und BMX Halle „Druckbude“⁶; jährlich mehrere Skate- und BMX Jam-Sessions und Contests; AG Bildungskollektiv, das Lesungen und Vorträge organisiert; Archiv der Sozialen Bewegungen „SERO“. Das aktuellste Angebot ist seit November 2010 eine fast 100 qm große Kletterwand im Konzertsaal des Hauses, die in den vergangenen Monaten auf Anregung von und mit Jugendlichen konzipiert und gebaut wurde. Diese Angebotspalette wird ergänzt durch individuelle Angebote für junge Menschen, z.B. Beratungsangebote bei persönlichen Problemen und in Krisensituationen.

Die Bereitstellung und Absicherung der Angebote durch die angestellten Mitarbeiter_innen für die Nutzer_innen wird von weiteren Aufgaben begleitet: jährliche Leistungsbeschreibung und Berichterstattung sowie finanzielle Beantragung und Abrechnung an das Amt für Jugend und Familie Chemnitz für das Gesamtangebot „Offene Jugendarbeit und Außerschulische Jugendbildung“; Beantragung und Abrechnung von Projekten⁷; Erhebung monatlicher Statistiken für das Amt für Jugend und Familie der Stadt Chemnitz; Teilnahme an verschiedenen Arbeitskreisen nach KJHG; Anleitung von Mitarbeiter_innen in Maßnahmen, die über die ARGE Chemnitz finanziert werden; Anleitung von Praktikant_innen; Organisation der Reinigung und betriebstechnische Instandhaltung des gesamten Objektes (Gesamtfläche Innenräume über 2000 qm, Grundstück über 4000 qm).

Mit Ausnahme des Projektes Skate- und BMX Halle „Druckbude“⁸ organisierten, begleiteten oder erbrachten in den letzten beiden Jahren all diese Angebote und Aufgaben formal nur noch drei Sozialarbeiter_innen, die sich 2,5 Vollzeitäquivalente teilen. Von ehemals 4,0 Vollzeitäquivalenten bis 2003 sind über 2,75 Vollzeitäquivalente von 2003 bis 2008 in acht Jahren ein Drittel des Personals für die Offene Jugendarbeit in der Einrichtung gekürzt wurden. Die finanzielle Förderung sank in diesem Zeitraum von 216.705 Euro auf 161.460 Euro, also um etwa ein Viertel.

Neben diesen kurz zusammengefassten strukturellen Veränderungen, deren umfangreichen Auswirkungen im Rahmen dieses Vorworts nicht beschrieben werden können, wirkten auf die Sozialarbeiter_innen weitere Belastungen, die aus der intensiven sozialpädagogischen Arbeit mit den Nutzer_innen von Angeboten des AJZ's ergaben. Die Fülle an individuellen Lebens- und Problemlagen der jungen Menschen erforderten ein hohes Maß an Fachlichkeit und individuelle Verarbeitungsleistungen von den Sozialarbeiter_innen. Besondere Belastungserfahrungen waren dabei Selbstmorde und das Sterben von jungen Menschen z.B. durch Überdosen oder Krankheiten, mit denen meine Kolleg_innen und ich in den Jahren seit Beginn meines Arbeitsverhältnisses konfrontiert wurden.

Zusammenfassend lässt sich anführen, dass in der Arbeit ein hohes Be- und Überlastungspotenzial besteht. Hinzu kommen steigende Verwaltungsaufgaben, weniger Zeit für die Nutzer_innen der Angebote, weniger Arbeitszeit bei gleichbleibender Angebotsstruktur, Veränderungen bzw. Neuorientierungen im Arbeitsfeld, vielfacher Rechtfertigungsdruck und die jährliche Unsicherheit der

⁶ Diese 800 qm große Halle wurde 2007 mit ca. 20 ehrenamtlich tätigen Jugendlichen aus der Chemnitzer Skate- und BMX Szene konzipiert und aufgebaut.

⁷ Angeführt werden kann hier z.B.: Kulturstadt Chemnitz, Soziokultureller Jugendfond Chemnitz, Europäischer Sozialfond, „Aktion Mensch“, Lokaler Aktionsplan für Demokratie und Toleranz Chemnitz.

⁸ Im ersten Jahr wurde das Angebot ohne zusätzliches Personal geschaffen und ab 2008 konnte über „Aktion Mensch“ eine dreijährige Förderung für 1,25 AE mit anhängigen Sachkosten erreicht werden.

kommunalen Förderung, die eine mittelfristige Planung und kontinuierliche Arbeit fast unmöglich erscheinen lassen. Fast jährlich mussten vom Verein und den Sozialarbeiter_innen durch die Verwaltung angestrebte Kürzungen verhindert oder verhandelt werden. Gesprächstermine, Strategiegespräche, Stellungnahmen, Pressemitteilungen, Schreiben an Politiker und Jugendausschussmitglieder sowie die Organisation und Durchführung von Demonstrationen, als Reaktionen auf die Kürzungsvorhaben, lähmten mitunter Tage oder Wochen den täglichen Normalbetrieb in den Angeboten.

Im Themenfindungsprozess zu dieser Arbeit führten die eben beschriebenen Gedanken und die langjährige Erfahrung im Arbeitsfeld zu dem Entschluss, eine Fragestellung zur Förderung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und diesbezüglicher Auswirkungen auf die Mitarbeiter_innen zu bearbeiten.

Im Rahmen dieser Veröffentlichung wird der Anhang in stark gekürzter Version wiedergegeben. Für eine intensivere Sichtung z.B. der Daten aus der Analyse der kommunalen Förderung von Angeboten der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Chemnitz (2003-2010) und der geführten Interviews bitte ich die interessierten Leser_innen, das gedruckte Exemplar in der Bibliothek der Fachhochschule Mittweida/Fachbereich Soziale Arbeit einzusehen.

1	Einleitung.....	8
2	Zur aktuellen Lage der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Deutschland.....	10
2.1	Jugendphase heute – Herausforderungen an die Offene Kinder- und Jugendarbeit?	10
2.2	Eine Standortbestimmung	13
2.3	Aufgabenvielfalt – Offenheit oder Überforderung?	25
2.4	Recht, Politik und Offene Kinder- und Jugendarbeit.....	27
2.5	Ausgewählte statistische Daten zur Offenen Kinder- und Jugendarbeit	30
3	Jugendarbeitsforschung	33
3.1	Ein Überblick	33
3.2	Zum Nutzen der Jugendarbeitsforschung	35
4	Die professionellen Mitarbeiter_innen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit.....	38
4.1	Annäherung.....	38
4.2	Kompetenzen der Mitarbeiter_innen im Arbeitsfeld	40
4.3	Aushalten oder Gehen? Mögliche Belastungen für die Mitarbeiter_innen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit	42
5	Arbeitszufriedenheit	46
5.1	Erklärungsansätze zur Arbeitszufriedenheit	46
5.2	Dimensionen von Arbeitszufriedenheit	50
6	Offene Kinder- und Jugendarbeit in Chemnitz.....	52
6.1	Angebote und Träger In Chemnitz	52
6.2	Daten zur kommunalen Förderung nach § 11 KJHG in Chemnitz 2003-2010.....	54
6.3	Allgemeine Einschätzung zur kommunalen Förderung von Angeboten nach § 11 KJHG in Chemnitz.....	56

7.	Untersuchung der Arbeitszufriedenheit von Mitarbeiter_innen in der Jugendhilfe in Chemnitz	59
7.1	Einordnung in die aktuelle Forschung.....	59
7.2	Untersuchungskonzeption und -durchführung.....	60
7.3	Ergebnisse der Erhebung	63
8	Resumee und Diskussion der Ergebnisse	70
10	Literaturangaben.....	73
10.1	Literaturverzeichnis.....	73
10.2	Quellenverzeichnis	77

Aktuell sind bundesweit, auf der Länderebene und in den Kommunen hohe Kürzungen im sozialen und kulturellen Bereich vorgesehen. Die Finanz- und Wirtschaftskrise und die Staatsverschuldung werden von neoliberaler Politik als Gründe angegeben, Kürzungen zu legitimieren und als unabdingbar auch durchzusetzen. Der Staat zieht sich immer mehr aus seiner sozialen Verantwortung zurück und vermittelt mehr denn je den Eindruck, das Individuum sei selbst für seine Lebensumstände und Möglichkeiten, an der Gesellschaft teilzuhaben, verantwortlich. Demonstrierten im zweiten Halbjahr 2010 zwei Mal über 10.000 Menschen vor dem Sächsischen Landtag gegen die geplanten Kürzungen in den Bereichen Bildung, Kultur und Soziales, so scheinen diese Proteste keine Wirkungen auf die politischen Entscheidungsträger zu haben.

Noch bevor das Land Sachsen den Landeshaushalt 2011 diskutiert und verabschiedet hatte und dadurch sozusagen die Höhe der zu erwartenden Kürzungen der Landeszuschüsse feststellbar war, erarbeitete die Stadt Chemnitz ihr eigenes „Entwicklungs- und Konsolidierungskonzept 2015“. Dieser Umstand ist ebenfalls einer Auflage der Landesdirektion Chemnitz als Rechtsaufsichtsbehörde geschuldet, in der die Stadt Chemnitz verpflichtet wurde, bis zum 31.10.2010 ein Haushaltsicherungskonzept vorzulegen. Die erste Fassung wurde im Juni 2010 via Internet von Unbekannten der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Verwaltung und Politik reagierten größtenteils empört, die Öffentlichkeit und nicht zuletzt die von möglichen Kürzungen betroffenen kulturellen und sozialen Institutionen, Träger, Vereine und Bildungseinrichtungen waren alarmiert bzw. informiert und es entwickelte sich eine hohe Aufmerksamkeit, Diskussionsbereitschaft und Widerstand.

Das Volumen der vorgesehenen Einsparungen im kommunalen Haushalt lässt sich wie folgt beschreiben: Fehlten im Jahr 2010 noch 15,6 Mio. Euro zu einem ausgeglichenen Haushalt so prognostiziert die Stadtverwaltung in der ersten Fassung des Konzeptes für die Jahre 2011 bis 2013 Fehlbeträge von insgesamt 170,2 Mio. Euro (vgl. Stadt Chemnitz 2010, S. 2ff.). Das Haushaltsicherungskonzept mit den Worten Entwicklung und Konsolidierung zu überschreiben erscheint vor diesem Hintergrund als kläglicher Versuch, massiv anstehende Kürzungen in allen kommunalen Bereichen positiv auszuformulieren. Demgegenüber sind im Jahr 2010 schon die ersten Kürzungen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit der Stadt Chemnitz angekommen. Die Absenkung der Jugendpauschale durch das Land Sachsen wurde direkt über den Zuschuss an die Träger, Einrichtungen und Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit weitergegeben. Weiterhin stellte mit Beschluss des Jugendhilfeausschusses die Stadt Chemnitz den Zuschuss zur Förderung eines Kinder- und Jugendhauses zum 31.03.2010 ein. Die vom Amt für Jugend und Familie vorgelegten fachlichen Begründungen für die Schließung konnten vom Träger ausgeräumt werden und letztendlich wurde von der Verwaltung benannt, dass fiskalische Gründe zum Schließungsvorschlag geführt haben.

Mit Bekanntgabe des Schließungsvorhabens durch die Verwaltung, während den nachfolgenden Verhandlungen zwischen dem Träger und dem Amt für Jugend und Familie und am Ende mit der Schließung des Kinder- und Jugendhauses, zeigte sich mir sehr eindringlich die Unsicherheit kommunaler Förderung. Die Schließung der Einrichtung begleitete den Prozess der Themenfindung zu dieser Arbeit. Mit der wahrgenommenen Unsicherheit kommunaler Förderung kristallisierte sich ein Themenschwerpunkt zur Fragestellung dieser Arbeit heraus.

Weiterhin führten die Bekanntgabe und der Prozess der Schließung häufig zu Ohnmachtserfahrungen bei den beiden Mitarbeiter_innen und zu Diskussionen z.B. über die Auswirkungen der Kürzung der Vollzeitäquivalente von 1,93 auf 1,25 im Jahr 2009. Ebenfalls sind in den Diskussionen zu den Kürzungen des kommunalen Haushaltes die Auswirkungen der Kürzungen für die Kommune, die sozialpädagogischen Angebote und deren Nutzer_innen generell und insbesondere für die Offene Kinder- und Jugendarbeit thematisiert worden. Hieraus entwickelte sich der zweite Schwerpunkt: Welche Auswirkungen hat die unsichere kommunale Förderung auf die Mitarbeiter_innen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit? Im weiteren Verlauf wurde das Thema eingegrenzt und formuliert.

Das Vorhaben verfolgt somit das Ziel, Auswirkungen einer unsicheren kommunalen Förderung auf die Arbeitszufriedenheit von Mitarbeiter_innen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit zu untersuchen. Hierbei wird explorativ vorgegangen und es werden exemplarisch Mitarbeiter_innen freier Träger von Angeboten der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Chemnitz/Sachsen befragt. Folgende Forschungsfrage wird formuliert: Wie wirkt sich die Unsicherheit kommunaler Förderung auf die Arbeitszufriedenheit der Mitarbeiter_innen freier Träger in Angeboten der Offenen Kinder- und Jugendarbeit aus?

Die Arbeit ist in einen deskriptiv-analytischen Teil und einen Forschungsteil gegliedert. Der erste Teil soll die theoretische Fundierung der Forschungsfrage ergeben. Hier wird über eine Standortbestimmung, Beschreibungen zur Aufgabenvielfalt im Feld und zu Zusammenhängen bezüglich Recht und Politik eine aktuelle Einschätzung zur Lage der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Deutschland erfolgen und versucht, die Unsicherheit kommunaler Förderung zu belegen. Mit statistischen Angaben soll die Entwicklung der letzten Jahre unterlegt werden.

Weiterhin wird über Ausführungen zur Jugendarbeitsforschung, zu den Mitarbeiter_innen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, ausgewählten Erklärungsansätzen der Arbeitszufriedenheit und mit der Beschreibung und Einschätzung der Chemnitzer Offenen Kinder- und Jugendarbeit eine Überleitung zum zweiten Teil der Arbeit geschaffen. Dort wird nach der Einordnung in die aktuelle Forschung und Konkretisierungen zur Forschungsfrage der Forschungsprozess beschrieben, die Untersuchung ausgewertet und die Zusammenfassung der Ergebnisse vorgenommen. Die Diskussion der Ergebnisse und eine kritische Würdigung schließen die vorliegende Arbeit ab.

2 ZUR AKTUELLEN LAGE DER OFFENEN KINDER- UND JUGENDARBEIT IN DEUTSCHLAND

In diesem Abschnitt wird versucht, eine Standortbestimmung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Deutschland vorzunehmen. Dies vor dem Hintergrund und der Annahme, dass diese Beschreibung letztendlich als Wirklichkeit die Mitarbeiter_innen beeinflusst. Dabei werden aus der Literatur Zustandsbeschreibungen, Anforderungen und Probleme aufgezeigt. Anschließend werden weitere Themenschwerpunkte gesetzt, die als relevant für die Forschungsfrage einzuschätzen sind: Aufgabenvielfalt in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit; Recht und Kinder- und Jugendarbeit; das Verhältnis von Politik und Jugendarbeit; statistische Angaben zur Offenen Kinder- und Jugendarbeit.

2.1 DIE JUGENDPHASE HEUTE – HERAUSFORDERUNGEN AN DIE OFFENE KINDER- UND JUGENDARBEIT?

Wird in dieser Arbeit der aktuelle Stand der Offenen Kinder- und Jugendarbeit thematisiert, so ist in diesem Zusammenhang ebenfalls wichtig, auf die Adressat_innen der Kinder- und Jugendarbeit einzugehen. Gerade die versuchte Offenheit der Angebote im Arbeitsfeld verlangt nach einer ständigen Analyse und Auseinandersetzung mit der Lebenswelt der jungen Generation. Letztendlich begründet sich hierin (heutzutage) m.E. maßgeblich der Arbeitsauftrag der Träger und Mitarbeiter_innen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, nicht zuletzt auch als „Soziale Gewissen“ der Gesellschaft.

In der Zusammenfassung zur 16. Shell Jugendstudie wird der Begriff der „Pragmatischen Generation“ verwendet, welcher seit 2002 als überordnende Bezeichnung für einen Großteil der jungen Menschen dient. „Kennzeichnend ist auch weiterhin die auffällig pragmatische Umgehensweise mit den Herausforderungen in Alltag, Beruf und Gesellschaft. Leistungsorientierung und das Suchen nach individuellen Aufstiegsmöglichkeiten im Verbund mit einem ausgeprägten Sinn für soziale Beziehungen im persönlichen Nahbereich prägen diese Generation“ (Shell Deutschland Holding 2010, S. 15). Ehrgeiz, Zähigkeit, tatkräftiges Anpacken, wechselseitige Unterstützung, pragmatisch-taktische Flexibilität sind dabei ebenfalls Begriffe, die Einstellungen und den Lebensalltag der jungen Menschen beschreiben, wie sie ihr Leben und somit auch sich selbst schützend in den Griff bekommen. In diesen Ausführungen zeigt sich m.E. die Reaktion der jungen Generation auf die Herausforderungen der zweiten Moderne, auf eine immer größere, neoliberal erzeugte, Marktorientierung.

In diesem Zusammenhang ist Wolfgang Schröer um so mehr zuzustimmen, dass die Thesen vom „Verschwinden der Kindheit“ und dem „Ende der Jugend“ aus den Zeiten Mitte der 80er Jahre heutzutage nicht nur verblasen, sondern ganz verschwunden sind, aufgeführt in Bezug auf denn

Boom von Bildungsdiskussion und die verpasste Wiederentdeckung von Jugend (vgl. Schröder 2006, S. 194).

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde Jugendarbeit zugeschrieben, die von der spät-kapitalistischen Gesellschaft in sie ausgelagerten jugendtypischen Konflikte und Probleme so zu transformieren, dass Jugend sich im Anschluss in ebendiese Gesellschaft integrieren kann. Diese Logik prägt noch bis heute die Selbstlegitimation vieler Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit. Spätestens seit Mitte der 1980er Jahre setzte jedoch eine Entwicklung ein, die in der Jugendforschung z.B. als ‚Strukturwandel der Jugend‘, ‚Jugend als eigenständige Lebensphase‘ oder auch ‚Wandel vom Übergangsmoratorium zum Bildungsmoratorium‘ beschrieben wurde. „Gerade die wohl bekannteste These von der *Entstrukturierung* der Jugendphase (vgl. Olk 1985) verwies auf Pluralisierungs- und Differenzierungsprozesse und darüber auf unterschiedliche Zeit- und Raumdynamiken in der Jugendphase“ (ebd., S. 195). In den Vordergrund traten Jugendkulturen und Selbstinszenierungen und Lebensbewältigungen im Jugendalter, die kaum noch über die Widersprüche zwischen Produktions- und Sozialisationslogik erklärbar waren. Die junge Generation forderte eine neue soziokulturelle Eigenständigkeit. Pluralisierung und Eigendynamik im Jugendalter wurden herausgestellt und Jugendarbeit nicht mehr nur auf Randgruppenarbeit festgelegt. Sie wurde zum Anwalt sozialräumlicher Aneignungsprozesse durch junge Menschen (vgl. ebd., S. 195).

Spätestens in den 1990er Jahren zeigte sich zunehmend, dass sich neben diesen Entwicklungen auch die strukturellen Rahmenbedingungen für die Jugendphase veränderten. Einerseits sind die jungen Menschen auch weiterhin in die sozialen, psychisch- und physischen Entwicklungen der Pubertät eingebunden und mit besonderen Situationen konfrontiert, die in jugendtypische Bewältigungsstrukturen integriert und jugendkulturell eingefasst sind. Andererseits ist die Krise der Arbeitsgesellschaft auch bei der Jugend angekommen. Die junge Generation ist mit sozialen Herausforderungen konfrontiert, die sich zunehmend auf den Berufseinstieg und Selbstbehauptung konzentrieren und die die Übergänge in den Erwachsenenstatus für junge Menschen vielfach nicht mehr überschaubar und kontrollierbar machen. Aus der Statuspassage ist ein Bewältigungsraum geworden, in dem neue Entwicklungs- und Identitätsprobleme entstehen können und die Jugendphase dadurch mitunter im Alter von 25 Jahren noch nicht beendet sein kann. Wird z.B. auf der einen Seite von jungen Menschen verlangt, dass sie früh und zielgerichtet ihre Ausbildung beenden, werden sie auf der anderen Seite mit der Ungewissheit allein gelassen, ob dies mittel- oder langfristig auch ihre Biografie absichert. „Mit der biografischen Unsicherheit, die den Einzelnen zur Bewältigung überlassen ist, treten die Lebensbewältigung und die damit verbundenen Komponenten von Selbstwert, sozialer Anerkennung und Selbstwirksamkeit im Jugendalter in einer neuen Qualität in den Vordergrund“ (ebd., S. 197).

Galuske führt an, dass die entfesselte Ökonomie nicht mehr ermöglicht, mittelfristige Lebensprojekte abzusichern und die offene Suchhaltung der Jugend zu einer dauerhaften Lebensaufgabe, einem permanenten Such-, Findungs- und Neudefinitionsprozess wird. Dauerhafte Stabilität können weder Traditionen, soziale Milieus noch Arbeit geben. Identität wird im Zuge der zweiten Moderne zu einem endlosen Prozess, „[...] Identitätsarbeit heißt im Grunde genommen, immer unterwegs zu sein, von einem >>Projekt<< zum anderen zu driften – letztendlich nie anzukom-

men“ (Galuske 2003, S. 76, Herv. i. Orig.). Positiv betrachtet lassen sich Offenheit, Chancen und Freiheiten entdecken. Kritisch betrachtet neue Unsicherheiten, Verlust traditioneller Bindungen und Orientierung sowie Gewinner und Verlierer. „[...] wohl aber formuliert Skarderud (2000) die Frage, wie viel Offenheit Subjekte aushalten, wie viel Unsicherheit Menschen ohne negative psychische Folgewirkungen ertragen können“ (ebd., S. 77).

Hurrelmann beschreibt zusammenfassend in Bezug auf die 15. Shell Jugendstudie, dass ein immer größer werdender Teil der jungen Generation einfach nicht berufsreif ist und nicht die Qualifikationen und Werteorientierungen besitzt, die Standard heutiger Berufsanforderungen sind. Weiterhin besteht ein durchgängig geringes politisches Interesse. Die jungen Menschen sind eine angepasste Generation, die sich freut, wenn sie die Position der Elterngeneration erhalten können. Anpasstheit und relative Fantasielosigkeit verbunden mit einer Scheu vor verbindlichen Entscheidungen führen unter Umständen dazu, dass wichtige Fixierungen von Plänen verpasst werden. Die Gruppe der Jugendlichen, die aus sich heraus Verantwortung für eine selbstständige Tätigkeit übernehmen, ist verhältnismäßig klein. Demgegenüber sind zwei Drittel der jungen Menschen in der Lage, systemisch zu denken, also geschult, komplexe soziale Systeme zu beobachten und sich an ihnen zu orientieren. Dabei werden Vor- und Nachteile von Optionen kalkuliert und eine schnelle Auffassungsgabe gezeigt. Auffällig ist die Reaktionsfähigkeit in komplexen Situationen und die Bereitschaft zum Multitasking, also mehrere Tätigkeiten zur gleichen Zeit oder nebeneinander bewältigen zu können. Das pragmatische Handeln und Nutzendenken ist dabei gepaart mit dem Wunsch nach Harmonie, Treue und Sicherheit. Weiterhin besteht eine vergleichsweise hohe Toleranz gegenüber Andersdenkenden und internationalen Entwicklungen. Die Angst vor der internationalen Verschränkung von Ökonomie und die Mischung von Völkern und Ethnien ist erheblich geringer als bei der Erwachsenengeneration und die junge Generation hat eine vergleichsweise geringe Anfälligkeit für Ideologien (vgl. Hurrelmann 2008, S. 307).

Auf eine mögliche weitere differenziertere Betrachtung der Jugendphase soll mit Blick auf den Umfang dieser Arbeit verzichtet werden. Dennoch lassen sich in diesen Ausführungen Anforderungen an die Mitarbeiter_innen finden. Zuerst einmal sind die Mitarbeiter_innen selbst mit der entfesselten Ökonomie, der Offenheit und den Unsicherheiten der zweiten Moderne konfrontiert. Ein erhöhtes Sicherheitsbedürfnis kann dabei die tägliche Arbeit erstarren lassen, Festhalten an Bewährtem und eine schwindende Kreativität in der Gestaltung der Angebote mit sich bringen. Demgegenüber steht die hohe abverlangte Flexibilität der jungen Generation, die sich nicht mehr lange Binden lässt und von den Mitarbeiter_innen eine hohe Sensibilität in Bezug auf die Wahrnehmung von Bedürfnissen und Ausgestaltung der Angebote in der Kinder- und Jugendarbeit fordert. Ausgehend von einem Verständnis, dass heutige Beschäftigungsanforderungen neben fachlichem Spezialwissen ebenfalls in nicht geringem Umfang soziale Kompetenzen beinhalten und eine anwachsende Gruppe kaum mehr über die notwendigen Qualifikationen und Werteorientierungen verfügt, steht Jugendarbeit in der Verantwortung, Möglichkeitsstrukturen für Bildung in diesem Aufgabenbereich zu erhalten bzw. bereitzustellen.

„Der Bedarf an Unterstützung dürfte sich unter den Ungewissheitsbedingungen der flexiblen Arbeitsgesellschaft sogar eher noch erhöhen“ (Galuske 2003, S. 77). Die Aufgabe der Jugendarbeit und Mitarbeiter_innen ist zunehmend in der Rolle eines kritischen und streitbaren >>Modernisie-

rungsscouts<< zu suchen, der politische und ökonomische Prozesse auf Potenziale für Jugendliche untersucht, diese Potenziale fördert und dort kritisierend und aufklärend tätig ist, wo Markt und Ökonomie Lebenslagen von Jugendlichen nachhaltig negativ beeinflussen. Dabei muss Jugendarbeit den biografischen Eigensinn von Jugend im Blick behalten und gleichzeitig die ökonomischen Veränderungsprozesse kritisch begleiten und reflektieren und sich politisch einmischen (vgl. ebd., S. 80).

2.2 EINE STANDORTBESTIMMUNG

Die „aktuelle Lage“ der Offenen Kinder- und Jugendarbeit wird mit Literatur aus den letzten 12 Jahren beschrieben. Diese Vorgehensweise folgt der Logik, dass in diesem Zeitraum viele Beiträge Momentaufnahmen zum Zustand der Jugendarbeit enthalten. Die Inhalte der älteren Beiträge, wie sich zeigen wird, sind heutzutage ebenso aktuell wie zur Zeit ihrer Veröffentlichung. Die Beschreibungen der Autor_innen machen sich dabei meist an wahrgenommenen Herausforderungen, Defiziten und Problemen fest. Dennoch wird, als übergeordneter Tenor, Jugendarbeit von den Autor_innen in ihrer Wichtigkeit bestätigt und als wichtiger Bestandteil dieser Gesellschaft eingeordnet.

Albert Scherr und Werner Thole geben 1998 einem Beitrag zur Jugendarbeit den Titel „Jugendarbeit im Umbruch“. Ausgehend von einer kurzen Beschreibung der sogenannten zweiten Moderne, also dem Wandel von einer reichumsfixierten, an der Produktion von materiellen Gütern und Akkumulation von Geld und Kapital ausgerichteten Arbeitsgesellschaft, hin zu einer sich ständig reflexiv modernisierenden Bildungs- und Wissensgesellschaft, verweisen sie auf eine sich verschärfende soziale Spaltung. Die zweite Moderne führt für eine wachsende Anzahl von Individuen zu immer unsicherer werdenden Möglichkeiten, Zugang zu existenzsichernder Erwerbsarbeit und qualifizierter schulischer und beruflicher Bildung zu erhalten. Sie merken an, dass diese Aspekte des umfassenden gesellschaftlichen Wandels zwar öffentlich breit diskutiert werden, jedoch im letzten Jahrzehnt von der Sozialpädagogik des Kinder- und Jugendalters zu wenig beachtet, fachlich unzureichend reformuliert und weder auf kommunaler noch bundespolitischer Ebene im sozialpädagogischen Kontext thematisiert wurden (vgl. Scherr/Thole 1998, S. 9f.).

Für die Kinder- und Jugendarbeit scheint nach Scherr und Thole aber viel gravierender zu sein, dass die Wissensbestände der sozialpädagogischen Professionellen nicht angefragt wurden und das System der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit immer noch nicht als substanzielles gesellschaftliches Sozialisationsfeld anerkannt ist (vgl. ebd., S. 10). Weiterhin sind die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit auf die Förderung der Sozialisation von Kindern und Jugendlichen ausgerichtet und somit als Kernaufgabe zu betrachten, im Kern also auch Teil des Bildungssystems. Die nach wie vor nachrangige gesellschaftliche Stellung sozialer Dienstleistungsangebote wird nach Scherr und Thole dahin gehend dokumentiert, als dass Sozialpädagogik im Allgemeinen und Jugendarbeit im Besonderen innerhalb der sich abzeichnenden Strukturreform des gesamten Bildungssystems keine Beachtung erfahren (vgl. ebd., S. 10).

Ebenfalls führen sie an, dass die Bereitstellung von Gelegenheiten für eine nicht nur private und nicht kommerzialisierte Gestaltung schul- und arbeitsfreier Zeit nach wie vor nicht als eine durchgängig gesellschaftlich zu unterstützende und zu finanzierende Aufgabe angesehen wird. Zwar ist Jugendarbeit im KJHG verankert, jedoch sind Inhalt, Art und Umfang der erforderlichen Angebote unzureichend verbindlich geregelt. Dies führt dazu, dass in Zeiten finanzieller Ressourcenregulierungen bei den öffentlichen Haushalten Jugendarbeit bevorzugt von Kürzungsabsichten betroffen ist. „Insofern befindet sich die Jugendarbeit gegenwärtig erneut in einer Situation, in der es gilt, das bestehende Angebot gegen Infragestellungen zu verteidigen und zukunftssträftig zu konturieren“ (ebd., S. 10). Fiskalpolitisch motivierte Überlegungen seit Mitte der 90er Jahre navigieren nach Scherr und Thole zur alles entscheidenden Frage: „Warum überhaupt noch Jugendarbeit?“ (ebd., S. 10). Dies verursacht Legitimationsdruck und verdrängt theoretische und konzeptionelle Fragen zur vergewissernden Orientierung.

Konform und pragmatisch scheint sich in der Praxis betriebswirtschaftlich denkende und an Output orientierte Zweckrationalität durchzusetzen und die in den 60er und 70er Jahren diskutierten Intentionen von Jugendarbeit, zusammengefasst in den Begriffen Bildung und Emanzipation, unterliegen der Gefahr, in Vergessenheit zu geraten (vgl. ebd., S. 11). Außerschulische Jugendpädagogik im Kontext der Sozialpädagogik kann keine ausgewiesene Geschichte der Theoriebildung vorweisen und Jugendarbeit war in ihren Anfängen keine theoretisch begründete pädagogische Praxis. Dies vermittelt auch heute noch Vielen den Eindruck, dass Jugendarbeit ohne eigenständige Theorie möglich ist. Erst in den 60er Jahren des letzten Jahrhundert setzte die erste Theoretisierungsphase der Jugendarbeit ein, denn um als eigenständiges Feld der pädagogischen Praxis gesellschaftlich anerkannt zu sein, brauchte Jugendarbeit Theorien als Begründungs- und Legitimationsbasis. Vor diesem Hintergrund kommen die Autoren zu folgender Zusammenfassung: „Jugendarbeit ohne theoretische Vergewisserungen >>versumpft<< in den Legitimationszwängen der Praxis und hat keine Chance, sich als eigenständiges, institutionalisiertes und öffentlich gefördertes Sozialisationsfeld neben Schule, dualem Ausbildungssystem und Hochschule zu platzieren, innovativ zu entwickeln und diejenigen, die hier beruflich und ehrenamtlich engagiert sind, einschlägig zu qualifizieren, fort- und weiterzubilden“ (ebd., S. 13, Herv. i. Orig.).

Das Projekt „Innovationen in der Kinder- und Jugendarbeit: Inhalte – Konzepte - Rahmenbedingungen“ (INKOR)⁹, entwickelte - ausgehend von einem inhaltlichen und strukturellen Veränderungsbedarf und einer Analyse zu Lage, Strukturproblemen und Entwicklungspotenzialen der Kinder- und Jugendarbeit - vier zentrale Themenkomplexe: Strukturen und Strukturprobleme, Innovationspotenziale, Adressat_innen sowie Personal und Personalentwicklung. In diesem Abschnitt wird der Komplex Strukturen und Strukturprobleme¹⁰ behandelt. Die Ergebnisse wurden 2002 veröffentlicht. Die Strukturgruppe des Projektes INKOR sieht ebenfalls wie Scherr und Thole Herausforderungen an die Jugendarbeit durch gesamtgesellschaftliche Veränderungen, die sich auf die Lebenslagen, -verhältnisse und -bedingungen der Kinder- und Jugendlichen auswirken und Fragen hervorbringen, denen gegenüber sich Kinder- und Jugendarbeit direkt oder indirekt ver-

⁹ Das Projekt entstand in Zusammenarbeit von Expert_innen der Kinder- und Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen und der Universität Dortmund.

¹⁰ Gleichwohl gibt es zwischen allen Komplexen Schnittmengen bzw. beeinflussen sich diese gegenseitig und somit ist eine klare Trennung nicht möglich bzw. sinnvoll.

halten muss. Der Wandel hat Einfluss auf alle Themen und Bereiche der Jugendarbeit, von Finanzierung und Organisation über Personal und Adressat_innen bis hin zur Pädagogik und ihren Inhalten, Angeboten und Konzepten (vgl. Dux/Züchner 2002, S. 17f.).

Die Auswirkungen der sozialen und ökonomischen Veränderungen auf die Kinder- und Jugendlichen und die damit wachsenden individuellen Chancen und Risiken der Zukunftssicherung erfährt Jugendarbeit direkt. Zum einen erhöht sich die Optionsvielfalt der jungen Menschen aufgrund des expandierenden Freizeitmarktes. Zum anderen entstehen daraus neue Einschränkungen und Zwänge neben einer zunehmenden Armut von Familien und Kindern. Die Vervielfältigung und Ausdifferenzierung von Interessen, Lebenslagen und -stilen der jungen Menschen und der schnelle Wechsel von Jugendwelten, -szenen und -kulturen stellen Anforderungen an die Flexibilität der Jugendarbeit und verlangen von den Mitarbeiter_innen Nähe zu den Lebenswelten der Kinder- und Jugendlichen und Kenntnisse über ebendiese (vgl. ebd., S. 18).

Im Wandel der Trägerstrukturen¹¹ und einer wachsenden Konkurrenz privatrechtlicher Freizeitangebote sehen die Autor_innen weitere Gründe für eine Neupositionierung der Jugendarbeit und diese muss sich zunehmend, weil mit öffentlichen Mitteln gefördert, legitimieren und ihre sozialisationsbezogenen, gesellschaftsintegrativen, kulturellen und bildungsbezogenen Wirkungen nachweisen. „Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Jugendarbeit in Reaktion auf den Transformationsprozess der Moderne herausgefordert ist, ihre Aufgaben, Konzepte, Ziele und Angebotsformen zu überprüfen, weiterzuentwickeln, zu verändern und zu erneuern, will sie einer zukunftsfähigen Bedeutung gerecht werden“ (ebd., S. 20).

Weiterhin ist schwer greifbar und zu vermitteln, was in der Jugendarbeit passiert und wie diese wirkt. Aus diesem Umstand heraus fällt es den Akteur_innen schwer, ausreichend Anerkennung in der Politik zu finden. Politik und Gesellschaft erzeugen allerdings einen hohen Erwartungsdruck hinsichtlich der Präventions- und Integrationsleistungen von Kinder- und Jugendarbeit. Jedoch hat Jugendarbeit, wie auch Scherr und Thole konstatierten, offenbar nicht offensiv genug deutlich gemacht, wie gesellschaftlich wertvoll ihre Leistungen sind. „Kinder- und Jugendarbeit gilt vielfach als sogenannte >>freiwillige Leistung<< der Kommunen und damit als disponible Sparmasse, statt als Bestandteil einer neuen >>Kultur des Aufwachens<< gesellschaftlich gewollt und geschätzt zu sein“ (ebd., S. 21, Herv. i. Orig.).

Der außerschulischen Bildungsarbeit fehlt es an eindeutiger Orientierung. Eine Neuorientierung und Neudefinition von Bildung ist notwendig. Seit jeher ist der Bildungsbegriff von Jugendarbeit ein anderer als der der Schule und Jugendarbeit hat sich immer auch als Alternative zur schulischen Bildung verstanden und von dieser abgegrenzt. Die Autor_innen fragen in diesem Zusammenhang, ob dieses Bewusstsein noch in der Jugendarbeit spürbar vorhanden ist. Sie halten vor, dass ein Bildungsbegriff bestimmt werden muss, der Lebenstauglichkeit und Persönlichkeitsentwicklung als wichtige Ziele beinhaltet. Dafür sind jedoch zu allgemein formulierte Bildungsziele wie ganzheitliche Menschenbildung ohne Begründung kleinerer Ziele nicht mehr ausreichend (vgl. ebd., S. 24).

¹¹ Gemeint sind hier Strukturen der öffentlichen und freien Träger; weiterführend hierzu Dux/Rauschenbach/Züchner 2002, S. 33ff.

Politische Schwankungen und Veränderungen wirken sich direkt auf Jugendarbeit aus, da diese abhängig ist von Politik, Gesetzgebung und Administration, die pädagogische, personelle und materielle Rahmenbedingungen vorgeben. Demgegenüber hat Jugendarbeit den im Selbstverständnis verhafteten jugendpolitischen Anspruch, im Mandat für junge Menschen politische Lobbyarbeit zu betreiben. Die Einlösung dieses Anspruchs muss Jugendarbeit immer wieder kritisch überprüfen. Die Autor_innen führen weiter aus, dass aktuell offensichtlich eine geringe Bereitschaft der Mitarbeiter_innen in der Jugendarbeit besteht, die politische Gestaltung aktiv mitzubestimmen und dass das aus den 60/70er Jahren als stark politisch verstandene Projekt Jugendarbeit anderen Orientierungen gewichen ist. Möglicherweise ist nur noch ein geringes Interesse und Engagement bei den Mitarbeiter_innen vorhanden, wenn es darum geht, über den Erhalt eigener Interessen und Angebote Politik zu beeinflussen¹² (vgl. ebd., S. 25).

In einem Text von Wiebken Düx aus dem Jahr 2003 beschreibt die Autorin weitere Gegebenheiten, die im Zuge der gesellschaftlichen Transformationsprozesse von Jugendarbeit beachtet werden müssen. Mit der wachsenden Konkurrenz und den sich verändernden Interessen der jungen Menschen hat sich Kinder- und Jugendarbeit von der Vorstellung zu verabschieden, alle jungen Menschen anzusprechen und die Freizeit und Kultur aller jungen Menschen zu organisieren und zu gestalten (vgl. Düx 2003, S. 12). Mit Bekanntwerden der Ergebnisse der PISA-Studie hat die Reflexion zur inhaltlich-thematischen bzw. konzeptionellen Ausgestaltung von Jugendarbeit sprunghaft zugenommen. Schon Mitte der 90er Jahre wurde über die Bildungsfunktion von Jugendarbeit intensiver diskutiert. „Inwieweit Jugendarbeit in ihren Angeboten und Arbeitsformen über reine Freizeitangebote hinausgeht und einen Rahmen zur Verfügung stellt, in dem Aneignungs- und Bildungsprozesse selbst aktiv gestaltet werden können, ist derzeit eine der Kernfragen an die Jugendarbeit“ (ebd., S. 13), auch wenn Jugendarbeit schon immer ein bedeutsames Lernfeld z.B. für verschiedene Formen der Selbstorganisation, Partizipation und demokratische Verfahren war. Die Partizipation junger Menschen durch Mitgestaltung, Mitverantwortung und Selbstorganisation wird als weitere wichtige Aufgabe von Jugendarbeit hervorgehoben (vgl. ebd., S. 14). Infolge der gesellschaftlichen Wandlungsprozesse haben Veränderungen stattgefunden, die neue Anforderungen und Anfragen an Jugendarbeit in Bezug auf die Themenbereiche Gender und Migration stellen. Für Düx ist die Frage, ob und wo spezifische Angebote den Zugang zu Jugendarbeit erleichtern bzw. erschweren und wie Regelangebote so gestaltet werden, dass diese den latenten, geschlechtsspezifischen und ethnischen Ausgrenzungsstrukturen entgegenwirken (vgl. ebd. S. 15ff.).

Werner Thole und Jens Pothmann konstatieren in ihrem Beitrag aus dem Jahr 2006, dass der Mythos der Krise der Kinder- und Jugendarbeit Realität zu werden scheint. Vertraut man der öffentlichen Diskussion, dann besteht eine ernsthafte Gefährdung der Jugendarbeit und sie kommt ihrem Kollaps immer näher. „Gegenwärtig jedoch scheint die von so vielen artikulierten „gefühlte Wirklichkeit“ zum Zustand der Kinder- und Jugendarbeit mit den realen Fakten in Übereinstimmung zu kommen“ (Thole/Pothmann 2006, S. 123, Herv. i. Orig.).

¹² Hierzu wird ebenfalls beschrieben, dass die Zahl der engagierten Jugendpolitiker_innen und somit letztendlich die Thematisierung von Jugendthemen in der Parteienlandschaft rapide abgenommen hat.

Noch bedrohlicher scheinen, neben der desolaten Lage der öffentlichen Haushalte, jedoch die sich abzeichnenden strukturellen Veränderungen im Bildungs-, Erziehungs- und Sozialwesen. Konkret werden in diesem Zusammenhang die vor allem in Ostdeutschland dramatischen demografischen Veränderungen benannt, mit denen die noch bestehende Infrastruktur der Kinder- und Jugendarbeit ihre Legitimation zu verlieren droht. Weiterhin wird das sich verändernde Verhältnis von Jugendarbeit und Schule in Bezug auf die Gestaltung von Nachmittagsangeboten als virulent beschrieben und dass die Entscheidung noch aussteht, wie sich die Zusammenarbeit beider Sozialisationsinstanzen entwickeln und welche Rolle Jugendarbeit dabei einnehmen wird (vgl. ebd., S. 123f.). „Sicher scheint derzeit nur, dass Kinder- und Jugendarbeit am Ende dieses Prozesses ein anderes Gesicht haben wird“ (ebd., S. 124).

Lotte Rose beschreibt in ihrem Beitrag zur oben genannten Veröffentlichung weitere Tendenzen. Sie bemerkt eine Dominanz dramatisierender und problematisierender Sozialdiagnosen bezüglich junger Menschen in der Gesellschaft und es werden Bilder einer hochgradig kranken Kinder- und Jugendgeneration transportiert. Je bedrohlicher die Situation beschrieben wird, desto mehr kann sich die „Heilswirkung“ sozialpädagogischer Interventionen entfalten. Dort wo es „brennt“ gibt es gesellschaftliche Aufmerksamkeit und Fördermittel. Auch wenn aus strategischen Gründen einer solchen Konstruktion nichts entgegen spricht birgt sie dennoch die Gefahr, dass eine kritische Distanz verloren geht (vgl. Rose 2006, S. 165f.). Derartige Zielgruppenetikettierungen werden in der Jugendarbeit auch dann vorgenommen, wenn es nicht um die Mittelsicherung geht. Rose kommt zu dem Schluss, dass diese Etikettierungen somit die Wahrnehmung der Professionellen elementar bestimmen. Eine ständige Problematisierung der jungen Menschen treibt aus ihrer Sicht einen unheilvollen Keil zwischen Zielgruppe und Fachkräfte und es entsteht ein normatives pädagogisches Verhältnis. Vor diesem Hintergrund erscheint das Risiko groß, dass Fachkräfte lebensweltliches Verstehen, Sympathie und Faszination für die Jugendlichen als Arbeitsgrundlage verlieren (vgl. ebd., S. 166f.).

Weiterhin konstatiert Lotte Rose, dass regelmäßig von einem unzureichenden Qualifikationsniveau der Professionellen in Jugendarbeit zu hören und zu lesen ist. Zum einen verweisen solche Diagnosen auf eine real existierende institutionelle Schwäche, die ernst genommen und als Anforderung an Studium und Fortbildung verstanden werden muss. Zum anderen führt dies jedoch zu einer Selbstdemontage des Arbeitsfeldes. Wenn also in der Kinder- und Jugendarbeit so wenig Professionalität zu verzeichnen ist, dann verwundert es nicht, dass das Arbeitsfeld wenig Ansehen hat und kaum eindrucksvolle Erfolge zu verzeichnen sind. Es wird eine diskursive Abwärtsspirale der Depression erzeugt, die das Berufsfeld einmal mehr schwächt. „Stärke und Prestige kann ein Berufsfeld nur entwickeln, wenn es über etwas verfügt, worauf es stolz ist. Für die Kinder- und Jugendarbeit scheint momentan so etwas „Nährendes“ im kollektivem Gedächtnis und Selbstverständnis zu fehlen“ (ebd., S. 168, Herv. i. Orig.).

Benno Hafener beschreibt in seinem Beitrag zur aktuellen Situation der Kinder- und Jugendarbeit aus dem Jahr 2009, dass sich mit Zahlen und Daten vor allem seit 2001 Tendenzen aufzeigen lassen, die einen Perspektivwechsel, eine Abwärtsspirale und gar einen Paradigmenwechsel anzeigen. Diese Tendenzen lassen sich, so Hafener, über zwei Dominierende beschreiben: Zum einen sind wohl mit Stichworten wie kürzen, schließen, abbauen und entlassen die „fetten Jahre“

der Kinder- und Jugendarbeit vorbei. Auch wenn in der Geschichte der Jugendarbeit schon immer Zyklen von Auf und Ab und Stagnation in der Förderung von Jugendarbeit zu verzeichnen waren, so ist wohl die Expansion bzw. der kontinuierliche Zuwachs beendet und weist in eine andere Richtung. In 2007 gibt es erste Hinweise, dass die Abbauprozesse vorerst beendet sind und eine Konsolidierung auf abgesunkenem Niveau stattgefunden hat. Dennoch bleibt abzuwarten, ob diese Prozesse mittlerweile wirklich zum Abschluss gekommen sind. Zum anderen beschreiben Stichworte wie verändern, vernetzen, ökonomisch wirtschaften und Nutzen beweisen Tendenzen, die ebenfalls unabgeschlossen sind und deren Entwicklungsrichtung weiter zu beobachten ist (vgl. Hafenecker 2009, S. 37).

Auch wenn sich kommunal, länderspezifisch und auf Bundesebene je nach politischen Traditionen, Konstellationen, Gesetzeslagen sowie Finanzsituation, Institutionsspektrum und Professionalisierungsgrad in der Jugendarbeit unterschiedliche Förderbedingungen ergeben, lassen sich die aufgeführten dominierenden Tendenzen nach Hafenecker mit zehn Punkten ursachen- und zeitdiagnostisch rahmen, einordnen und bewerten:

1. Kinder- und Jugendarbeit ist ein unsicheres und uneindeutiges Gelände: In der Jugendarbeit gibt es derzeit uneindeutige und parallele Prozesse, die drei Richtungen aufweisen. Erstens sind dies Bemühungen, nach den zeitweise deutlichen Kürzungs-, Abbau- und sogenannten Konsolidierungsprozessen, den bestehenden Zustand zu sichern. Einher geht dies mit einem zunehmenden Begründungs- und Rechtfertigungsdruck. Zweitens sind dies weiterer materieller Abbau, die Befristung der Förderung von Angeboten und neue Schwerpunkte in der Kinder- und Jugendhilfe (z.B. erzieherische Hilfen, Krippen und Kindergärten), was mit der Abwertungen aber auch negativem Reden über die Bedeutungen und Wirkungen von Kinder- und Jugendarbeit verbunden ist. Drittens führten Diagnosen zu zunehmenden gesellschaftlichen und sozialen Spaltungs- und Desintegrationsprozessen, Erkenntnisse über Bildungsbenachteiligung und -armut, die „prekäre Generation“ sowie Befindlichkeiten und Wahlverhalten der jungen Generation in den Jahren 2006 und 2007 zu neuer Nachdenklichkeit und haben die Abbauprozesse gestoppt. „Insgesamt bleibt das „Gelände“ unübersichtlich und uneindeutig; es ist mit (Planungs-) Unsicherheiten verbunden und unklar bleibt, wohin die weitere Reise der Kinder- und Jugendarbeit gehen wird“ (ebd., S. 38, Herv. i. Orig.).
2. Die Großwetterlage – Sozial-, Bildungs- und Jugendpolitik: Es besteht, darüber sind sich seriöse Beobachter_innen und Kommentator_innen einig, ein gesellschaftliches und geistiges Klima, in dem tief greifende Umbauprozesse von Gesellschaft und Politik stattfinden, deren Ende noch nicht absehbar ist und Folgen bereits deutlich werden. Kinder- und Jugendpolitik/-arbeit ist immer eingebunden in diese weitverzweigten Prozesse, mit denen sich neue Steuerungs- und Kontrollregime bilden. Sichtbare strukturpolitische Entwicklungen in der Kinder- und Jugendhilfepolitik sind dabei besonders von folgenden Merkmalen gekennzeichnet: gebrochene Expansion; Rückzug öffentlicher Verantwortung; hinterfragte Relevanz; eine Förderpolitik, die mit einem kontrolliert-evaluativen Vorgehen verbunden ist; aufgewertetes und gegen Professionalität instrumentalisiertes Ehrenamt/freiwilliges Engagement.

Hafeneger formuliert dazu Folgen, die sich aus der interessengeleiteten und folgenreichen Addition der eben benannten Merkmale ergeben: die selbe Arbeit mit weniger Mitteln und Übernahme weiterer Aufgaben; ständige Rechtfertigung und Legitimation gegenüber Verwaltung und Politik mit einem zunehmenden bürokratischen Aufwand, der in keinem Verhältnis zur praktischen Arbeit und deren Weiterentwicklung steht; eine Förder- und Kontrollpolitik, die sich bei Verfahren anderer gesellschaftlicher Bereiche (z.B. Betriebswirtschaft) bedient und kontraproduktiv wirkt. „So ist die Kinder- und Jugendarbeit – wie die Bildungs- und Sozialpolitik insgesamt – im Sog und Zugriff „fremder Mächte“ (Bernfeld) und zugehöriger Mechanismen von Kontrolle und Steuerung sowie eines neo-konservativen und neoliberalen Denkens, das vom Rückzug öffentlicher Verantwortung, von Privatisierung und Ökonomisierung gekennzeichnet ist“ (ebd., S. 39, Herv. i. Orig.)

3. Kinder- und Jugenddiagnosen: Bei politischen Akteur_innen ist eine paradoxe Konstellation der Problemwahrnehmung von gesellschaftlichen Diskursen und empirischen Aussagen zur Lage der jungen Menschen wahrnehmbar. Auf der einen Seite gibt es vielfältige Krisen- und Problembenennungen mit politischer Bedeutungs- und Aufforderungsretorik, einhergehend mit weiteren Handlungs- und Aufgabenzuweisungen an die Kinder- und Jugendarbeit. Auf der anderen Seite stehen Rückzug aus der öffentlichen Verantwortung und finanzielle Kürzungspolitik sowie Politikverzicht. Die Folgen sind Legitimationslücken und der Glaubwürdigkeitsverlust von Politik. Trotz vorliegen differenzierter empirischer Befunde aus der Kinder- und Jugendforschung konzentriert sich der öffentliche Diskurs auf drei enge Themenzentren: 1. abweichendes Verhalten in Form von Gewalt, Aggressivität, Kriminalität und Rechtsextremismus; 2. vorwurfsvolle Stigmatisierung und Empörung über die sozialen Unterschichten, die nicht bildungsmotiviert und leistungsorientiert wären, verbunden mit einem Klima institutioneller Verachtung; 3. das angebliche Fehlen von moralischen Standards, Werten und Tugenden wie z.B. Disziplin, Autorität, Gehorsam, gute Manieren, Höflichkeit usw. (vgl. ebd., S. 40). Mit diesen Verwahrlosungsdiskursen, der Verfallssemantik und der Auflösung des Zusammenhanges von Individuum und Gesellschaft werden ablenkende Moral- und Panikdiskurse über jungen Menschen inszeniert, auf die mit einem bürgerlichen Erziehungs- und Kulturmodell autoritär-fürsorglich bzw. disziplinierend reagiert werden soll. Dies ist mit Forderungen an die Kinder- und Jugendarbeit verbunden: partizipativ-lebensweltliche Ansätze sollen wieder durch einen paternalistisch-hierarchischen Hilfeansatz, einer neuen Fürsorge der alten Schule ersetzt werden. „Es erodiert und geht verloren die Idee von Kinder- und Jugendarbeit für möglichst viele Kinder und Jugendliche, zu der Neugier, Offenheit und Experimentierfreude sowie Lust auf Demokratie, neue Erfahrungen und die Zukunft gehören [...]“ (ebd., S. 41).
4. Kinder- und Jugendarbeit in der Bildungsdebatte: Die Politik ist vor dem Hintergrund der Misere auf allen Bildungsebenen einem hohen Handlungsdruck hinsichtlich der Bildungspolitik ausgesetzt. Dies führte in den letzten Jahren zu nervösen und vielfach undurchdachten Aktivitäten mit Bildungsplänen und zu Reformpolitiken, „[...] die diesen Namen kaum verdienen“ (ebd., S. 41). Kinder- und Jugendarbeit ist jedoch in der bildungspolitischen Landschaft ein schwacher Akteur, ohne offensive, aggressive und kluge Lobbyarbeit und scheint die politischen Akteur_innen auch nicht angemessen zu errei-

chen. Die von Kinder- und Jugendarbeit wiederholt begründeten halb-formellen und informellen Bildungspotenziale haben im Bildungsdiskurs eine eher nebensächliche Rolle. In der Kooperation mit Schule wird versucht, diese Potenziale zu vereinnahmen und zu funktionalisieren. Das Dominieren von Schule und der Druck auf das schulische Bildungssystem verhindern Lern- und Aushandlungsprozesse zwischen beiden Bildungsakteuren und somit auch die Anerkennung sowie Vergegenwärtigung der Bildungspotenziale innerhalb der Kinder- und Jugendarbeit (vgl. ebd., S. 41f.).

5. **Zyklen der Förderungspolitik:** Kinder- und Jugendarbeit ist schon immer eine permanente Baustelle. Zyklen zeigen ein Auf und Ab, Reformphasen und Stillstand, Veränderungen in normativen Vorgaben, in den Aufträgen und inhaltlichen Akzentuierungen. Seit einigen Jahren ist jedoch erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik zu beobachten, dass einerseits der Kernbereich der Kinder- und Jugendarbeit erhalten werden soll und dafür aber möglichst wenig öffentliche Mittel eingesetzt werden sollen. Andererseits scheint es, dass ein von allen politischen Lagern und Parteien geteiltes Kernverständnis, ein traditionell breiter gesellschaftlicher und politischer Konsens zu zerfallen beginnt: dass Kinder- und Jugendarbeit ein bedeutsames Lern- und Erfahrungsfeld ist, welches möglichst vielen Kindern und Jugendlichen in ihrer Freizeit zur Verfügung stehen sollte und dass dort Vergemeinschaftungs- und Integrationsprozesse möglich und Anerkennungserfahrungen gemacht werden können, die biografisch und gesellschaftlich bedeutsam sind und von anderen Gesellungsorten und -zeiten kaum übernommen und ersetzt werden können (vgl. ebd. S. 42). Ebenfalls neu an diesem Zyklus ist, dass mit neokonservativen Begründungen und Bedeutungsabwertungen Kinder- und Jugendarbeit in ihrer derzeitigen Form und Förderung generell infrage gestellt und mit fehlender Effizienz denunziert wird. Oder sie wird eher strukturkonservativ bzw. neokonservativ funktional tradiert, weil gesellschaftlich eingebunden und angepasst, als notwendige Nische des jugendlichen Freizeitens, Nachwuchsreservoir von Erwachsenenorganisationen oder als Angebot für spezifische Problemgruppen angesehen bzw. akzeptiert (vgl. ebd., S. 42f.). Der Sparkurs zeigt sich jedoch nicht in allen Bereichen der Jugendhilfe. Die Ausgaben sind seit Inkrafttreten des KJHG von 14,3 Mrd. Euro im Jahr 1992 auf 20,4 Mrd. Euro im Jahr 2004 gestiegen. Die Ausgaben der Kommunen beziehen sich dabei hauptsächlich auf Hilfen zur Erziehung und Kindertagesstätten. In der Kinder- und Jugendarbeit wurde die Förderung zwischen 2002 und 2004 bundesweit um 8,5% gesenkt (vgl. ebd., S. 43).
6. **Kompetenz von Politik:** Kinder- und Jugendhilfe muss ständig in Öffentlichkeit, Verwaltung und Politik kommuniziert werden, also im Dauerdiallog stehen. Dies gehört zu ihren Aufgaben und ist produktiv einzuschätzen, wenn das Spannungsverhältnis unterschiedlicher Interessen und Logiken in diese Kommunikation einbezogen wird. Hierbei sind zwei Probleme auszumachen. Zum einen schaffen es die Akteur_innen in und Träger der Kinder- und Jugendarbeit eher nicht, ihr Wissen, ihre Aktivitäten und Forderungen wirksam öffentlich darzulegen und Diskurse in die Hand zu nehmen und zu beeinflussen. Zum anderen sind Politiker_innen kaum noch an dem Feld interessiert, es fehlt an Zugängen, Traditionen und Sensibilität. Politische Karrieren sind nur noch selten von einer biografischen Verwobenheit und Erfahrungen in der Kinder- und Jugendarbeit geprägt. Politiker_innen selbst

haben also zunehmend Kinder- und Jugendarbeit in ihrer Jugend nicht erfahren und nachhaltig verinnerlicht. Dies hat zur Folge, dass Wissen und Kompetenzen bei den politischen Akteur_innen abnehmen und sich die Kommunikationskultur zwischen Politik und Kinder- und Jugendarbeit verschlechtert, die dem Arbeitsfeld über lange Zeit mentalen und argumentativen Rückhalt gegeben hat (vgl. ebd. S. 43f.).

7. Binnenprozesse: Kinder- und Jugendarbeit sieht sich mit vielschichtigen, politisch-administrativ erzeugten Binnenprozessen konfrontiert, die vor dem Hintergrund der Spar- und Kontrollpolitik, Legitimationen und Standarddebatten vor allem drei Entwicklungen beinhalten: 1. Schwächung der Bedeutung von Jugendarbeit innerhalb der kommunalen Politik und auch innerhalb der Träger sowie Akzentverschiebungen zu anderen Bereichen der Jugendhilfe; 2. die spezifischen Stärken der Kinder- und Jugendarbeit, informelle Bildung, Begleitung, Krisenbewältigung und Partizipation, werden kaum zur Kenntnis genommen oder instrumentalisiert; 3. Mechanismen der Kontrolle und Rechtfertigung werden Papier produzierend oftmals zur erfolglosen Dauerbeschäftigung. Diese Prozesse verursachen ein Binnenklima, das vielfach von Resignation, Lustlosigkeit, Rückzug, Lähmung, existenziellen Ängsten und einem hohen Sicherheitsbedarf begleitet wird und dadurch Experimentierfreude, Konfliktbereitschaft, Ideen für Neues und pädagogische Fantasie mindert (vgl. ebd., S. 44f.).

Hervorzuheben ist weiterhin die scheinbar marginale Bedeutung und die Schwierigkeit, das umfassende und gebundene Wissen (z.B. Bedingungen des Aufwachsens, Befindlichkeiten, Wege der Lebensbewältigung) über die junge Generation, als auch den eigenen Umgang mit derselben, in die öffentliche Diskussion einzubringen. Trägern der Kinder- und Jugendarbeit kann man umfangreiches und differenziertes Wissen unterstellen, den Mitarbeiter_innen sensible Beobachtung und Wahrnehmung und es gibt wohl keinen gesellschaftlichen Ort, an dem mehr Wissen über die junge Generation vorhanden und gespeichert ist. Dazu gehören ebenfalls die begründeten Annahmen über die vielfältigen psychosozialen und finanziellen Folgen, wenn über die Abnahme öffentlicher Verantwortung Kinder und Jugendliche die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit nicht mehr nutzen können (vgl. ebd. S. 45). Das Wissen wird in Debatten innerhalb des Feldes nicht offensiv genug aufgenommen, selten infolge der angeführten Entwicklungen inhaltlich sowie politisch offensiv und mit wenig Engagement verbunden. „Hier wäre auch selbstkritisch über die Zusammenhänge und Mechanismen innerhalb der Kinder- und Jugendarbeit, über blockierende Routinen, Resignationen und Lähmungen zu reden sowie über Wege, diese produktiv zu bearbeiten und zu überwinden“ (ebd., S. 45.).

8. Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen: In der Armutsforschung wurde wiederholt aufgezeigt, dass Desintegration und Exklusion in Form von sozialem Ausschluss, begrenzten oder fehlenden Chancen auf Teilhabe an materiellen oder gesellschaftlich Ressourcen vielfach und vielfältig zu beobachten ist. Soziale Spaltungsprozesse und wachsende Armut gerade auch in der jungen Generation haben sich zu einem gesellschaftlich brisanten Problem entwickelt und auch verfestigt. Zwei Formen der Ausgrenzung treten dabei besonders in der Kinder- und Jugendarbeit auf. Zum einen arme Kinder und Jugendliche, die

z.B. mit Essen und Kleidung versorgt werden müssen und zum anderen findet, aufgrund der Abbau- und Sparprozesse, Ausgrenzung in bzw. durch Kinder- und Jugendarbeit statt. Kinder und Jugendliche können nicht mehr angesprochen, erreicht und integriert werden und so fehlen ihnen pädagogisch begleitete Räume und Zeiten sowie Erwachsenenbeziehungen (vgl. ebd., S. 46). Zwar vertragen junge Menschen ein bestimmtes Maß an Ausgrenzung, jedoch Verarmung, Entwurzelung, Stigmatisierung und Perspektivlosigkeit führen zu gesellschaftlich, sozial und biografisch dramatischen Folgen. Kommt es zu einem Nicht-Zur-Verfügung-Stellen, Abbau von Gelegenheiten und Beziehungen, also Verzicht auf Bildungs- und Integrationskonzepte durch Kinder- und Jugendarbeit, so werden Kinder und Jugendliche weiter ausgegrenzt und lässt sie an der gesellschaftlichen Realität scheitern. Ohne die, wenn auch in einem noch so geringen Umfang möglich, Entwicklungschancen in der Kinder- und Jugendarbeit werden sie sozusagen zurück-, also sich selbst überlassen (vgl. ebd., S. 46).

Ein weiterer Effekt dieser Ausgrenzung und Ohnmachtserfahrungen ist, dass entgegen den drastisch verfolgten Sparzwängen die Kosten für die Kinder- und Jugendhilfe steigen müssen, also Folgekosten entstehen. Diese betriebswirtschaftliche Perspektive ist eigentlich politisch gut vermittelbar, weil die Angebote und Beziehungen der Kinder- und Jugendarbeit z.B. sogenannten Risikogruppen Zugang und Bindung an die Gesellschaft bieten, die Erfolg versprechen und kostengünstige Möglichkeiten eröffnen und so enorme individuelle und gesellschaftliche (Folge)Kosten abwenden können (vgl. ebd., S. 46f.).

9. Professionsprofile: Das professionelle Bild der sozialen Berufe ist in den letzten Jahren oft Thema von Diskussionen und es stehen konkurrierende normative Merkmale den bisherigen fachlichen und politischen Begründungen des Selbstverständnisses und Mandats gegenüber. Argumente des Jugendschutzes, integrierende Vorgaben und disziplinierende Erziehung werden verstärkt fokussiert und stehen so in Konkurrenz zu lebensweltlich-partizipatorischen, aufklärerisch-bildenden bzw. radikal-parteilichen Motiven und Aufträgen. Professionsbegründung und Arbeitsfeld sind eher in einer defensiven Position und oftmals selten eingebunden in eine offensive Bildungs-, Sozial- und Jugendpolitik (vgl. ebd., S. 47). Professionsökonomie und die Suche nach einem normativen Halt scheinen mehr und mehr in den Mittelpunkt zu rücken. Politik- und Verwaltungsinteresse sowie Anfragen an Kinder- und Jugendarbeit sind häufig auf Effizienz, Effektivität, manageriale Kompetenzen und quantitative Daten ausgerichtet. Die „[...] Inhalte und pädagogischen Prozesse, die Komplexität und Balancen, die Offenheit und Ungewissheit im Umgang mit Kindern und Jugendlichen – und somit die notwendigen Spielräume von Kinder- und Jugendarbeit und des professionellen Handelns [...]“ (ebd., S. 47) werden immer weniger abgefragt und sind somit immer weniger Teil des politischen und des Verwaltungsdenkens.
10. Wirkungs- und Grenzdiskurs: Der traditions- und inhaltsreiche Diskurs von Wirkungen und Grenzen der Pädagogik ist seit einiger Zeit hauptsächlich mit zwei Anfragen „von außen“ verbunden. Akzentuiert sind Wirksamkeitsanfragen zum einen dahin gehend, dass Kinder- und Jugendarbeit nicht mehr aus sich heraus als demokratiepolitisch, bildend und biogra-

fisch wertvoll, notwendig und förderungswürdig angesehen wird und zum anderen dahin gehend, dass Kinder- und Jugendarbeit mit einem konkreten, sich rechnenden Erwartungskalkül verbunden wird. Während ein anspruchsvoller Grenzdiskurs wirkliche Grenzen von Pädagogik aufzeigen will, geht es nunmehr vordergründig um die Diskussion vermeintlich schnell zu erbringender Aufgaben und ebenfalls um naive Vorstellungen von Machbarkeit. Es werden Lösungen von Problemen angeboten, die attraktiv wirken und jedoch letztendlich versuchen, Jugend- und Erziehungsprobleme stellvertretend für gesellschaftliche Probleme zu bearbeiten (vgl. ebd. S. 48).

Neben dem fachlich und politisch zu führenden Grenzen- und Wirkungsdiskurs geht es weiterhin um eine noch weitgehend fehlende selbstbewusste Kommunikation über das, was Kinder- und Jugendarbeit wirklich zu leisten vermag und gestaltet. „Es gilt, jenseits von programmatischen und normativen Überfrachtungen und Versprechungen (sollte, müsste, könnte) empirisch (wissenschaftlich) gehaltvoll zu beschreiben und auszuweisen, was sie macht und kann – und was sie nicht macht und kann“ (ebd., S. 48). Ebenfalls gilt es zu begründen, was Kinder und Jugendliche eigensinnig und aktiv mit ihrem Handeln in und aus der Kinder- und Jugendarbeit machen und was in dieser für sie attraktiv ist (vgl. ebd., S. 48). Ein fundierter Grenzen- und Wirkungsdiskurs, in Gesellschaft, Politik und im Arbeitsfeld geführt kann dann auch mit einer ehrlichen und entlastenden Selbstverständigung vor Zumutungen und Überfrachtungen schützen. Dies setzt voraus, das Verhältnis von Kinder- und Jugendarbeit und Politik ständig zu thematisieren und eben auch Diskurse, Zuständigkeiten und Aufgaben an Politik und Gesellschaft zurückzugeben, da die Probleme von Kindern und Jugendlichen auch dort zu lösen sind (vgl. ebd., S. 49).

Abschließend führt Hafenecker in seinem Beitrag zur aktuellen Situation der Kinder- und Jugendarbeit aus dem Jahr 2009 an, dass schwer zu prognostizieren sei, auf welchem fachlichen Niveau und mit welcher Förderung sie zukünftig bestehen wird. Es sind Tendenzen zu beobachten, die unterschiedlich, durchaus auch disparat und noch nicht abgeschlossen sind und vielfältige Kontroversen beinhalten.

Zusammenfassend lassen sich folgende Aussagen formulieren. Die negativen Auswirkungen des umfassenden gesellschaftlichen Wandels sind von der Sozialpädagogik des Kindes- und Jugendalters zu wenig beachtet, fachlich unzureichend reformuliert und in der Politik im sozialpädagogischen Kontext nicht thematisiert worden. Die diesbezüglichen Wissensbestände der sozialpädagogischen Professionellen sind von der Politik nicht angefragt worden und ihre Arbeit wird immer noch nicht als substanzielles gesellschaftliches Sozialisationsfeld wahrgenommen. Sozialpädagogik im Allgemeinen und die Kinder- und Jugendarbeit im Besonderen erfahren in der sich abzeichnenden Strukturreform des Bildungssystems keine Beachtung.

Die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit gelten nach wie vor nicht als eine durchgängig gesellschaftlich zu unterstützende und zu finanzierende Kernaufgabe. Inhalt, Art und Umfang sind unzureichend verbindlich geregelt und somit ist Jugendarbeit bevorzugt von Kürzungsabsichten betroffen. Fiskalpolitische Überlegungen seit Mitte der 90er verursachen Legitimationsdruck und verdrängen theoretische und konzeptionelle Fragen zur vergewissernden Orientierung. In der Praxis setzt sich betriebswirtschaftlich denkende und outputorientierte Zweckrationalität durch und

verdrängt die z.B. ursprünglichen Intentionen außerschulischer Bildung und Emanzipation aus den 60er Jahren. Es gibt keine fachlich konsensuelle Theorie der Jugendarbeit, an der sich politische und pädagogische Auseinandersetzungen orientieren könnten.

Die erhöhte Optionsvielfalt und daraus entstehende neue Einschränkungen und Zwänge für junge Menschen, zunehmende Armut bei Familien, Jugendlichen und Kindern sowie Vervielfältigung und Ausdifferenzierung von Interessen, Lebenslagen und Lebensstilen verbunden mit einem schnellen Wechsel von z.B. Jugendszenen und -kulturen erfordert eine flexible Jugendarbeit und Mitarbeiter_innen, die Nähe zu und Kenntnisse über die Lebenswelten der Kinder und Jugendlichen besitzen. Die wachsende Konkurrenz privatrechtlicher Freizeitangebote muss zu einer Neuorientierung der Jugendarbeit führen. Sie muss sich zunehmend legitimieren und ihre Wirkung nachweisen.

Jugendarbeit erhält zu wenig Anerkennung von der Politik. Es werden hohe Erwartungen von Politik und Gesellschaft an Jugendarbeit gestellt. Diese hat jedoch ihre gesellschaftlich wertvollen Leistungen noch nicht offensiv genug präsentiert. Jugendarbeit ist abhängig von Politik, Gesetzgebung und Administrationen, die die Rahmenbedingungen vorgeben. Dem steht jedoch das Mandat der Jugendarbeit gegenüber, politische Lobbyarbeit für junge Menschen zu leisten. Dieser Anspruch muss ständig geprüft werden, da aktuell offensichtlich bei den Mitarbeiter_innen in der Jugendarbeit ein geringes Interesse besteht, Politik im Sinne junger Menschen aktiv mitzugestalten.

Jugendarbeit wird sich von der Vorstellung verabschieden müssen, generell alle jungen Menschen erreichen und die Freizeit und Kultur aller gestalten zu wollen. Eine Kernfrage ist, inwieweit Jugendarbeit über reine Freizeitangebote hinaus eine Rahmung schafft, in der Aneignungs- und Bildungsprozesse aktiv selbst gestaltet werden können. Der Partizipation junger Menschen muss besondere Beachtung geschenkt werden und es bestehen neue Anforderungen und Anfragen an Jugendarbeit durch die Themenbereiche Gender und Migration.

Hafeneger beschreibt den aktuellen Zustand der Offenen Kinder- und Jugendarbeit wie folgt: „Sie ist derzeit in keinem guten Zustand, mehr in der Defensive und kaum ein gestaltender Akteur; gleichzeitig gibt es für sie gute Gründe und Begründungen, macht sie eine vielschichtige (und gute) Praxis, bietet sie (kaum untersuchte) Sozialisations-, Erziehungs- und Bildungsleistungen, die politisch und gesellschaftlich kaum erkannt und gewürdigt werden“ (Hafeneger 2009, S. 49, Herv. i. Orig.). Kinder- und Jugendarbeit muss sich also mehr einmischen, Wert und Bedeutung ihrer Arbeit belegen. Hierbei ist die sensible Wahrnehmung und Beschreibung des Alltags der Kinder und Jugendlichen hervorzuheben und eine Beobachtungs- und Aufmerksamkeitshaltung gegenüber den Folgen der hier beschriebenen Prozesse und Zustände zu erhalten. Diese Folgen dienen zum einen der Erkenntnisgewinnung und müssen zum anderen in die öffentliche Kommunikation zur Lage der jungen Generation und deren Zukunft eingebracht werden (vgl. ebd., S. 49).

Der Zustand der Offenen Kinder- und Jugendarbeit ist insgesamt als sehr kritisch einzuschätzen und mit den vorgenommenen Beschreibungen wird klar, dass neben den großen Herausforderungen an ebendiese ihr Fortbestand in der jetzigen Form unter den derzeitigen gesamtgesellschaftlichen Bedingungen als sehr unsicher zu beschreiben ist.

2.3 AUFGABENVIELFALT – OFFENHEIT ODER ÜBERFORDERUNG?

Wenn mit dieser Arbeit untersucht wird, wie sich die Unsicherheit kommunaler Förderung auf die Mitarbeiter_innen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit auswirkt, dann ist es notwendig anzuführen, welche Aufgaben von den Mitarbeiter_innen im Arbeitsfeld erfüllt werden. Dies vor dem Hintergrund der Annahme, dass sich Aufgabenvielfalt im Spannungsfeld von Offenheit, Überforderung und in Verbindung mit der eben beschriebenen aktuellen Situation der offenen Kinder- und Jugendarbeit letztlich auf die Arbeitszufriedenheit der Mitarbeiter_innen auswirkt.

Kinder- und Jugendarbeit richtet sich an alle jungen Menschen. Ihnen „[...] sind die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen. Sie sollen an den Interessen junger Menschen anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden, sie zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und sozialem Engagement anregen und hinführen“ (§ 11 Abs. 1 Satz 1 SGB VIII). Somit ist im Gesetzestext eine hohe Aufgabenvielfalt fixiert, die sich ebenfalls in den allgemeinen Schwerpunkten von Kinder- und Jugendarbeit widerspiegelt: Kinder- und Jugendbildung; Sport, Spiel und Geselligkeit; arbeitswelt-, schul- und familienbezogene Kinder- und Jugendarbeit; internationale Jugendbegegnungen; Erholung; Beratung (§ 11 Abs. 2 SGB VIII).

Weiterhin soll Jugendarbeit präventiv auf besondere Gefährdungen junger Menschen wirken. Offene Kinder- und Jugendarbeit beinhaltet einen nahezu unbegrenzten Experimentierhorizont und durch die besondere Nähe zu den jungen Menschen ebenfalls eine hohe Wahrnehmung von unterschiedlichsten Problemlagen junger Menschen, was die Aufgabenvielfalt weiterhin beeinflusst. Scherr und Thole liefern hierzu eine relativ weit und offen gefasste Gegenstandsbestimmung zur Kinder- und Jugendarbeit, über die die Aufgabenvielfalt m.E. sehr gut erfasst werden kann: „Die heutige Kinder- und Jugendarbeit umfaßt vielfältige, mehr oder weniger pädagogisch gerahmte, nichtkommerzielle, erlebnis- und erfahrungsbezogene Sozialisationsfelder von freien und öffentlichen Trägern, Initiativen und Arbeitsgemeinschaften, in denen Kinder und Jugendliche ab dem Schulalter selbstständig, mit Unterstützung oder in Begleitung von ehrenamtlichen und/oder beruflichen MitarbeiterInnen individuell oder in Gleichaltrigengruppen zum Zweck der Freizeit, Bildung und Erholung einmalig, sporadisch, über einen turnusmäßigen Zeitraum oder für eine längere, zusammenhängende Dauer zusammenkommen können. Die Kinder- und Jugendarbeit ist damit mehr als ein geselligkeitsorientiertes Beschäftigungsprogramm, sie ist ein ausdifferenziertes Sozialisationsfeld mit vielfältigen Hilfen zur Lebensbewältigung (Böhnisch 1992), Ort von unterschiedlichen Bildungs-, Freizeit- und Ferienangeboten, an denen Heranwachsende freiwillig teilnehmen können“ (Scherr/Thole 1998, S.15).

Hans Jürgen von Wensierski sieht weitere Aufgaben der Jugendarbeit und außerschulischen Jugendbildung in Bildungsanforderungen, die aus der Spezifik der Jugendphase im sozialen Wandel der modernen Gesellschaft hervorgehen. Im Spannungsverhältnis von sozialer Kontrolle und der Selbstbestimmung von Jugend ist Jugendarbeit dabei Bildung für Jugendliche als Jugendliche.

Insbesondere werden Bildungs- und Integrationsprobleme aufgegriffen, die bedingt durch Modernisierungsprozesse und im Kontext der dadurch freigesetzten Handlungsräume von Jugend sichtbar werden und wirken, also z.B. in Freizeitgestaltung, Körperlichkeit, Geschlechterrolle, Mediatisierung, Kommerzialisierung, kultureller Pluralisierung, sozialen Desintegrationsprozessen, Individualisierung, Biografisierung der Jugendphase usw. (vgl. von Wensierski 2006, S. 75).

Weiterhin beabsichtigt Jugendarbeit den Ausgleich und die Förderung sozial benachteiligter Jugendlicher, insbesondere Benachteiligungen, die im Bildungssystem verursacht bzw. sichtbar werden. Hier steht Jugendarbeit als eine reflexive und kompensatorische Instanz des modernen Bildungssystems (vgl. ebd. S. 75f.).

Ebenso nimmt sich Jugendarbeit Bildungsaufgaben an, die in modernen Gesellschaften durch weltanschauliche, religiöse, politische, ethnische und kulturelle Pluralisierung entstehen. Außer-schulische Jugendbildung ist dabei Bildung des Individuums im sozialkulturellen Zusammenhang seiner Lebenswelt. Demgegenüber besteht eine tendenziöse Bildungsorientierung auch in inter-sensspezifischen Bildungsangeboten einzelner gesellschaftlicher Gruppierungen in deren Verbänden und Institutionen (vgl. ebd. S. 76).

In den letzten 20 Jahren hat aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklungen eine Aufgabenerweiterung in der Kinder- und Jugendarbeit – z.B. durch Medienarbeit, interkulturelles Lernen, Schulkooperationen, vielfältige Beratungsaufgaben – stattgefunden. Weiterhin erzeugen auch der tendenzielle Wegbruch von Familie als unproblematische Sozialisationsinstanz und die wachsenden Anforderungen an junge Menschen, um in einer risikoreichen und komplizierten Gesellschaft bestehen zu können, gesellschaftlichen Druck. Zunehmend muss Kinder- und Jugendarbeit auch Hilfen zur Lebensbewältigung bereitstellen. Politik reagiert mit Zuweisungen, die Probleme zu „reparieren“ oder zu verwalten (Düx/Züchner 2002, S. 52).

Mit den Ansprüchen, die von allen Seiten an die Kinder- und Jugendarbeit gestellt werden, lässt sich eine Überfrachtung ausmachen, die sich nicht zuletzt auch darin zeigt, dass Jugendarbeit alle gesellschaftlichen Probleme im Zusammenhang mit Jugendlichen lösen soll. Es wird eine Allzuständigkeit erwartet, die wiederum als Strukturproblem die Abhängigkeit von Politik aufzeigt, da sich Kinder- und Jugendarbeit im Bemühen um knappe finanzielle Mittel für alles und jeden zuständig fühlt. „Die Abhängigkeit von politischen Entscheidungen und gesellschaftlichen Entwicklungen beschränkt vermutlich die Möglichkeiten der Kinder- und Jugendarbeit, eigene Themen zu entwickeln; gleichzeitig kann ihr diese Abhängigkeit aber hin und wieder auch als Vorwand für Passivität dienen“ (vgl. ebd., 2002, S. 51). Die Mitarbeiter_innen sind hier in einem Spannungsverhältnis zwischen aktiver Gestaltung von Jugendarbeit und Einschränkungen und/oder Passivität.

Mit den sich ändernden gesellschaftlichen Anforderungen und Entwicklungen gehen somit Änderungen in den Aufgaben und Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit einher. Die Träger und Mitarbeiter_innen müssen ständig evaluieren, ob mit der Arbeit die gewünschten Ziele erreicht werden und wie flexibel Jugendarbeit auf Veränderungen reagieren kann. Das Passungsverhältnis der institutionellen Voraussetzungen, Organisationsstrukturen, dem professionellen Selbstverständnis und den individuellen Bedürfnissen der Adressat_innen und auch das Verhältnis von Lebenslagen

der jungen Menschen und den Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit sind somit in diesem Zusammenhang ständig zu hinterfragen (vgl. Dux 2003, S. 17). Die Mitarbeiter_innen stehen somit in einem ständigen Aushandlungsprozess bezüglich ihrer Aufgaben, Aufträge und Ziele, die sie sich selbst zuschreiben, gesetzlich vorgegeben sind oder durch die Adressat_innen, Gesellschaft, Politik und Wissenschaft an sie herangetragen werden. Die hieraus entstehenden Spannungen zwischen Möglichkeiten, Weiterentwicklung, Anforderungen, Offenheit und Einschränkungen, Diffusion und Überforderungen geben viel Raum für Belastungserfahrungen bei den Mitarbeiter_innen in der Kinder- und Jugendarbeit.

2.4 RECHT, POLITIK UND OFFENE KINDER- UND JUGENDARBEIT

Im Folgenden wird auf das Verhältnis von Recht, Politik und Jugendarbeit eingegangen. Dies vor dem Hintergrund, dass Politik letztlich über ihre Entscheidungen die finanzielle (Nicht-) Förderung von Kinder- und Jugendarbeit beschließt und diese somit auf „[...] existentielle Weise mit der auf allen föderalen Stufen agierenden Politik verknüpft [ist]“ (Lindner 2010, S. 159).

Ausgehend von der Leitnorm aller Jugendhilfe, dem „[...] Recht eines jeden jungen Menschen auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit“, verankert in § 1 Abs. 1 im SGB VIII, zählen die Angebote der Jugendarbeit zur Verwirklichung dieses Rechtsanspruchs junger Menschen nach § 2 Abs. 2 KJHG als Leistungen der Jugendhilfe. Die Leistungsverpflichtung zu Angeboten der Jugendarbeit liegt nach § 3 Abs. 2 S. 2 in Verbindung mit § 69 Abs. 1 S. 1 bei öffentlichen Trägern, die über § 85 Abs. 1 KJHG auch die sachliche Zuständigkeit zur Gewährleistung der Leistungen nach § 11 KJHG erhalten.

Die in § 79 Abs. 1 festgeschriebene Gesamtverantwortung der öffentlichen Träger führt dazu, dass der öffentliche Träger alle in § 2 KJHG genannten Leistungen garantieren muss, diese in geeigneter Form, in erforderlichem Umfang, in ausreichender Personal- und Finanzausstattung und rechtzeitig zur Verfügung stehen. Hieraus ergibt sich die Finanzierungsverantwortung der öffentlichen Träger: „Die Vertretungskörperschaft des öffentlichen Trägers ist verpflichtet, soviel Finanzmasse zur Verfügung zu stellen, wie viel erforderlich ist, um die Leistungen der Jugendhilfe bedarfsgerecht zu erbringen“ (Bisler 2009, S. 53f.). Hier wird eindeutig die Verschränkung mit Politik sichtbar. Bedarfsgerechte Erbringung meint nach in Kommentarliteratur und Rechtssprechung gesicherter Rechtsauffassung, dass Jugendarbeit unabhängig von Schwellenwerten empirisch nachweisbaren Bedarfs entsprechend der normativen Zweckstellung im Gesetz zu erbringen ist. Es besteht also eine objektive Leistungsverpflichtung der öffentlichen, örtlichen Träger, diese Angebote zur Verfügung zu stellen oder im Rahmen des Subsidiaritätsprinzips von Trägern der freien Jugendarbeit zur Verfügung stellen zu lassen. Die Angebote sind in bedarfsgerechtem Umfang entsprechend dem Gebot der Jugendhilfeplanung nach § 80 KJHG, innerhalb derer sie zwingend beachtet sein müssen, zu realisieren (vgl. ebd., S. 54).

Auch wenn Bisler mit Fiesler und Busch (2006) Autoren aufführt, dass ein subjektiver Rechtsanspruch von jungen Menschen und Trägern auf die Förderung von Angeboten nach § 11 KJHG begründungsfähig vertretbar ist, besteht in der Kommentarliteratur mehrheitlich die Auffassung, dass dieser Rechtsanspruch nicht besteht (vgl. ebd., S. 58f.). Trotzdem das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am 12. Dezember 2002 in einer Information an die Europäische Kommission dem § 11 KJHG einen subjektiven Rechtsanspruch zugrunde legt, wird weiter angemerkt, dass es nur noch an der rechtsverbindlichen Umsetzung auf der Länderebene und in den Kommunen fehle (vgl. Lindner 2008, S. 13). „Gemäß einschlägiger juristischer Kommentierungen handelt es sich bei der Kinder- und Jugendarbeit gem. §§ 11/12 SGB VIII um eine kommunale Pflichtaufgabe, deren faktische Ausgestaltung jedoch nicht explizit definiert ist“ (Lindner 2010, S. 159). Somit ist Kinder- und Jugendarbeit zwar eine Pflichtaufgabe aber ihre Leistungen sind nicht verbindlich definiert und quantifiziert, mit der Folge, dass diese finanziell kaum abgesichert ist. Jugendarbeit ist „[...] in ungleich höherem Maße *abhängig von der Qualität jugend- bzw. kommunal-/landespolitischer Entscheidungen*“ (ebd., S. 159, Herv. i. Orig.).

Mit der schlechten finanziellen Lage kommunaler Haushalte und der nach wie vor ungesicherten Rechtslage im KJHG sieht sich Jugendarbeit dazu noch mit einer als desolat zu bezeichnenden Jugendpolitik konfrontiert. Politisches Desinteresse, tiefe Missachtung jugendlicher Themen und Lebenslagen und eine seit etlichen Jahren zu verzeichnende Verwahrlosung der Jugendpolitik zeigen sich nicht zuletzt in einer permanenten Unterfinanzierung von Kinder- und Jugendarbeit, drastischen Kürzungen, Personaleinsparungen, in der Schließung von Einrichtungen, Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen sowie im Abbau fachlicher Strukturen und Instrumente (vgl. ebd., S. 159).

Weiterhin, wie bereits angeführt, ist die intensive Verflechtung von Kinder- und Jugendarbeit mit Politik tendenziell zurückgegangen. „Für die politische Klasse in Deutschland galt für eine Reihe von Jahrzehnten, dass sich für viele ihrer VertreterInnen Karrieren aus ehrenamtlicher Praxis und/oder Leitungssämtern in der Kinder- und Jugendarbeit heraus entwickelt hatten“ (Brenner 2006, S. 48). Aus der Vielzahl personeller Verflechtungen zwischen Jugendarbeit und Politik konnte sich Jugendarbeit lange Zeit relativ sicher sein, insbesondere auf der untersten politischen Ebene viele Fürsprecher_innen zu haben. Demgegenüber hat die politische Klasse, insbesondere Parteien, aus den nichtparteilichen Jugendorganisationen immer wieder Nachwuchs rekrutiert. „Lange Zeit galt insbesondere die verbandliche Jugendarbeit als „Durchlauferhitzer“ für politisch begabte junge Menschen“ (ebd., S. 49, Herv. i. Orig.). Gerade den Akteur_innen der Politik, die kaum noch eine biografische Verwobenheit mit Kinder- und Jugendarbeit und Erfahrungen in dieser gemacht haben, fehlen vielfach Zugänge, Traditionen und Sensibilität und sie haben kaum noch Interesse am Feld (vgl. Hafenegger 2009, S. 43). Schon 2005 führte Hafenegger an, dass die ehemals recht breite politisch-fachliche Lobby für Jugendarbeit derzeit kaum noch vorhanden ist. Den Trägern stehen kaum noch kompetente, interessierte und vor allem einflussreiche Ansprechpartner in der Politik gegenüber (vgl. Hafenegger 2005, S. 17).

Kinder- und Jugendarbeit und Kinder- und Jugendpolitik agieren mit ihren jeweiligen Handlungsmustern und -logiken. Jugendarbeit beschäftigt sich im Alltag mit Schicksalen der jungen Generation, biografischen Entwicklungen, Übergängen, gescheiterten Inklusionen und der Suche nach

Lebensgestaltung und sie kann Optionen und mögliche Folgen aufzeigen. Jugendpolitik handelt in der politischen Machtarena und sie bewertet und entscheidet vor dem Hintergrund von Sach- und Interessenorientierungen. Beide Felder bearbeiten Themen im System der Kinder- und Jugendarbeit und bei „[...] allen Kontakten, dichten Kooperationen und öffentlicher Aufmerksamkeit von Kinder- und Jugendproblemen kann kaum von einem wirklichen Lernverhältnis von Praxis und Politik in dem Sinne gesprochen werden, dass Erfahrungen und Erkenntnisse (Expertise) der Praxis in (Steuerungs-) Politik bzw. kinder- und jugendpolitische Prozesse aufgenommen werden“ (Hafeneger 2008, S. 337, Herv. i. Orig.).

Lindner kommt zu dem Schluss, dass aufgrund der Erosion der Jugendpolitik eine Repolitisierung der Kinder- und Jugendarbeit notwendig ist und wenn dies passiert nicht naiv sondern reflexiv zu gestalten sei. Naiv meint hier, Grenzen nicht zu beachten und Politik selbst machen zu wollen, der Politik Versagen zu attestieren, Enttäuschung und Erbitterung dem politischen Handeln zu entgegenen oder sich Skandalisierungen, Demonstrationen, Protesten, Solidarisierungen und Besetzungen zu bedienen, „die lediglich das politfolkloristische Reservoir der 1968er Bewegung reproduzieren und deren Akteure allenfalls dem Ideologieverdacht aussetzen“ (Lindner 2010, S. 160).

Weiterhin naiv wäre, gegenüber der Politik mit Evaluations- und Wirkungsergebnissen zu argumentieren, ohne sich im Klaren zu sein, dass damit keine lineare fachpolitischen Konsequenzen erzeugt werden können und stattdessen Deutungsangebote für die Aushandlungs- und Vermittlungsarenen für Politik bereitgestellt werden. „Bleibt die Kinder- und Jugendarbeit solch fachlich zwar plausiblen, politisch aber naivem Denken verhaftet, wird sie ein ums andere Mal mehr erleben, wie Politik ihre Anfragen und Forderungen kühl an sich abtropfen lässt, routiniert ausbremst oder unbeeindruckt ins Leere laufen lässt“ (ebd., S. 160).

Reflexive Repolitisierung ist vielmehr darauf ausgerichtet, dass Kinder- und Jugendarbeit Politik als staatliche Bearbeitung öffentlicher Angelegenheiten bzw. als Konstrukt begreift, das kollektiv verbindliche Entscheidungen hervorbringt, politische Entscheidungslogiken entschlüsselt und dann versucht, diese zu beeinflussen. Festgestellt wird jedoch, dass Kinder- und Jugendarbeit noch nicht in der Lage ist, diese Anforderungen zu erfüllen: „Strukturen und Funktionsweise der Politik, die seit längerem von der Politikwissenschaft bearbeitet und erforscht werden, sind in der Kinder- und Jugendarbeit nicht einmal in Ansätzen bekannt“ (ebd., S. 160).

Für eine Repolitisierung der Kinder- und Jugendarbeit sind politische Entscheidungen, gerade auf kommunaler Ebene, elementare Anknüpfungspunkte, da Entscheidungen die elementarste Gestaltungsquelle von Politik sind. Politik ist seit je her vielfachen Einflüssen verschiedener „stakeholder“ ausgesetzt, die Entscheidungen nach ihren Vorstellungen beeinflussen wollen. Somit liegt nahe zu fragen, ob die Akteur_innen der Kinder- und Jugendarbeit in der Lage sind, ihre Möglichkeiten diesbezüglich offensiv, reflexiv und effektiv einzusetzen, um Entscheidungen zu beeinflussen. Politische Entscheidungen sind wohl immer auch anders möglich. Es gilt die Aufgabe zu lösen, wie die Entscheidungslogik der Politik funktioniert und warum Politik entscheidet wie sie entscheidet (vgl. ebd., S. 160f.).

Wenn in der vorliegenden Literatur eine immer noch ungesicherte Rechtslage bezüglich des Umfangs der Bereitstellung von Angeboten der Jugendarbeit, eine Verwahrlosung von Jugendpolitik

und eine Repolitisierung der Kinder- und Jugendarbeit, also „Jugendarbeit muss sich – kurz gesagt – politisch einmischen“ (Galuske 2003, S. 80), konstatiert wird, so sind, auch wenn von Kinder- und Jugendarbeit im Allgemeinen die Rede ist, unübersehbar Folgen für die Mitarbeiter_innen im Arbeitsfeld sichtbar. Die vorliegenden Aufforderungen und Feststellungen der Autoren wirken bis zu den Mitarbeiter_innen durch und beeinflussen letztendlich deren alltägliche Arbeit nachhaltig. Vor dem Hintergrund einer unsicheren Rechtslage und dem Erfahrungswissen bezüglich der Wirksam- und Wichtigkeit der eigenen Arbeit in Verbindung mit der daraus resultierenden Erkenntnis, zum Erhalt der Kinder- und Jugendarbeit in ihrer eigentlichen Intention im Allgemeinen und nicht zuletzt der eigenen Arbeitsstelle, vermehrt offensiv politisch einwirken zu müssen, offenbart sich ein fast uneinlösbarer Zustand, der wohl, ob bewusst wahrgenommen oder nicht, die Mitarbeiter_innen einem hohen Belastungspotenzial aussetzt.

2.5 AUSGEWÄHLTE STATISTISCHE DATEN ZUR OFFENEN KINDER- UND JUGENDARBEIT

Im Folgenden werden ausgewählte statistische Daten vorgestellt. Im Mittelpunkt stehen dabei Daten, die sich auf die Kinder- und Jugendarbeit beziehen, deren die finanzielle Förderung und die Mitarbeiter_innen im Fokus haben. Eine tiefgründige Analyse kann hier nicht geleistet werden und so werden zusammenfassende Aussagen aufgeführt. Als Grundlage dienen dabei Daten der Kinder- und Jugendhilfestatistik (KJH-Statistik) des Statistischen Bundesamtes, Daten der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik der Universität Dortmund (AKJStat)¹⁴ und zusammengefassten Daten aus der zur Verfügung stehenden Literatur. Die Daten geben einen Überblick über die strukturellen Bedingungen in der Kinder- und Jugendarbeit. Die strukturelle Verfassung lässt dabei jedoch keine Rückschlüsse z.B. auf die Wirkung, Professionalität der und Auswirkungen auf die Kinder- und Jugendarbeit zu. Allenfalls geben Tendenzen Raum für Vermutungen über Auswirkungen von z.B. sinkender finanzieller Förderung, die jedoch nicht empirisch abgesichert werden können.

Werden im Jahr 2000 auf Bundesebene 1,411 Mrd. Euro für Kinder- und Jugendarbeit aufgewendet, einem Anteil von 9% des Gesamtetats für Leistungen nach dem KJHG (vgl. Pothmann 2009, S. 31), so sind dies im Jahr 2002 1,459 Mrd. Euro mit aber nur noch 7% von den Gesamtaufwendungen (vgl. Thole/Pothmann 2006, S. 124). Zwischen 2002 und 2005 sanken die öffentlichen Ausgaben leicht unter 1,4 Mrd. Euro (vgl. Pothmann 2009, S. 31), was im Zeitraum 2002-2004 bundesweit einer deutlichen Ausgabensenkung von 8,5% (95 Mio. Euro) entsprach (vgl. Hafener 2009, S. 43). Auch wenn 2005 bundesweit ein Anstieg von 2,8% zu verzeichnen war, sank die Förderung in den östlichen Bundesländern um 8% (vgl. ebd., S. 43). In der aktuellen Ausgabe der KJH-Statistik lässt sich ablesen, dass 2008 die Kinder- und Jugendarbeit bundesweit mit 1,544 Mrd. Euro finanziert wurde. Trotz dieser Erhöhung entspricht dies 2008 nur noch einem Anteil von 6,4% an den

¹⁴ Die Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik (AKJStat) ist Teil des Forschungsverbundes Deutsches Jugendinstitut/Technische Universität Dortmund unter der Leitung von Prof. Dr. Thomas Rauschenbach.

Gesamtausgaben für Leistungen nach dem KJHG (vgl. Statistisches Bundesamt 2010, Tab. 2). Somit ist die finanzielle Förderung innerhalb von 8 Jahren auf Bundesebene zwar um ca. 9,1% gestiegen, jedoch hat sich der Anteil in Bezug auf die Gesamtausgaben für die Jugendhilfe um 2,6% verringert.

Stellt man der bundesweiten Steigerung der Ausgaben von 9,1% dem Verbraucherpreisindex gegenüber, welcher die allgemeine Preisentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland anzeigt, so lässt sich festhalten, dass dieser Index zwischen 2002 und 2008 nach eigenen Berechnungen um 14,2% gestiegen ist (vgl. Statistisches Bundesamt: Tabelle Verbraucherpreisindex, inkl. Veränderungsraten, Deutschland, Jahre). Schilling geht für den Zeitraum 1992 bis 2003 aufgrund der allgemeinen Preisentwicklung von einer Preissteigerung um 21,4% aus (vgl. Schilling 2005, S. 32). „So sind die Ausgaben nominal über einen längeren Zeitraum gestiegen, während sie preisbereinigt zurückgegangen sind“ (Wilk/Pothman/Bröring 2010, S. 5).

Im Dritten Sächsischen und Jugendbericht, um auch einen regionalen Bezug herzustellen, werden die Ausgaben für die Jugendarbeit im Jahr 2006 auf 52,038 Mio. Euro beziffert. Dies ist ein Rückgang der Ausgaben um 10,4% im Vergleich zu 2002 (vgl. Dritter Sächsischer Jugendbericht 2009, S. 95).

Zwischen 1998 und 2006 ist das Personal in der Kinder- und Jugendarbeit von 44.560 auf 33.631 zurückgegangen. Das entspricht einer Verringerung um 25%. Noch drastischer zeigt sich diese Entwicklung, wenn die entsprechenden Vollzeitäquivalente verglichen werden. Liegen diese 1998 noch bei knapp 33.300 sind es 2006 nur noch etwa 19.800, was einer Reduzierung von etwa 40% entspricht. Diese Entwicklung ergibt sich aus der sinkenden Anzahl von Beschäftigten, die mehr als 30 Stunden wöchentlich arbeiten, 1998 28.300 und 2006 nur noch etwas mehr als 15.300 (-46%). Die Zahl der Beschäftigten mit einer wöchentlichen Arbeitszeit zwischen 16 und 30 Stunden ist gleich geblieben, jedoch die Anzahl der Beschäftigten mit wöchentlich weniger als 16 Stunden hat sich um 29% erhöht. Der Rückgang des Stellenvolumens trifft die östlichen Flächenländer mit 51% wesentlich stärker als die westdeutschen Bundesländer mit 36%.

Stieg die Zahl der Jugendlichen im Alter von 12 bis 21 Jahren zwischen 1998 und 2006 in Westdeutschland noch um 8%, so ist in Ostdeutschland ein Rückgang von 29% in dieser Altersgruppe zu verzeichnen, was jedoch nicht rechtfertigt, den demografischen Verlusten überproportional mit einem 51%igen Stellenabbau zu folgen (vgl. Pothmann 2008, Jugendhilfeportal).

Im regionalen Blick lässt sich erkennen, dass in Sachsen zwischen 2002 und 2006 die Anzahl der tätigen Personen in den Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit um 8,5% gesunken ist und die Vollzeitstellen im gleichen Zeitraum um 28,4% abgenommen haben, was somit also fast einem Drittel des Vollzeitstellenvolumens von 2002 entspricht (vgl. Dritter Sächsischer Jugendbericht 2009, S. 118).

In der Kinder- und Jugendarbeit bestehen im Vergleich zu den anderen Arbeitsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe die meisten befristeten Arbeitsverhältnisse. Auf Grundlage der Kinder- und Jugendhilfestatistik 2002 zeigt sich, dass in Westdeutschland 13,5% und in Ostdeutschland 47,9% der Beschäftigten in einem befristeten Arbeitsverhältnis stehen (vgl. Thole/Pothmann 2005, S. 72). In Bezug auf die vertraglich festgelegten wöchentlichen Arbeitszeiten ist bundesweit die Hälfte

te der Beschäftigten in Vollzeit tätig. Arbeitsverträge, die weniger als 38,5 oder 40 Wochenarbeitsstunden beinhalten, haben dabei 29% der Beschäftigten in Ostdeutschland, demgegenüber in Westdeutschland nur 3%. Dies führt in Ostdeutschland zur Konsequenz, „[...] dass Beschäftigungsverhältnisse in der Kinder- und Jugendarbeit den hier beruflich Engagierten immer weniger eine Existenz sichernde Perspektive bieten können“ (ebd., S. 74).

So lässt sich festhalten, dass sich der bereits beschriebene eher schlechte Zustand der Kinder- und Jugendarbeit in den hier dargelegten ausgewählten statistischen Daten widerspiegelt. Weiterhin kann eine Unsicherheit kommunaler Förderung aufgrund der zwar nominal gestiegenen aber preisbereinigt gesunkenen bundesweiten Ausgaben für die Kinder- und Jugendarbeit unterstellt werden, die mit dem oben beschriebenen Sinken der Beschäftigungszahlen und Vollzeitäquivalenten einhergeht. In Verbindung mit dem hohen Anteil befristeter Arbeitsverträge von fast 50% in Ostdeutschland und einem Drittel Beschäftigter, die weniger als 38,5 Wochenstunden arbeiten, stellt sich die wohl berechtigte Frage, inwieweit sich diese Bedingungen auf die Mitarbeiter_innen in der Kinder- und Jugendarbeit besonders in den „neuen“ Bundesländern auswirken. Zuletzt bleibt jedoch eine weitere Frage: Wie bekannt sind diese Daten und Entwicklungen bei den Mitarbeiter_innen selbst?

In diesem Abschnitt sollen Einblicke in die Jugendarbeitsforschung gegeben werden. Nach einem einführenden Überblick wird der Nutzen von Forschung in Kinder- und Jugendarbeit thematisiert. Dies vor dem Hintergrund, dass mit einem bestehenden bzw. steigenden Legitimationsdruck Jugendarbeit ihre Wirksamkeit zunehmend belegen muss. Weiterhin soll mit Ausführungen zum Verhältnis von Forschung und Praxis auf Schwierigkeiten und Probleme hingewiesen werden.

3.1 EIN ÜBERBLICK

Kinder- und Jugendarbeit ist ein heterogenes und hoch ausdifferenziertes Arbeitsfeld. Scherr und Thole führen 1998 an, dass bezogen auf die Komplexität der Kinder- und Jugendarbeit empirische Aufarbeitungen nur im bescheidenen Umfang vorliegen, welche qualitativ oder quantitativ die Gesamtpalette oder auch nur Bereiche der Kinder- und Jugendarbeit umfassend rekonstruieren und somit Informationen z.B. zu Adressat_innen, Angeboten, Projekten, Maßnahmen, institutionellen und strukturellen Gegebenheiten, Methoden und angebots- und feldübergreifenden Querverbindungen innerhalb der Kinder- und Jugendarbeit präsentieren. Sie führen dies auf den hohen Ausdifferenzierungsgrad des Arbeitsfeldes und die Empirieabstinenz derjenigen zurück, die sich in den letzten zwanzig Jahren mit dem Feld auseinandersetzen (vgl. Scherr/Thole 1998, S. 24ff.). „Dieses Forschungsdefizit ist ganz entscheidend mit dafür verantwortlich, daß sowohl politische als auch pädagogische Debatten über Aufgaben, Möglichkeiten und das erforderliche Ausmaß von Jugendarbeit in der Regel als normative Auseinandersetzungen und auf der Grundlage eines unausgewiesenen Alltags- und Erfahrungswissens geführt werden“ (ebd., S. 27). Nach den Autoren bieten sich drei größere Forschungskomplexe für eine vertiefende Sondierung an:

1. Welche Handlungsfelder beinhaltet die sozialpädagogische Arbeit außerhalb der Schule unter fachlichen Prämissen einer modernen Kinder- und Jugendarbeit?
2. Derzeit besteht die Situation, dass die fehlende theoretische Fundierung über Implementierungen neuer Steuerungsmedien (z.B. Produktbeschreibungen) in der Kinder- und Jugendarbeit sozusagen betriebswirtschaftlich ausgeglichen wird. Somit ist eine neue fachspezifische Reformulierung theoretischer Bezugspunkte unumgänglich.
3. Kinder- und Jugendarbeit ist empirisch betrachtet ein fast unbekanntes Arbeitsfeld. Das Wissen über Einrichtungen, Adressat_innen und Mitarbeiter_innen ist relativ gering, Interesse besteht mehr für inhaltliche Angebote, Möglichkeiten und Grenzen der Jugendarbeit als für empirische, in harten Fakten belegte soziale Realität (vgl. ebd., S. 26).

Lindner führt 2008 an, dass seit etlichen Jahren die Themenfelder Forschung und Empirie in der Kinder- und Jugendarbeit mit Unbehagen und ungenügend diskutiert werden und eine verstärkte Forschung bzw. Praxisforschung gefordert wird, ohne dass ersichtliche Konsequenzen auf breiter Front folgten. „[...] so vielfältig die verstreuten Animationen auch sein mögen, ist doch festzustellen, dass diese in der Umsetzung die breite Praxislandschaft der Kinder- und Jugendarbeit kaum wirklich erreicht haben, versandet sind bzw. unterlaufen wurden“ (Lindner 2008, S. 9). Trotzdem gewinnt nach Lindner Evaluation, als eine der Art der praxisbezogenen Forschung, an Bedeutung, da die empirisch nachweisbare Entwicklung der Kinder- und Jugendarbeit mehr denn je an einem Wendepunkt steht und der Legitimationsdruck weiterhin anhält. Wirkungen des Arbeitsfeldes werden von Politik angefragt, wenn, in enger Verbindung, Legitimationen benötigt werden oder finanzielle Mittel umverteilt werden sollen. Wenn finanzielle Mittel angeblich knapp sind, macht es Sinn, diese dort einzusetzen, wo sie ihre größte Wirkung erzeugen können. Es wird hier von einer gemeinsamen Leitlinie ausgegangen, die als wirkungsorientierte Steuerung den Steuerungsdiskurs in Politik, Profession, Institutionen und Wissenschaft durchzieht. Für die eigene fachliche Selbstvergewisserung, Qualitätsentwicklung und Legitimationen sind Wirkungsuntersuchungen für die Kinder- und Jugendarbeit unerlässlich (vgl. ebd., S. 10).

Lindner fragt nachfolgend, „[...] aus welchen Gründen sich einen weitergehend forschungs- bzw. empirieabstinente Grundhaltung in der Praxis der Kinder- und Jugendarbeit festgefressen hat“ (ebd., S. 11). Wissenschaft und Praxis stehen sich in Bezug auf gemeinsame Forschung eher kritisch bzw. mit Misstrauen gegenüber. Die Wissenschaftler fühlen sich vielfach missbraucht, da sie mit Forschungsergebnissen der Praxis förderlich notwendige Legitimationen geben und die Ergebnisse von der Praxis nicht rezipiert werden. Demgegenüber fühlen sich die Mitarbeiter_innen der Praxis missachtet, da sie von der Wissenschaft bzw. Forschung keine Lösungen für konkrete Probleme erhalten. „Aktuell werden die kaum geminderte Distanz zwischen Praxis und Wissenschaft, die Abwehr von fachlichen Impulsen, die „eingeschränkte Nutzung von Fachliteratur“, „Theorieskepsis“ wie auch der Mangel an alltagstauglichen Instrumenten und Methoden erneut belegt (Corsa 2007, S. 18f.)“ (ebd., S. 11). Dies zeigt sich nach Lindner um so mehr, da Forschung schon in der Fachkräfteausbildung vernachlässigt wird und als eigenständige Rubrik in Standardwerken zur Kinder- und Jugendarbeit nicht vorkommt (vgl. ebd., S.11).

Hinzu kommt der zusätzliche Aufwand an Ressourcen, wie z.B. Finanzmittel, Zeit, Personal, welcher in dem ohnehin schon von Finanzierungsmangel und ständigem Projektmitteleinwerben belasteten Arbeitsfeld das Initiieren praxisbezogener Forschung beeinträchtigt. Erschwerend wirken weiterhin die notwendige Offenheit und Flexibilität der Kinder- und Jugendarbeit bei der Fixierung von Forschungsprojekten. Die in der Vielfalt von Funktionen der und Aufträgen an die Kinder- und Jugendarbeit strukturell begründeten Unsicherheiten im Arbeitsfeld hemmen den Versuch, zentrale Evaluationsthemen zu bestimmen. Ebenfalls steht die unumgängliche Selbstorganisation junger Menschen einer Evaluation des pädagogischen Handelns der Mitarbeiter_innen entgegen. Meist von außen auferlegte Wirksamkeitsdialoge, Qualitätssicherung, Leistungsvereinbarungen und Controllings erzeugen Angst und Abwehr gegenüber offenen Selbsterforschungsprozessen bei den Mitarbeiter_innen der Kinder- und Jugendarbeit. Mit diesen Gründen wird nach Lindner in der Praxis eine Haltung erzeugt, „[...] die einen fassbaren „Nutzen“ von Forschung/Evaluation für die unmittelbare Praxis aberkennt und in der Folge auch entsprechende

Interessen, Initiativen und Anstrengungen gern mit Desinteresse, Distanz und Misstrauen unterläuft“ (ebd., S. 12). Paradox erscheint m.E. die unterschwellige Forderung der Praxis an die Wissenschaft, den Nutzen der Forschung vor dem Forschen zu erforschen.

Trotz dieser eher negativ ausfallenden Befunde von Scherr, Thole und Lindner zur Jugendarbeitsforschung gibt es dennoch eine beachtliche Anzahl neuerer Untersuchungen. Das Landesjugendamt Niedersachsen führte im Herbst 2006 eine Fachtagung mit dem Thema „Kinder- und Jugendarbeit wirkt“ durch. Im Anschluss an diese Tagung entstand die Idee einer systematischen Erfassung von Studien zu den Wirkungen der Handlungsfelder der Kinder- und Jugendarbeit. Der Arbeitskreis G 5¹⁵ erweiterte den Gedanken und initiierte das Forschungsprojekt „Das Wissen zur Kinder- und Jugendarbeit“ und veröffentlichte die Ergebnisse 2009 unter gleichen Namen (vgl. Arbeitskreis G 5 2009, S. 3). Die Recherche ergab, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, 90 im Zeitraum 1998-2008 durchgeführte Studien, von denen 70 ausgewählt und in acht Kategorien aufgeteilt wurden: Kinder- Jugendgruppenarbeit (in Verbänden), Offene Angebote der Kinder- und Jugendarbeit (in Einrichtungen), Mobile Kinder- und Jugendarbeit/Streetwork, Kinder- und Jugenderholung, (Internationale) Kinder- und Jugendbegegnung, Außerschulische Jugendbildung/Mitarbeiter_innen-fortbildung, Kulturelle Jugend-(bildungs)arbeit, Handlungsfeldübergreifende Studien (vgl. ebd., S. 11f.). Mithin lässt sich feststellen, dass der Mangel an empirischem Wissen über zumindest zwei der von Scherr und Thole 1998 aufgeführten Forschungskomplexe – zusammengefasst: die Handlungsfelder (1) sowie Adressat_innen und Mitarbeiter_innen in der Kinder- und Jugendarbeit (3) – von der Forschung aufgegriffen und bearbeitet wurden.

3.2 ZUM NUTZEN DER JUGENDARBEITSFORSCHUNG

Der Nutzen der Jugendarbeitsforschung wurde schon in den bisherigen Abschnitten dieser Arbeit angedeutet bzw. ersichtlich und soll hier genauer herausgearbeitet werden. Neben der Selbstvergewisserung für die Praktiker_innen im Handlungsfeld und deren auf aktuellen Forschungsergebnissen basierende Fort- und Weiterbildung, empirischer Forschung zu theoretischen und konzeptionellen Fragestellungen in der Kinder- und Jugendarbeit, sind Untersuchungen zu Wirkergebnissen und zu den Lebenslagen der jungen Menschen aufgrund der aktuellen Lage der Kinder- und Jugendarbeit ein besonderer Nutzen zuzusprechen, da hier wohl noch das größte Potenzial liegen dürfte, die eigene Arbeit zu legitimieren: „Denn das Bedürfnis nach öffentlicher Kontrolle steigt, es breitet sich eine >>gesellschaftliche Unruhe<< aus. Es gibt keine Zeit und keine Ressourcen mehr zu verlieren. Die Kinder sind zu einem knappen Gut geworden. Deshalb sollen nur noch solche Interventionen begonnen und Angebote bereitgehalten werden, die nachweislich auch einen ökonomischen Nutzen haben. Ist dieser nicht belegt, läuft die jeweilige Maßnahme Gefahr, prinzipiell in Frage gestellt zu werden“ (Pluto u.a. 2007, S. 27, Herv. i. Orig.).

¹⁵ Arbeitskreis G 5: Landesjugendring NRW e.V., Arbeitsgemeinschaft „Haus der offenen Tür“ NRW, Landesvereinigung Kulturelle Jugendarbeit Nordrhein-Westfalen e.V., Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit NRW, Paritätisches Jugendwerk NRW.

So wird auch im Dritten Sächsischen Kinder- und Jugendbericht über die dargestellten Daten auf strukturelle Verwerfungen im nach Pothmann „vergessenen Handlungsfeld“ hingewiesen, aber „[...] vielmehr scheinen sich aus diesen Daten auch Fragen heraus zu kristallisieren, die fachlicher Natur sind und mithin in erster Linie Antworten aus dem Handlungsfeld erfordern“ (Dritter Sächsischer Jugendbericht 2009, S. 118). Mit Blick auf die Bildungsdebatte und einem erweiterten Bildungsbegriff wird vom Sächsischen Staatsministerium für Soziales eine dringliche intensive und differenzierte Auseinandersetzung mit dem Handlungsfeld angezeigt und dies m.E. nicht zuletzt in Bezug auf die Wirkung der vorgehaltenen Angebote (vgl. ebd., S. 118).

Lindner fasst den Nutzen der Jugendforschung wie folgt zusammen:

1. Er sieht die Kinder- und Jugendarbeit dazu angehalten, sich über eigene und dichte Nachforschungen die Expertise zu den Lebenslagen der jungen Menschen (zurück)zuholen. Aufgrund der vielfältigen Ausdifferenzierung der Lebenslagen und der somit einhergehenden Unmöglichkeit, über soziologische Großtheorien und akademische Jugendforschung noch signifikante Erkenntniszuwächse zu erhalten, bekommen kleinteilige und dichte Beschreibungen einen ungleich höheren Erkenntniswert. Weiterhin kann Kinder- und Jugendarbeit mit ihrem Spezialwissen (wieder) die Deutungshoheit über die Lebenslagen junger Menschen erreichen und muss diese nicht mehr den Medien oder polizeilich-, ordnungs- oder devianzorientierten Untersuchungs- und Interpretationsrahmungen überlassen, die präkär politisches Handeln beeinflussen (vgl. Lindner 2008, S. 14f.).
2. Mittels dieser Erkenntnisse und eigener Evaluationsprojekte soll sich Kinder- und Jugendarbeit zu einer evidenzbasierten Kinder- und Jugendarbeit entwickeln und auf diese Weise eine arbeitsfeldbezogene Reflexivität als permanente Arbeitspraxis verinnerlichen.
3. Mit den Ergebnissen aus den Feldern (1) und (2) verfügt die Kinder- und Jugendarbeit über wirksamere Instrumente vor allem auf lokaler und kommunaler Ebene, um an Politik und jugendpolitische Gremien heranzutreten und dies in Verbindung mit geeigneter Öffentlichkeitsarbeit, wie z.B. Imagekampagnen, jugendpolitischen Fachtagen und Leistungsdocumentationen. Mithin würde Kinder- und Jugendarbeit ihrer fachlich geforderten „Voice“-Funktion fundierter und effektiver gerecht (vgl. ebd., S. 15).

Lindner gibt hier ein aktualisiertes Plädoyer für einen neuen Standard im Arbeitsfeld, verortet in den Bereichen Forschung und Evaluation und durchgeführt von den Praktiker_innen. Über diesen Standard „[...] wären praxisintegrierte Forschungsvorhaben in der Kinder- und Jugendarbeit als alltägliche, wie selbstverständliche gehandhabte Instrumente zu sehen, die ferner gar auf den Habitus der Fachkräfte nachhaltig einwirken“ (ebd., S. 15). Der Nutzen von Forschung liegt somit in einer neuen, empirisch fundierten und gezielten jugendpolitischen Offensive der Kinder- und Jugendarbeit. Der langfristigen und nachhaltigen Implementierung, mit kontinuierlicher fachlicher Unterstützung, Anregung und Begleitung, eines derartigen Forschungsansatzes folgt eine „[...] aktive Fundierung, Qualifizierung und Legitimierung der Kinder- und Jugendarbeit. Bislang sind hier die Debatten vorwiegend unter den Vorzeichen von Kürzen, Befristen, Schließen und Einsparen verlaufen“ (ebd., S. 16). Neben einer optimalen Praxisnähe würde sich wohl nicht zuletzt auch das Verhältnis von Forschung/Wissenschaftler_innen und Praktiker_innen maßgeblich verbes-

sern, die beschriebene Entfremdung beider Professionen gemindert werden. Somit liegt der Nutzen von Jugendforschung in fundiertem Wissen über strukturelle Bedingungen, Adressat_innen und Mitarbeiter_innen im Arbeitsfeld und dient der Professionalisierung, Qualifizierung und heutzutage wohl mehr den je der Legitimierung von Kinder- und Jugendarbeit. Mit diesen Ausführungen lässt sich eine Relevanz der hier vorgenommenen Forschung ableiten. Eine stärkere Beachtung von Jugendforschung im Arbeitsfeld würde m.E. die Möglichkeit eröffnen, ebendieses mit fundiertem Wissen zu entlasten, trotz aller Schwierigkeiten, die mit einer Implementierung von Forschungsergebnissen im Arbeitsfeld einhergehen.

Zusammenfassend scheint trotz steigender Forschungsaktivitäten Jugendforschung noch in ihren Anfängen zu stecken und eine breite Antizipation von Forschungsergebnissen in der Praxis nicht ausreichend Teil professionellen Handelns in der Kinder- und Jugendarbeit zu sein.

In diesem Abschnitt der Arbeit werden die Mitarbeiter_innen im Arbeitsfeld thematisiert, da diese, neben der zumindest über die Literatur nachgewiesenen Unsicherheit kommunaler Förderung, entsprechend der Forschungsfrage ebenfalls einem zentralen Interesse unterliegen. Es soll über eine Annäherung zur Profession der Sozialarbeiter_innen ein Überblick über die Anforderungen im Berufsfeld Offene Kinder- und Jugendarbeit gegeben und anschließend mögliche Belastungen in der Arbeit der Sozialarbeiter_innen benannt werden.

4.1 ANNÄHERUNG

Mechthild Seithe beschreibt in ihrem „Schwarzbuch Soziale Arbeit“ (2010) zur Profession Soziale Arbeit, dass strukturelle Merkmale und Kennzeichen Sozialer Arbeit spezifisch für diese sind. Im Sinne einer Allzuständigkeit als Alleinstellungsmerkmal haben Sozialarbeiter_innen keine speziellen und exklusiven Zuständigkeiten wie z.B. Mediziner_innen, Lehrer_innen und selbst im Vergleich zu anderen pädagogischen Bereichen ist es für sie schwerer, den eigenen Arbeitsbereich einzugrenzen und konkret zu benennen. All das, was Menschen in ihrem Leben bewegt, alle Probleme, deren Bewältigung sie sich in ihrem Leben stellen müssen, kann Gegenstand Sozialer Arbeit werden.

Die ganzheitliche Herangehensweise und die professionelle Allzuständigkeit Sozialer Arbeit ermöglicht Menschen mit komplexen Problemlagen – die sie nicht als Summe einzelner Probleme wahrnehmen können – über das Annehmen dieser Problemstrukturen durch Soziale Arbeit, das Angebot zur Hilfe in ihr Leben integrieren zu können. „Sozialarbeitende sind SpezialistInnen für den menschlichen Alltag in seiner Ganzheit, mit seinen Zusammenhängen und Vielschichtigkeiten, sie sind Professionelle, deren Professionalität sich eben genau darin zeigt, dass sie sich nicht auf Zuständigkeiten zurückziehen und auf ihr Spezialgebiet beschränken können“ (Seithe 2010, S. 35). Offenheit, Ganzheitlichkeit und Allzuständigkeit sind für Soziale Arbeit konstitutiv.

Soziale Arbeit agiert weitestgehend im Alltag der Menschen und damit wird ein schwerwiegendes Missverständnis über Soziale Arbeit produziert, das nicht zuletzt einer positiven Außendarstellung ebendieser entgegenwirkt. Das sozialpädagogische Handeln über alltägliche Medien bzw. die Zugänge, mit denen Sozialarbeiter_innen die eigentliche sozialpädagogische Intervention sozusagen einleiten, werden von großen Teilen der Gesellschaft fälschlicherweise schon als die eigentliche Intervention interpretiert. Spielt man also mit einer Gruppe junger Menschen im Jugendklub Tischtennis, so wird dies als Soziale Arbeit betrachtet, die wohl jeder erfüllen könnte. Dass jedoch über eine so „profane“ Tätigkeit eine Beziehung zwischen Sozialarbeiter_innen und den jungen

Menschen ermöglicht und aufgebaut wird, über die dann Lebenslagen oder auch Probleme durch die Jugendlichen kommuniziert werden und auf die sozialpädagogische Interventionen folgen können, gerät meist aus dem Blickfeld bzw. wird nicht wahrgenommen. Sozialarbeiter_innen lassen sich bewusst auf den Alltag der Menschen ein, nehmen die dort auftretenden Probleme ernst und orientieren sich an den konkreten Bedingungen und Ressourcen, die im Alltag der jeweiligen Lebenswelt angeboten werden. Dies erfordert Handeln mit wissenschaftlichen Kenntnissen, Methoden, professionell angeeigneten Fähigkeiten und Kompetenzen und eben auch ein wissenschaftliches Studium. „Methodisch bedeutet das: Soziale Arbeit muss sich bei ihrer Methodenauswahl an den KlientInnen und ihren Ressourcen sowie an den Zielen und Rahmenbedingungen der konkreten Situation orientieren“ (ebd., S. 36), somit über das für die Soziale Arbeit konstitutive Prinzip der Alltagsorientierung agieren.

Die Unterstützung und Solidarität, die über sozialpädagogische Hilfe erzeugt werden, ist eine inszenierte Solidarität und basiert nicht auf Mitleid, Sympathie, Nächstenliebe oder sozialem Engagement. „Sie steht zum Teil an Stelle einer Solidarität, die möglicherweise in den gewachsenen zwischenmenschlichen Bezügen hätte bereit stehen können, wenn diese Bezüge entsprechend ausgebildet wären“ (ebd., S. 36) und ist somit als Ersatz anzusehen. Weiterhin ist inszenierte Solidarität eine Reaktion auf die Veränderungen der Gesellschaft und die zunehmende Komplexität sowie Individualisierung von Problemlagen, die über persönliche und private Hilfe vielfach nicht mehr bewältigt werden können.

Ziel ist nicht die Ablösung zwischenmenschlicher Solidarität durch Soziale Arbeit, sondern der Auf- und Wiederaufbau von menschlichem Miteinander und die Stärkung und Verbesserung persönlicher und primärer sozialer Netzwerke der Menschen, damit diese notwendige Unterstützungen in der eigenen Lebenswelt finden und somit Hilfe zur Selbsthilfe. Diese ist ressourcen- und nicht defizitorientiert und setzt nicht nur am einzelnen konkreten Fall an und individualisiert nicht. In der Gemeinwesenarbeit werden Eigenkräfte, gegenseitige Verantwortung und Sensibilität füreinander in einer gesamten Gruppe mit dem Ziel der Entindividualisierung von Lebens- und Problemlagen gestärkt. Auch hier steht Hilfe zur Selbsthilfe als oberstes Prinzip. Die Inszenierung und Stiftung von Solidarität durch Soziale Arbeit hält somit dem Verdacht stand, „[...] die Gesellschaft daran zu hindern, wieder sozial und menschlich zu werden“ (ebd., S. 36).

Vor diesem Hintergrund sind Sozialarbeiter_innen fachliche Expert_innen, die über fachliches Wissen, Erfahrungen und Kenntnisse zu wissenschaftlichen Theorien mit einem vorliegenden Problem der Nutzer_innen Sozialer Arbeit umgehen können. Dabei müssen sie befähigt sein, Hypothesen zu den Ursachen des Problems zu bilden und ebenfalls Hypothesen zu entwickeln, wie das Problem beseitigt werden kann. „In der Regel bedarf es verschiedener Interventionen, die koordiniert und vernetzt werden müssen“ (ebd., S. 38).

Weiterhin sind Sozialarbeiter_innen Expert_innen des Dialogs. Sie müssen fähig sein, Menschen zu motivieren, zu ermutigen und zu bestärken, diese aber auch offen und ehrlich zu konfrontieren; sich auf den anderen einzulassen, zu kooperieren, Ziele auszuhandeln und deren Lernweg zu begleiten. Sozialarbeiter_innen praktizieren Fallverstehen indem sie die Problemsituation aus Sicht der Betroffenen deuten und den Fall aus der Biografie der Menschen und deren Wahrnehmungen und Erfahrungen heraus rekonstruieren. Die Expert_innenrolle der Sozialarbeiter_innen

steht dabei vorerst im Hintergrund, als fachliche Meinung und Angebot, welche von den Nutzer_innen Sozialer Arbeit erst überprüft und bestätigt werden muss. Nur wenn Ziele und Wege von den Nutzer_innen mitgetragen werden können sind über den Koproduktionsprozess zwischen Sozialarbeiter_in und Nutzer_in Ergebnisse und Erfolge möglich. Soziale Arbeit agiert in diesem Kontext ergebnisoffen, denn „[...] liegt das Ziel, das erreicht werden soll, von vornherein fest, besteht keine Möglichkeit mehr für ein entsprechendes Arbeitsbündnis“ (ebd., S. 38).

Sozialarbeiter_innen sind weiterhin Expert_innen im Vermitteln, Durchsetzen und Organisieren von Hilfen, Dienstleistungen und Unterstützungssystemen, denn trotz der Allzuständigkeit sind den Sozialarbeiter_innen natürlich in ihren fachlichen Möglichkeiten Grenzen gesetzt. Die Professionalität der Sozialarbeiter_innen besteht auch darin, notwendige Hilfen zu erkennen und zu vermitteln und die Unterstützung der Hilfesuchenden zu sichern bzw. sich für diese Unterstützung gezielt einzusetzen (vgl. ebd., S. 38).

Mit dieser übergeordneten Annäherung an strukturelle Merkmale und Kennzeichen Sozialer Arbeit lassen sich weitere Anforderungen an die Mitarbeiter_innen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit benennen.

4.2 KOMPETENZEN DER MITARBEITER_INNEN IM ARBEITSFELD

Offene Kinder- und Jugendarbeit ist ein komplexes Arbeitsfeld und charakterisiert durch beständige Veränderungsprozesse. Im Laufe der Entwicklung haben sich vielfältige Arbeitsweisen, institutionelle Formen und methodische Handlungsweisen herausgebildet (vgl. Deinet/Sturzenhecker 2005, S. 11). Im „Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit“ (2005) beschreiben Thole und Pothmann folgende von den Jugendarbeiter_innen zu erwartende und über Wissen abgefederte Handlungskompetenzen, „[...] ohne die ein fachlich fundierter Berufsalltag nicht gelingen kann“ (Thole/Pothmann 2005, S. 32). Die Mitarbeiter_innen in der Kinder- und Jugendarbeit sollten:

1. Kenntnisse über die Lebenslagen und -verhältnisse der Kinder und Jugendlichen, deren soziokulturellen Orientierungen und Stilvorlieben, ihre gesellschaftlichen Verortungswünsche und über die sich durch Modernisierungsprozesse ständig verändernde Gestaltung der Kindheits- und Jugendphase und dadurch bestehende Risiken und Problemlagen haben;
2. Kenntnisse über institutionelle Strukturen des Sozial- und Jugendhilfesystems haben und Wissen darüber, wie öffentliche und freie Träger intern aufgebaut sind;
3. das Kinder- und Jugendhilfegesetz und entsprechende länderspezifische Ausführungsbestimmungen kennen;
4. subjekt-, milieu-, lebenswelt- und gesellschaftsbezogene soziologische und psychologische Wissensbestände erlernt haben;
5. allgemein und ortsbezogen über die Netzwerke sozialpädagogischer Hilfs- und Beratungsangebote Bescheid wissen;

6. Kenntnisse über die politisch-administrativen Strukturen und sozialstaatlichen Rahmenbedingungen besitzen;
7. über Wissen zu Reproduktionsmechanismen gesellschaftlicher Ungleichheit verfügen;
8. Kenntnisse über den Einsatz von unterschiedlichen Methoden, Evaluationsformen, Organisationskonzepten und Kommunikationsformen aktivieren können.

Die Autoren verweisen jedoch darauf, dass die eben benannten wissenschaftlichen und alltagspraktischen Wissensbestände situations- und fallbezogen zu stimulieren und zu überdenken sind und sich diese in der beruflichen Praxis über ständige Aktualisierungsprozesse zu aufgeschichteten Handlungsstrategien und -routinen entwickeln (vgl. ebd., S. 33). Zudem verlangt Offene Kinder- und Jugendarbeit „praktische Handlungsfähigkeiten“ von den Mitarbeiter_innen:

1. kommunikative Fähigkeiten, die sich z.B. in der Kompetenz finden, mit den Kindern oder Jugendlichen „quatschen und labern“ zu können;
2. handwerkliche, sportliche und kulturelle Kompetenzen und spielerisches Geschick, um mit den Kindern oder Jugendlichen in produktive und kreative Auseinandersetzung treten zu können;
3. rhetorische Fähigkeiten, um Anliegen und Ziele verständlich vorstellen und pädagogische Inhalte politisch begründet und argumentativ abstützen zu können;
4. schriftliche Ausdrucksfähigkeiten, um z.B. Konzeptionen und Presseberichte so schreiben zu können, dass diese der Öffentlichkeit verständlich sind;
5. Rollenflexibilität, um in verschiedenen Situationen (z.B. vor Politikern oder im Jugendhilfeausschuss) und entsprechend der dort bestehenden Regeln sprachlich und habituell agieren zu können;
6. situationsangemessene Spontaneität;
7. emphatische, biografie- und ethnologieorientierte Wahrnehmungs-, Verstehens- und Beratungskompetenzen;
8. Organisations-, Planungs-, Verwaltungs- und Kooperationshandeln (vgl. ebd., S. 33f.).

Nachvollziehbar ist, dass die Mitarbeiter_innen nicht alle diese Kompetenzen perfekt beherrschen können und diese auch in den verschiedenen Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendarbeit in ihrer Gewichtung variieren. Auf ein gewisses Maß an alltagspragmatischen Handlungskompetenzen kann jedoch nicht verzichtet werden und je mehr von diesem Können aktiviert werden kann und über wissenschaftliches Wissen reflektierend rückgebunden wird, um so mehr können sich die Mitarbeiter_innen als sachkundige Spezialist_innen in der Sozialpädagogik der Kinder- und Jugendphase ausweisen (vgl. ebd., S. 34).

Die vielfältigen hier aufgeführten Handlungskompetenzen geben einen Einblick in mögliche Herausforderungen in der täglichen Arbeit. Weiterhin sind in den vorherigen Abschnitten bereits Umstände und strukturelle Gegebenheiten beschrieben worden, die letztlich zu Be- und/oder Überlastungserfahrungen bei den Mitarbeiter_innen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit führen können. Diese sollen im folgenden Abschnitt zusammengefasst und weiter erörtert werden.

4.3 AUSHALTEN ODER GEHEN? MÖGLICHE BELASTUNGEN FÜR DIE MITARBEITER_INNEN IN DER OFFENEN KINDER- UND JUGENDARBEIT

Auffällig ist, dass in der zur Verfügung stehenden Fachliteratur wenige Hinweise über mögliche Belastungen der Mitarbeiter_innen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit zu finden sind und es konnte keine Forschung ausgemacht werden, die explizit Belastungen der professionellen Mitarbeiter_innen durch die Arbeit im Feld thematisiert. Generalisierende Aussagen in der Standortbestimmung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie zu Berufsansprüchen im Berufsfeld zeigen mögliche Belastungspotenziale bzw. berufsfeldimmanente Widersprüche auf, die zu Belastungen führen können. Somit wird in diesem Abschnitt mit einer Mischung aus Erfahrungswissen und in der Fachliteratur verfügbaren „Indizien“ versucht, mögliche Belastungen für Kinder- und Jugendarbeiter_innen festzuhalten.

Einführend soll folgende von Thole und Küster-Schnapfl 1998 formulierte Aussage wirken: „Den in den Handlungsfeldern der modernen sozialpädagogischen Arbeit der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit professionell Engagierten stehen weder anerkannte, kollektive, generalisierte disziplinäre Wissensressourcen noch ethisch-normative Zeichen- und Bewertungssysteme und keine Netzwerke von vorstrukturierten Handlungsfolien und institutionell gebundene Regeln abrufbar bereit, die die beruflichen Handlungen und subjektiven Habitualisierungen steuern und berufstypisch kanalisieren“ (Thole/Küster-Schnapfl 1998, S. 221).

Somit lässt sich eine ständige Verunsicherung deuten oder ein hohes Maß an ständiger Aktualisierung ausmachen, um im Feld der Offenen Kinder- und Jugendarbeit „bestehen“ zu können. Dies spiegelt sich auch in der starken Fluktuation im Arbeitsfeld, die jedoch aufgrund der prekären Stellensituation derzeit gemindert ist. „Die Erfahrung zeigt, dass der Wechsel in aller Regel entweder nach kurzer Zeit (häufig schon nach einem halben Jahr) stattfindet, oder aber dass dann erst nach 5 bis 6 Jahren eine berufliche Umorientierung stattfindet. Sie erfolgt meistens als Folge von Gefühlen der Überlastung und des Ausgebranntseins“ (Eichner 2005, S. 38). Das Fehlen einer konsensuellen Theorie der Jugendarbeit erschwert zusätzlich ein zielgerichtetes und angemessen sicheres Handeln der professionellen Mitarbeiter_innen.

Professionelles Handeln in der Offenen Jugendarbeit lässt sich schwer beschreiben. Offenheit, Allzuständigkeit und Lebensweltorientierung geben keine Rahmung vor, innerhalb derer ein sicheres Agieren ermöglicht wird. „Alltag der offenen Jugendarbeit ist [...] kein „spezielles Gebiet“, sondern eher ein Urwald, ein Dschungel von Aufgaben und Zuständigkeiten: Sie ist eben so sehr Verwaltungs- und Hausmeisterarbeit wie Wechselbad zwischen Kindergartenarbeit und Löwenbändigung, vermischt mit Anforderungen, wie sie sich ansonsten in so unterschiedlichen Berufen wie Kneipenwirten und Jugendsoziologinnen und Erziehungsberatern und Multimedia-Technikern stellen“ (Müller 2005, S. 49, Herv. i. Orig.). Mitarbeiter_innen der Offenen Jugendarbeit agieren in einem komplexen Arbeitsfeld und müssen mit wissenschaftlich fundiertem Wissen im Alltag oft Universalexpert_innen sein, was uneinlösbar ist und zu inneren oder äußeren Konflikten führen muss.

An die Mitarbeiter_innen stellen die jungen Menschen, Wissenschaft, Politik, Verwaltung und die Gesellschaft allgemein vielfältige, hohe und teils gegensätzliche Erwartungen – zu denen die eigenen Erwartungen der Professionellen noch hinzukommen – die jedoch in ihrer Fülle insgesamt ebenfalls nicht einlösbar sind. Beispielhaft sei hier genannt, dass Jugendarbeit abhängig ist von Politik, Gesetzgebung und Administrationen, welche die strukturellen Rahmenbedingungen vorgeben. Demgegenüber steht jedoch das Mandat der Jugendarbeit, politische Lobbyarbeit für junge Menschen zu leisten. „Professionelle Autonomie und ein professionelles Selbstbewusstsein sind nicht die Regel, es wird über enge Grenzen, Abhängigkeiten und Burnout-Probleme geklagt“ (Koring 1996, S. 305).

Ein ständiger Legitimationsdruck und die immer schlechter werdende Ausfinanzierung der Einrichtungen und Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit erschwert dabei übergeordnet die Arbeit. Neben der sich verschlechternden Ausstattung der Einrichtungen mit z.B. Gebrauchsgegenständen, pädagogischen Materialien und steigenden Sanierungsbedarfen bei der Bausubstanz und den Räumlichkeiten sind nicht zuletzt die immer knapper werdenden finanziellen Mittel für professionelles Personal maßgeblich für alltägliche Belastungen der Mitarbeiter_innen verantwortlich. Urlaube, Krankheiten oder auch Weiterbildungen lassen sich oftmals nicht ohne Störungen im laufenden Betrieb kompensieren.

Die entsprechend der kommunalen Haushaltslage meist nur auf ein Jahr begrenzte Förderung von Angeboten nach § 11 KJHG stellt ebenfalls eine permanente Belastung und Planungsunsicherheit dar. Hinzu kommen die prekären Arbeitsverhältnisse, sodass letztlich nicht mehr von einer privaten Existenzsicherung bei den Mitarbeiter_innen geredet werden kann. Resignation, Lustlosigkeit, Rückzug, Lähmung, auch existenzielle Ängste und ein hoher Sicherheitsbedarf sind mögliche Reaktionen, die Experimentierfreude, Konfliktbereitschaft, Ideen für Neues und pädagogische Fantasie beeinträchtigen. Weiterhin erhöht sich der Druck auf die Mitarbeiter_innen, neue Finanzquellen finden und erschließen zu müssen. Zusätzliche Anträge bei der Kommune und auf Landesebene scheinen dabei noch im laufenden Betrieb „erledigt“ werden zu können, jedoch binden Anträge auf Bundesebene bzw. auf europäischer Ebene Mitarbeiter_innen in nicht akzeptablen Umfang, bisweilen über Wochen hinsichtlich Beantragung und Abrechnung. An dieser Stelle sei auch auf die bei fast jeder Förderung zu erbringenden Eigenmittel verwiesen, die vor allem im Bereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit nur mit größten Anstrengungen erbracht werden können.

Die sich verschlechternde finanzielle Förderung wirkt nicht zuletzt auch als Abwärtsspirale im Zusammenspiel zwischen Legitimation und Attraktivität der Angebote für junge Menschen. Schlechte Ausstattung mit Personal und zu geringe finanzielle Mittel für eine unkomplizierte Reaktion auf geäußerte Bedürfnisse seitens der Zielgruppe mindern die Attraktivität der Angebote und dies führt nicht selten auch zu einer Verringerung der Nutzer_innenzahlen bzw. erschwert Zugänge zu neuen Nutzer_innen. Über die in Bezug auf die Nutzer_innenzahlen quantitativ angesetzten Maßstäbe im Controlling der Angebote durch die Verwaltung in Verbindung mit kommunalen Sparzwängen werden weitere Vorschläge für eine Absenkung der Fördersummenhöhe legitimiert. Nicht selten mit fachlichen Begründungsversuchen zum Vorschlag gebracht und von den Entscheidungsgremien dann verabschiedet, erzeugen die Kürzungen eine Dynamik, mit der Ange-

bote, letztlich auch fachlich, ausgehungert oder in einen schleichenden Schließungsprozess manövriert werden.

Zunehmende Verwaltungsaufgaben wirken ebenfalls auf die tägliche Arbeit. Diese müssen oftmals mit dem Ergebnis auf mehrere Mitarbeiter_innen verteilt werden, dass eine sinnvolle Überschneidung von inhaltlichem, „fördertechnischem“ und statistischem Wissen vermindert wird oder nur mit einem höheren Aufwand an Kommunikation gehalten werden kann. Betriebswirtschaftlich denkende und Output orientierte Zweckrationalität setzt sich immer mehr durch und verdrängt die z.B. ursprünglichen Intentionen außerschulischer Bildung und Emanzipation. Kontaktzeiten mit den Nutzer_innen der Angebote in der Offenen Jugendarbeit verringern sich und das sich Einlassen mit der ganzen Person auf die persönliche Begegnung mit Jugendlichen, als notwendiger Bestandteil einer professionellen Haltung der Fachkräfte im Arbeitsfeld, wird ebenfalls zunehmend schwieriger und kann somit zu Belastungserfahrungen oder/und Unzufriedenheit bei den Mitarbeiter_innen führen.

Die ständigen Legitimationsanfragen aus Politik, Verwaltung und auch von den Trägern an die Mitarbeiter_innen verursachen zum einen ein Klima hektischer Suche nach (innovativen) Ideen mit Schnellschusscharakter, die dann oft nur der Legitimation geschuldet und seltener reflektiert auf die Bedürfnisse der jungen Menschen ausgerichtet sind. Weiterhin beinhalten diese Anfragen immer auch unterschwellig ein Potenzial an Misstrauen gegenüber der Arbeit der Professionellen, die zu Abwertung, Resignation und Ohnmachtserfahrungen bei eben diesen führen können.

Die zunehmende Verarmung bei Teilen der jungen Generation sowie die einhergehende Verschlechterung der Lebenslagen und erschwerte Möglichkeiten von Bildungszugängen erhöhen ebenfalls die Belastungen für Mitarbeiter_innen in der Kinder- und Jugendarbeit, die durch die Nähe zu den jungen Menschen direkt und unverfälscht wahrgenommen werden. Angebote erhalten den Charakter von Suppenküchen, wenn am Nachmittag um 16:00 Uhr Kinder im Alter von 9-10 Jahren in die Einrichtung kommen und noch keine einzige Mahlzeit an diesem Tag eingenommen haben und bei minus 2 Grad Celsius in T-Shirt mit übergezogenem Sweatshirt den Raum betreten. Hinzu kommen Erzählungen aus dem Alltag der Förderschule, die sich nicht mit den wahrgenommenen Fähigkeiten und Potenzialen der jungen Menschen innerhalb der Angebote der Einrichtung decken. Trotz des Wissens, diesen beispielhaft beschriebenen Zuständen nur im geringen Umfang innerhalb der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und mit Kommunikation nach Außen begegnen zu können, führen diese Umstände aus eigener Erfahrung zu einer erhöhten emotionalen Belastung.

Weiterhin bestehen neben den berechtigt der Offenen Jugendarbeit zuzurechnenden Aufgaben weitere mögliche periphere Tätigkeiten, die in ihrer Gesamtheit wohl nicht abschließend beschrieben werden können, z.B.: Hausmeistertätigkeiten; (Organisation der) Reinigung der Einrichtung und des eventuell zugehörigen Außengeländes; betriebstechnische Überwachung und Organisation der Instandhaltung des gesamten Objektes; Einkauf von Getränken und Essen für den offenen Bereich; Anleitung von Mitarbeiter_innen, die über Maßnahmen der Agentur für Arbeit bzw. Arbeitsgemeinschaft SGB II gefördert werden usw. Dass sich aus diesen Tätigkeiten weitere Belastungspotenziale ergeben können, scheint mehr als denkbar.

Die hier aufgeführten möglichen Belastungen für die Mitarbeiter_innen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, entstehen m.E. aus der derzeit unzureichenden kommunalen Förderung. Wenn den Angeboten und Einrichtungen die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden, dann lassen sich Belastungen über genügend Personal, Team(weiter)entwicklung, Supervision, Zukunftswerkstätte, Fort- und Weiterbildungen kompensieren bzw. können schon in ihrer Entstehung bearbeitet werden.

Bezüglich der Forschungsfrage sollen in diesem Abschnitt ausgewählte Erklärungsansätze zur Arbeitszufriedenheit vorgestellt werden. Mit der Beschreibung der wichtigsten Erklärungsansätze soll ein Überblick gegeben werden. Nachfolgend werden Dimensionen der Messung von Arbeitszufriedenheit vorgestellt und auf Brauchbarkeit hinsichtlich der Forschungsfrage beurteilt.

5.1 ERKLÄRUNGSANSÄTZE ZUR ARBEITSZUFRIEDENHEIT

In der theoretischen Auseinandersetzung zeigte sich, dass Arbeitszufriedenheit als Forschungsgegenstand zwar auf eine lange Tradition verweisen kann, jedoch trotz etwa 5.000 veröffentlichter Forschungsarbeiten in den letzten vier Jahrzehnten das Phänomen noch nicht ausreichend erklärt werden konnte. Weinert beschreibt vor diesem Hintergrund zusammenfassend, dass sich Arbeitszufriedenheit aus drei wichtigen Dimensionen zusammensetzt: „(1) Es ist eine emotionale Reaktion auf die Arbeitssituation; (2) Arbeitszufriedenheit wird oft davon bestimmt, in welchem Maße das Arbeitsergebnis die Erwartungen übertrifft; (3) Arbeitszufriedenheit repräsentiert mehrere miteinander in Bezug stehende Einstellungen“ (vgl. Weinert 2004, S. 246).

Bisher sind im Wesentlichen drei Ansätze zur Erklärung von Arbeitszufriedenheit erarbeitet worden, die heute noch Gültigkeit haben:

1. „Social Information Processing“- Modell: Zufriedenheit und Unzufriedenheit in der Arbeit entstehen nach Salancik und Pfeffer (1977, 1978) über zwei Mechanismen. Zum einen folgt die Einstellung zur Arbeit dem Verhalten. Das heißt, dass Mitarbeiter_innen rückblickend ihr Verhalten betrachten und bewerten, um dies zu verstehen und einen Sinn zu geben. Hieraus entwickelt sich eine Arbeitshaltung. Zum anderen folgt die Einstellung zur Arbeit nach diesem Ansatz Informationen. Das bedeutet, dass Mitarbeiter_innen Informationen aus ihrer Umwelt aufnehmen, verarbeiten und bewerten (vgl. Weinert 2004, S. 251).
2. Modell der Arbeitscharakteristika: Von Vertreter_innen des Ansatzes der Arbeitscharakteristika (vgl. Hackman und Oldham, 1980; Griffin, 1991) wird kritisiert, dass die Wirksamkeit des „Social Information Processing“ ein Laborphänomen ist, weil diese außerhalb des Labors noch nicht expliziert wurde. Ausführungen zur von Arbeitscharakteristika in Laborsituationen müssen nicht den objektiven Charakteristika der Arbeit entsprechen. In Feldstudien konnte dieser Effekt jedoch nicht nachgewiesen werden, da Laborexperimente zum „Social Information Processing“ eine stark simplifizierte Situation darstellen (vgl. ebd., S. 251). Zum Ansatz der Arbeitscharakteristika von Hackman und Oldham (1980) sowie Griffin (1991) wird angeführt, dass die Mitarbeiter_innen Arbeit und Organisation bewere-

ten und so Arbeitszufriedenheit oder -unzufriedenheit erleben. Hier ist also die Betrachtung der Arbeit und Organisation Ausgangspunkt. In der Forschung wurde wiederholt aufgezeigt, dass Charakteristika der Arbeit und Arbeitssituation „[...] robuste und verlässliche Prädiktoren für die Höhe der Arbeitszufriedenheit einer Person sind“ (ebd., S. 252).

3. Ansatz der internalen Dispositionen: Vertreter_innen des „Social Information Processing“ (Arvey et al., 1989; Staw et al., 1986) kritisieren am Ansatz der Arbeitscharakteristika die Annahme, dass Arbeitscharakteristika als objektive Komponenten der Arbeitsumwelt angenommen werden. Es wird entgegnet, dass Arbeit und Arbeitsrolle vielmehr als soziale Konstrukte in den Köpfen der Mitarbeiter_innen existieren. Weiterhin beruht der Ansatz der Arbeitscharakteristika auf dem Grundgedanken der Bedürfnisbefriedigung. Es wurde jedoch in der Forschung gezeigt, dass Bedürfnisse keine guten Prädiktoren¹⁶ für die Leistung von Mitarbeiter_innen sind (vgl. ebd., S. 252).

Der Ansatz der internalen Disposition von Arvey et al. (1989) und Staw et al. (1986) wird seit den 80-ziger Jahren favorisiert. Es wird eine allgemeine affektive Haltung von Personen gegenüber Arbeit als Erklärung für Einstellungen und Verhalten bezüglich Arbeit angenommen. Mitarbeiter_innen zeigen die Tendenz, generell mit ihrer Arbeit zufrieden oder unzufrieden zu sein, unabhängig der Bedingungen, die bei der Arbeitsstelle bzw. in der Organisation vorliegen. Staw und Ross haben 1985 eine Längsschnittstudie vorgestellt, in der Personen über mehrere Jahre zu diesem Thema befragt wurden und in den Ergebnissen wurde sichtbar, dass viele generell zufrieden oder unzufrieden mit ihrer Arbeit waren. Als besonders ist dabei der Umstand einzuschätzen, dass eine erhebliche Anzahl der Probanden nicht nur Arbeitsstellen, sondern gleichfalls ihre Berufskarriere gewechselt hatten. Diese Tatsache lässt den Schluss zu, dass Arbeitszufriedenheit zumindest bis zu einem gewissen Grad von Dispositionen bestimmt ist. Kritisiert wird, dass die Vertreter_innen dieses Ansatzes nicht spezifizieren, welche Dispositionen die allgemeine Konsistenz von Arbeitszufriedenheit bzw. -unzufriedenheit erklären. In der Weiterentwicklung des Ansatzes konnten Jex und Spector (1996) zeigen, dass mit einer „negativen Affektivität“¹⁷ Arbeitsunzufriedenheit einhergeht. Weiterhin gibt es einen positiven Zusammenhang zwischen positiver Affektivität bzw. Optimismus und Arbeitszufriedenheit (vgl. ebd., S. 252).

Bedeutende Beiträge zur Entwicklung von Modellen der Arbeitszufriedenheit stellen zudem die Zwei-Faktoren-Theorie von Herzberg et al. (1967), das Modell der Determinanten der Arbeitszufriedenheit von Lawler (1973) und das Modell von Bruggemann u.a. (1975) dar. Bruggemann u.a. gehen von der Feststellung aus, dass Arbeitszufriedenheit am Arbeitsplatz als dynamisch zu betrachten ist und sich mit neuen Erfahrungen verändert und auch zu veränderten Erwartungen und Anpassung des individuellen Anspruchsniveaus führen kann. Der Mangel an empirischer Sicherheit, dass unklar ist, auf welche Form von Arbeitszufriedenheit, Zeitabschnitte und Aspekte der Arbeit sich die Forschung bezieht, belässt einen hohen Interpretationsspielraum. Gefordert werden genauere Analyse von objektiven Arbeitsbedingungen und die präzisere Formulierung von Arbeitszufriedenheit.

¹⁶ Prädiktoren sind zur Vorhersage eines Merkmales herangezogene Variablen.

¹⁷ Negative Affektivität beinhaltet die Disposition zu negativen Empfindungen, Einstellungen und die Neigung zum Besorgtsein.

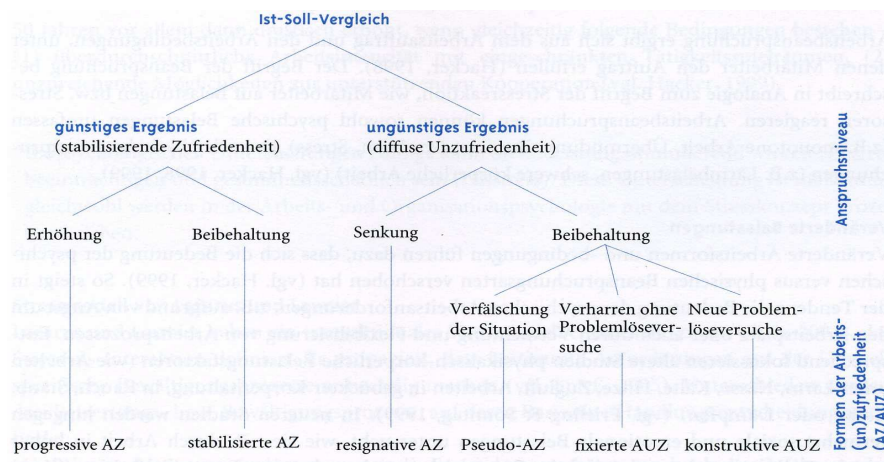


Abb.1: Formen von Arbeitszufriedenheit und -unzufriedenheit (Kals 2006, S. 167).

Bruggemann u.a. (1975) erarbeiten in ihrem Modell eine genauere Fassung von Arbeitszufriedenheit. Sie nehmen nachfolgend aufgeführte Prozesse für die Entstehung unterschiedlicher Ausprägungsformen von Arbeitszufriedenheit an:

1. „Befriedigung bzw. Nicht-Befriedigung der Bedürfnisse und Erwartungen zu einem gegebenen Zeitpunkt;
2. Erhöhung, Aufrechterhaltung oder Senkung des Anspruchsniveaus als Folge von Befriedigung oder Nicht-Befriedigung;
3. Problemlösung, Problemfixierung, Problemverdrängung im Falle der Nicht-Befriedigung“ (Bruggemann u.a. 1975, S. 132).

Erfahren Arbeiter_innen, dass Merkmale der Arbeitssituation ihre allgemein gegebenen Bedürfnisse betreffen, bilden sich nach Bruggemann u.a. situationsspezifische Bedürfnisse und Erwartungen heraus. Diese ergeben einen mehr oder weniger bewussten Soll-Wert bezüglich konkreter Befriedigungsmöglichkeiten innerhalb des Arbeitsverhältnisses. Die tatsächlich mögliche Befriedigung entspricht nach Bruggemann u.a. dem Ist-Wert (vgl. ebd.). Der Vergleich zwischen Ist- und Soll-Wert führt bei Arbeiter_innen zu einer günstigen oder ungünstigen Beurteilung, also zu Zufriedenheit oder Unzufriedenheit, nach Bruggemann u.a. zu stabilisierender Zufriedenheit oder diffuser Unzufriedenheit. Differenziert werden sechs Formen von Arbeitszu- und Unzufriedenheit, die mit einer Regulierung des individuellen Anspruchsniveaus an Arbeit verbunden werden (vgl. Tabelle 1):

1. Progressive Arbeitszufriedenheit entsteht, wenn der Soll-Ist-Vergleich positiv ausfällt und eine Anspruchserweiterung stattfindet, aus der sich wiederum ein Zufriedenheitsdefizit ableitet, somit offene Bedürfnisse. Aufgrund der Erfahrung vorangegangener Bewertungen erreichter Ziele in Arbeitssituationen und vorherigen positiv ausgefallenen Soll-Ist-Vergleichen wirkt sich das Zufriedenheitsdefizit nicht auf die positive Qualität der Arbeitszufriedenheit aus. Schöpferische Arbeitsunzufriedenheit beschreibt diesen Zustand als integrativer Bestandteil progressiver Arbeitszufriedenheit (vgl. ebd., S. 132ff.).

2. Stabilisierte Arbeitszufriedenheit entsteht, wenn der Soll-Ist-Vergleich ebenfalls positiv ausfällt und sich die Erweiterung der Bedürfnisse nach Befriedigung und Stabilisierung nicht auf die Arbeitssituation, sondern auf andere Lebensbereiche konzentriert. Diese Entwicklung kann zum einen dadurch begünstigt werden, dass das Arbeitsverhältnis keine weiteren Anreize zur Befriedigung bewusster aber wenig dringender oder zur Aktualisierung latenter Bedürfnisse beinhaltet. Zum anderen können nichtarbeitsbezogene Bedürfnisse, die aufgrund der Arbeit zurückgestellt wurden, im Zustand der stabilisierenden Befriedigung wieder mehr in den Vordergrund treten als arbeits- bzw. berufsbedingte Bedürfnisse. Aufrechterhaltung der befriedigenden Arbeitssituation und Wahrung der Befriedigungsmöglichkeiten kennzeichnen diesen Zustand.
3. Diffuse Unzufriedenheit, also ein ungünstiges Ergebnis in der Bewertung der aktuellen Arbeitssituation, entsteht aus einer negativen Differenz des Ist-Soll-Wert-Vergleiches. Resignative Arbeitsunzufriedenheit ist dabei Resultat negativer Bewertung von Ist-Soll-Wert-Vergleich und einer Senkung des Anspruchsniveaus. Die Frustration aus der Problemsituation bewirkt ein Abweichen von ursprünglichen Erwartungen, also eine Soll-Wert-Reduktion.

Wird der Zustand diffuser Unzufriedenheit mit gleichbleibend ursprünglichem Anspruchsniveau gehalten, postulieren Bruggemann u.a. drei weitere Entwicklungsmöglichkeiten.

4. Konstruktive Arbeitsunzufriedenheit ist dabei gekennzeichnet durch mögliche Lösungsalternativen und der Motivation zu Lösungsversuchen mit erweiterten Mitteln und/oder Wegen. Psychologische Basis ist dabei ausreichende Frustrationstoleranz mit dem entsprechenden Bewusstsein, die Situation gemessen am ursprünglichen Anspruchsniveau als unbefriedigend wahrzunehmen.
5. Fixierte Arbeitsunzufriedenheit beschreibt den negativen Ist-Soll-Vergleich mit unverändertem Anspruchsniveau und dem Verzicht auf Lösungsversuche. Der Aufwand zur Problemlösung erscheint zu hoch und überfordert in Einschätzung die individuell gegebenen Möglichkeiten. Frustrationstoleranz verhindert zwar ein Abweichen auf psychologische Abwehrmechanismen wie Verdrängung oder Situationsverfälschung, der entstehende Druck wirkt aber nicht motivierend, sondern frustrierend.
6. Pseudo-Arbeitszufriedenheit beschreibt eine verfälschte, geschönte Wahrnehmung der aktuellen Arbeitssituation, wenn fixierte Arbeitsunzufriedenheit nicht von Außen gelöst wird. Die nicht lösbare, frustrierende Arbeitssituation übersteigt die gegebene Frustrationstoleranz, wenn gleichzeitig das Anspruchsniveau aufgrund individueller Widerstände, biografischer Entwicklung spezieller Leistungsmotivation, und/oder aus situativem, sozialem Normdruck nicht gesenkt werden kann.

Bruggemann u.a. gehen davon aus, „dass zu verschiedenen Zeitpunkten bei ein und demselben Arbeitenden verschiedene Formen von AZ (Arbeitszufriedenheit, Anm. J.U.) gegeben sein können“ (Bruggemann u.a. 1975, S. 136).

Der jüngste Versuch eines komplexen Modells zur Arbeitszufriedenheit durch eine theoretische Metaanalyse von Roedenbeck scheitert derzeit noch an fehlender Empirie (vgl. Roedenbeck 2008).

Zusammenfassend lässt sich anführen, dass keiner der Ansätze Arbeitszufriedenheit ausreichend erklären kann. Zum derzeitigen Stand der Forschung kann man davon ausgehen, dass komplexe Faktoren zusammenspielen und situationale Effekte einen höheren Einfluss haben als Dispositionen (vgl. Jex und Spector 1996, S. 253). Arbeitszufriedenheit stellt eine emotionale Reaktion auf Arbeitssituationen dar und wird oft davon bestimmt, in welchem Maße das Arbeitsergebnis die Erwartungen der Mitarbeiter_innen erfüllt. Arbeitszufriedenheit repräsentiert dabei mehrere miteinander in Bezug stehende Einstellungen.

5.2 DIMENSIONEN VON ARBEITZUFRIEDENHEIT

Für die Messung von Arbeitszufriedenheit stehen eine Vielzahl von Instrumenten zur Verfügung (vgl. Weinert 2004, S. 256 ff.). Diese Vielzahl ergibt sich aus den jeweils verfolgten Zielen der Forschung und den verschiedenen Konzepten, die zu Grunde gelegt wurden. Sie basieren auf Selbstbeschreibungen, Fremdbeurteilungen der Reaktion und des Verhaltens der Probanden am Arbeitsplatz, Skalen zur Selbstbeurteilung von Verhaltenstendenzen, Mitarbeitergespräche sowie Interviews und der „Methode der kritischen Ereignisse“ am Arbeitsplatz (vgl. ebd. S. 699). Arbeitszufriedenheit wird dabei im Allgemeinen als Einstellung gemessen.

Die Messinstrumente sind ältere Verfahren, die in den Jahren 1955 bis 1985 entwickelt wurden. Es gab in den letzten Jahren keine bedeutenden Neuentwicklungen. Im deutschsprachigen Raum wurden unter anderem die „Skala zur Messung von Arbeitszufriedenheit“ (Fischer, 1991) und der „Arbeitsbeschreibungs-Bogen“ (Neuberger & Allerbeck, 1978) erarbeitet. Unterschieden wird in additive und multiplikative Methoden (vgl. Weinert 2004, S. 256 ff.). Aus einer Vielzahl von Untersuchungen zur Arbeitszufriedenheit sind acht relativ stabile und konsistente Dimensionen überwiegend durch Faktorenanalyse isoliert worden. Auf die im Folgenden aufgeführten Dimensionen beziehen sich die meisten heute verwendeten Messinstrumente:

1. die Arbeit selbst (gewählter/s Beruf, Berufsfeld)
2. Supervision bzw. Führungsstil,
3. Organisation und Organisationsleitung (Interesse für Mitarbeiter_innen),
4. Beförderungsmöglichkeiten,
5. Mitarbeiter (z.B. Hilfsbereitschaft, Freundlichkeit etc.),
6. Arbeitsbedingungen (physisch wie auch psychisch),
7. finanzielle und nicht finanzielle Be- und Entlohnung,
8. Anerkennung (Feedback, verbale Anerkennung für geleistete Arbeit) (vgl. Weinert 2004, S. 257).

Es kann somit davon ausgegangen werden, dass diese Dimensionen die subjektive Einschätzung von Arbeitszufriedenheit beeinflussen. Bewerten also Mitarbeiter_innen diese Dimensionen eher positiv, dann kann das als Arbeitszufriedenheit interpretiert werden. Eine eher negative Bewertung lässt sich somit als Arbeitsunzufriedenheit interpretieren. Abschließend lässt sich zusammenfassen, dass bisher noch keine anerkannten und gesicherten Theorien und Modelle zur Arbeitszufriedenheit vorliegen.

Im folgenden Abschnitt 6 steht die Offene Kinder- und Jugendarbeit von Chemnitz im Mittelpunkt. Vorgestellt wird die Angebotsstruktur in Chemnitz und eine Auswertung der finanziellen Förderung der Angebote nach § 11 KJHG durch die Kommune im Zeitraum 2003-2010. Mit Auszügen aus einem Expert_innen-gespräch soll eine Einschätzung zur Beschaffenheit bzw. dem Zustand der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Chemnitz gegeben werden.

6.1 ANGEBOTE UND TRÄGER IN CHEMNITZ

Im Jahr 2010 wurden in Chemnitz 51 Maßnahmen/Angebote nach § 11 KJHG und drei Dachorganisationen vom Amt für Jugend und Familie der Stadt Chemnitz mit einem Zuschuss gefördert (vgl. Stadt Chemnitz 2010, S. 14ff.). Zuwendungen erhielten dabei 32 Angebote in Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, 17 Angebote, die der außerschulischen Jugendbildung zugeordnet sind, drei Dachorganisationen und jeweils ein Angebot im Bereich Spielmobil sowie Ferienprojekt. Interessant ist dabei die Trennung in die Handlungsfelder Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, außerschulische Jugendbildung und Spielmobil, sind diese doch alle in § 11 KJHG der Offenen Kinder- und Jugendarbeit festgeschrieben. Innerhalb der Angebote der außerschulischen Jugendbildung wurden in vier Angeboten, bei den Angeboten in Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen in einem Angebot keine Personalstellen gefördert, sondern nur Sach- und Honorarkosten. Alle Träger sind anerkannte Träger der freien Jugendhilfe.

Die 51 Angebote und drei Dachorganisationen werden von 31 freien Trägern bereitgestellt, von denen 25 eingetragene gemeinnützige Vereine, fünf in christlichen Institutionen eingebunden und drei den großen Verbänden zuzuordnen sind. Ein Träger besitzt den Status einer gemeinnützigen GmbH. Die Träger sind in ihrer generellen Ausrichtung auf den Gebieten Kunst, Kultur, Naturbildung und -schutz, technische und naturwissenschaftliche Bildung, Medientechnik und -arbeit, berufliche Hilfen und Jugendwerkstätten, Behindertenförderung und -hilfe, berufliche Förderung von Frauen, Gleichstellung, Arbeit mit Migrant_innen, generationsübergreifende Arbeit, Sport, Kinder- und Jugendreisen und politische Bildung tätig. Es besteht eine hohe Trägervielfalt, die sich auch in der inhaltlichen Grundausrichtung zeigt.

Für alle Angebote nach § 11 KJHG und die drei Dachorganisationen wurden insgesamt 72,11 Vollzeitäquivalente bezuschusst und dabei 48,605 für den Bereich Kinder- und Jugendfreizeitstätten; 18,95 für die außerschulische Jugendbildung; 1,75 für die drei Dachorganisationen; 1,8 für das Ferienprojekt und 1,0 für das Spielmobil. Für die Durchführung der Angebote werden 40 Einrichtungen gefördert, die in ihrer Größe von Büroräumen über Jugendräume, Kinder- und Jugendklubs, Kinder- und Jugendhäuser bis hin zu über (mehrere) 1.000 qm großen Gebäudekomplexen

reichen. In 2010 förderte die Stadt Chemnitz die Angebote nach § 11 und § 12 KJHG mit 4.053.219,13 Euro.

In Chemnitz wird seit 1995 unter Einbeziehung der freien Träger kontinuierlich Jugendhilfeplanung durchgeführt. Dabei ist besonders in Jahren der Fortschreibung des Planes eine erhöhte Betriebsamkeit seitens der Verwaltung auszumachen. Die Beteiligung der Träger wird über Arbeitsgruppen und Befragungen der Träger realisiert. Vereinzelt fließen ebenfalls über Einschätzungen der Mitarbeiter_innen der Angebote bzw. durch Befragungen der Kinder und Jugendlichen ermittelte Bedarfe von Kindern und Jugendlichen in den Planungsprozess ein. Für eine kontinuierliche Kommunikation zwischen den Trägern der Angebote der Jugendhilfe, den Dachverbänden und dem Amt für Jugend und Familie existiert der Arbeitskreis § 11-§ 16 KJHG, welcher monatlich tagt.

Die Förderung der Angebote nach § 11 KJHG wird über die Fachförderrichtlinie des Amtes für Jugend und Familie der Stadt Chemnitz zur Gewährung von Zuwendungen an Träger der freien Jugendhilfe bestimmt. Jährlich sind bis zum 31.05. die Anträge, Leistungsvereinbarungen oder Konzepte und die Finanzanträge zur Förderung der Angebote nach § 11 KJHG im Amt für Jugend und Familie einzureichen. Die fachliche Berichterstattung zur geleisteten Arbeit ist bis zum 31.01. des Folgejahres in schriftlicher Form vorzulegen und die finanzielle Abrechnung der Angebote mit Ende des ersten Quartals im Folgejahr. Seit Mai 2005 sind monatlich von den freien Trägern vor Beginn des neuen Monats alle geplanten Angebote, Veranstaltungen, Freizeiten und Projekte in einem vorgegebenen Formular beim Amt für Jugend und Familie anzuzeigen. Bis zum 15. des Folgemonats müssen die dann tatsächlich durchgeführten Aktivitäten unter Angabe der Nutzer_innenanzahl statistisch abgerechnet werden.

Der notwendige Bedarf an Angeboten und Leistungen nach § 11 KJHG wird mit dem Teilfachplan Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit/erz. Kinder- und Jugendschutz geregelt. Veränderungen von Bedarfen sind jugendhilfeplanerisch zu untersetzen und bedürfen der Beschlussfassung des Jugendhilfeausschusses. Die Qualität und Qualitätsentwicklung der Angebote wird entsprechend der Fachstandards und dem Qualitäts- und Entwicklungsverfahren des Jugendamtes über einen kontinuierlichen Controlling-Prozess bewertet. Die Ergebnisse des Qualitäts- und Entwicklungsverfahren werden vom Amt für Jugend und Familie in einem jährlich erarbeiteten Maßnahmeplan zusammengefasst.

Insgesamt 42 freie Träger der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sind Mitglied im Dachverband Netzwerk für Kultur- und Jugendarbeit e.V., der die Interessen der Mitgliedsvereine gegenüber der Verwaltung, Politik, Öffentlichkeit, Medien und in verschiedenen Gremien vertritt.

6.2 DATEN ZUR KOMMUNALEN FÖRDERUNG NACH § 11 KJHG IN CHEMNITZ IM ZEITRAUM 2003-2010

Für die Analyse der kommunalen Förderung von Angeboten nach § 11 KJHG in Chemnitz standen die Beschlussvorlagen für den Jugendhilfeausschuss Stadt Chemnitz für die Jahre 2003-2010 in digitaler Form zur Verfügung. In den einzelnen Jahrgängen wurden teilweise verschiedene Formattierungen verwendet, sodass die Daten im Vorfeld der Analyse komplett überarbeitet werden mussten, um z.B. ganze Tabellenspalten überhaupt sichtbar zu machen. Im Folgenden wurden eigene Tabellen erarbeitet, die zum einen alle freien Träger und Angebote nach § 11 KJHG – mit den förderfähigen Personalstellen (FP in Vollzeitäquivalenten), Personalkosten (in Klammern nach FP, in Euro), Sachausgaben (SA in Euro) und der Gesamtzuwendung (ZW in Euro) – aufführen, die ohne Überlassungsverträge gefördert wurden. Zum anderen wurde die Förderung der Angebote tabellarisch zusammengefasst, die Angebote und Einrichtungen vom öffentlichen Träger übernommen haben (s. Anhang, S. 92).

Zur Erklärung muss angeführt werden, dass innerhalb eines nicht näher bestimmbar Zeitraumes Angebote und Einrichtungen vom öffentlichen Träger in freie Trägerschaft übergangen. Mit der Übergabe wurden zwischen dem öffentlichen Träger und den freien Trägern Überlassungsverträge ausgehandelt. Bis 2009 sind diese Angebote und Einrichtungen mit Überlassungsverträgen nicht in den einsehbaren Beschlussvorlagen zur finanziellen Förderung von anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe der Stadt Chemnitz zur Gewährung von Zuwendungen an Träger der freien Jugendhilfe im Jugendhilfeausschuss der Stadt Chemnitz aufgeführt. Somit wurden von 2003 bis 2009 die Zuwendungen für Angebote nach § 11 KJHG freier Träger analysiert, die ohne Überlassungsverträge Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit bereitstellen bzw. bereitstellten. Ab 2009 sind die Angebote freier Träger, die mit Überlassungsverträgen in freie Trägerschaft übergeben wurden, in die Analyse eingeflossen.

In den zur Verfügung stehenden Daten ist nicht ersichtlich, aus welchen Gründen Fördersummen erhöht, gesenkt bzw. ganz eingestellt wurden oder ob Angebote in andere Einrichtungen wechselten bzw. in einen anderen Leistungsbereich nach KJHG eingeordnet oder von anderen Trägern übernommen wurden usw. Nur in Einzelfällen konnten innerhalb des Datenmaterials verschiedene Veränderungen nachvollzogen werden. Im Vordergrund der Analyse stand der Anspruch, die Tendenzen der kommunalen Förderung von Angeboten der Offenen Kinder- und Jugendarbeit im Zeitraum 2003-2010 zu verfolgen. Berücksichtigt wurden nur Angebote, deren Förderung auch die von Personalstellen beinhaltete. In Tabelle 1 sind für diesen Zeitraum die geförderten Angebote ohne Überlassungsverträge dargestellt.¹⁸

¹⁸ Nicht berücksichtigt sind die Dachverbände sowie Angebote ohne Personalkostenförderung. Weiterhin wurden, wenn möglich, die geförderten Personal- und Sachkosten der Angebote Außerschulische Jugendbildung und Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen zusammengefasst, wenn diese Angebote in einer Einrichtung bereitgestellt werden.

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Angebote	31	30	26	27	27	28	28	27

Tab. 1: Angebote mit Personalstellenförderung nach § 11 KJHG ohne Überlassungsverträge in Chemnitz 2003-2010, eigene Berechnungen

In den Jahren 2009 und 2010 sind innerhalb der Beschlussvorlagen zusätzlich 16 Angebote von freien Trägern ersichtlich, die im Laufe der Jahre von diesen Trägern vom öffentlichen Träger übernommen wurden und somit im Zeitraum 2003-2010 ebenfalls den Kindern und Jugendlichen der Stadt Chemnitz zur Verfügung standen. Somit förderte das kommunale Jugendamt im Durchschnitt 44 Angebote mit Personalstellen- und Sachkostenförderung pro Jahr. Die Aussage verdeckt jedoch das auch in der Fachliteratur beschriebene Absinken der Förderung 2005 um 8% in Ostdeutschland (vgl. Pothmann 2009, S. 43). 2005 sind im Vergleich zu 2004 vier Angebote weniger bezuschusst worden. Jedoch muss auch hier darauf verwiesen werden, dass in den Daten nicht ersichtlich ist, warum die Angebote nicht mehr in der Beschlussvorlage aufgeführt sind. Neben einer Streichung der Angebote kann ebenfalls ein Wechsel in einen anderen Leistungsbereich, z.B. § 14 KJHG, stattgefunden haben. In den Jahren 2005-2007 sind größere Bewegungen in der „Förderlandschaft“ zu erkennen, die sich aber nicht auf die Gesamtzahl der geförderten Angebote auswirken. Hier könnten Trägerwechsel eine mögliche Erklärung liefern.

Trotz der beschriebenen Bewegungen und Änderungen können 22 Angebote ausgemacht werden, die bis 2010 über einen Zeitraum von mindestens sieben Jahren einen kommunalen Zuschuss erhielten. Die folgenden Aussagen beziehen sich auf diese Angebote ohne Überlassungsverträge. So ist in allgemeiner Einschätzung der Daten die Förderung bei 18 Angeboten auf relativ gleichem Niveau geblieben. Leichte Veränderungen bzw. Erhöhungen in der Gesamtförderung sind dabei meist auf Veränderungen in den Personalkosten zurückzuführen, nicht aber der Vollzeitäquivalente. Mögliche Erklärungen hierfür sind z.B. Stellenneubesetzungen. Vereinzelt sind Anhebungen der Sachkosten zu erkennen. In zwei Angeboten ist im Zeitraum eine Anhebung im Vollzeitäquivalent von 0,25 sowie 1,0 ersichtlich. In drei Angeboten ist eine im Vergleich zum Durchschnitt hohe Absenkung der Förderung auf Kürzungen in den Personalstellen (und Sachkosten) zurückzuführen. Hier wurden im Zeitraum in einer Einrichtung 1,5 und in zwei Angeboten jeweils 0,5 Vollzeitäquivalente nicht mehr gefördert. Ist im Vergleich von 2008 zu 2009 ein Zunahme der Gesamtförderung bei 20 Angeboten zu verzeichnen, ist im Vergleich von 2009 zu 2010 bei 21 Angeboten ein Rückgang der Gesamtfördersumme auszumachen. Als Grund kann hier die Absenkung der Landesmittel/Jugendpauschale benannt werden.

Im Vergleich 2009 zu 2010 der Angebote nach § 11 KJHG mit Überlassungsverträgen zeigt sich, dass 12 der 16 Angebote 2010 mit geringeren Fördersummen haushalten mussten. Demgegenüber stehen vier Angebote, bei denen die Gesamtförderung erhöht wurde. Interessant ist dabei, dass bei einem überwiegenden Teil der Angebote die Sachkostenförderung erhöht wurde und dennoch eben bei 12 Angeboten die Gesamtförderung sank. Dieser Umstand kann mit dem vorliegenden Datenmaterial nicht erklärt werden.

Jahr	2003	2004	2005	2006
Gesamtzuschuss	2.039.558,39	2.011.112,97	2.164.189,00	2.259.422,00
Jahr	2007	2008	2009	2010
Gesamtzuschuss	2.387.123,00	2.327.955,02	2.343.787,19	2.347.762,64

Tab. 2: Gesamtzuschuss 2003-2010 für Angebote nach § 11 KJHG ohne Überlassungsverträge in Chemnitz in Euro (Amt für Jugend und Familie der Stadt Chemnitz, eigene Berechnungen)

Die finanzielle Förderung von Angeboten nach § 11 KJHG ohne Überlassungsverträge in Chemnitz ist in den Jahren 2003 bis 2007 insgesamt gestiegen und zeigt sich ab 2007 bis 2010 auf einem relativ gleichbleibendem Niveau (vgl. Tabelle 2).

	2009	2010
Gesamtzuschuss	4.636.013,34	4.308.139,13

Tab. 3: Gesamtzuschuss 2009/2010 für alle Angebote nach § 11 KJHG in Chemnitz in Euro (Amt für Jugend und Familie der Stadt Chemnitz, eigene Berechnungen)

Ersichtlich ist in Tabelle 3, dass die Gesamtförderung in den Jahren 2009 und 2010 um 327.874, 21 Euro gesunken ist. Gründe hierfür liegen z.B. in der Absenkung der Landesmittel/Jugendpauschale durch das Land Sachsen um 230.000,00 Euro sowie in der Einstellung der Förderung eines Angebotes der Offenen Kinder- und Jugendarbeit.

6.3 ALLGEMEINE EINSCHÄTZUNG ZUR KOMMUNALEN FÖRDERUNG VON ANGEBOTEN NACH § 11 KJHG IN CHEMNITZ

In der Analyse der Daten zeigte sich im vorangegangenen Kapitel, dass die Gesamtfördersumme für die Angebote nach § 11 KJHG, welche ohne Überlassungsverträge mit kommunalen Mitteln gefördert wurden, in den Jahren 2003 bis 2007 gestiegen ist und seit 2007 bis 2010 auf relativ gleichbleibendem Niveau steht. Die Gesamtfördersumme für alle Angebote nach § 11 KJHG in Chemnitz ist 2010 im Vergleich zu 2009 gesunken. Somit lässt sich in Betrachtung der reinen Zahlenwerte kein Absinken der Förderung bis 2009 feststellen. Die Verringerung in 2010 zeigt deutlich die aktuelle Förderentwicklung in Sachsen an. Im Zusammenhang mit der Betrachtung der Entwicklung der Förderung muss aber eindrücklich darauf verwiesen werden, dass im gesamten Betrachtungszeitraum keine reale Anpassung an sich generell vollziehende Preissteigerungen stattgefunden hat. Somit ist zumindest eine gleichbleibende Förderung als verdeckte Kürzung zu beschreiben, da Mehrausgaben durch Preissteigerungen innerhalb der zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen kompensiert werden müssen. Praktisch bedeutet dies, dass z.B. steigende Betriebskosten mit Mitteln für pädagogisches Material, Ausstattung, Werterhaltung und Instandsetzung ausgeglichen werden.

Trotz dieser Entwicklungen wird in Gesprächen und Diskussionen von Mitarbeiter_innen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit häufig angezeigt, dass die Angebote im Arbeitsfeld solide gefördert werden, also auch im Vergleich zu anderen Städten, Landkreisen und Gemeinden die Stadt Chemnitz eine gut ausgestattete Jugendarbeit vorzuweisen hat. Diese Einschätzung wird ebenfalls von einer langjährigen Mitarbeiterin im Netzwerk für Kultur und Jugend e.V. Chemnitz gegeben. Mit ihr wurde nach der Analyse der Daten zur Förderung in Chemnitz und zum Zwecke der Unterstützung für die hier vorgenommene allgemeine Einschätzung ein Expert_innengespräch geführt, da sie durch ihre nunmehr zehnjährige Tätigkeit in diesem Dachverband über einen großen Wissensbestand zur Chemnitzer Jugendarbeit verfügt. Ihre Aussage, „[...] dass wir in Chemnitz noch eine sehr gut ausgestattete Jugendarbeit haben [...]“ (Expertinnengespräch, S. 4, Zeile 12-13), führt sie auf Vergleichswerte zurück, die aus einem regen Austausch mit anderen Jugendringen in Sachsen entstanden sind. Dem steht jedoch gegenüber, dass das Budget in den letzten Jahren relativ konstant geblieben ist und „[...] was natürlich nicht passiert ist in den letzten Jahren, das sind sozusagen Anpassungen an Tariferhöhungen, an gewachsene betriebswirtschaftliche Kosten (...) und deswegen hat es im Prinzip dann immer so Jahre gegeben, wo das dann einfach, das Antragsvolumen weit über dem gelegen hat, was an Fördermitteln zur Verfügung stand und wo natürlich entsprechend Projekte beendet worden sind und es dann meistens das Folgejahr oder die nächsten beiden Folgejahre dann wieder eine relativ ruhige Zeit war [...]“ (ebd., S. 4, Zeile 27-34). Somit wurden in Chemnitz in den vergangenen Jahren immer dann Projekte bzw. Angebote geschlossen, wenn das Antragsvolumen zu weit über dem zur Verfügung stehenden Finanzvolumen stand.

Im Zeitraum 2003-2010 konnten somit wahrscheinlich drei bis vier Angebote aus fiskalischen Gründen nicht mehr gefördert werden. Eine genaue Zahl lässt sich trotz der Analyse der vorliegenden Daten nicht benennen, da nicht ersichtlich ist, aus welchen Gründen Angebote im Folgejahr nicht mehr auf den Beschlussvorlagen für den Jugendhilfeausschuss aufgeführt waren. Das Jugendamt Chemnitz konnte auf Nachfrage ebenfalls keine Angaben zur genauen Zahl der geschlossenen Angebote geben. Die Schließung von Angeboten hatte oft fiskalische Gründe, was teilweise von der Verwaltung auch so benannt wurde. Dennoch versuchte die Verwaltung, fachliche Begründungen für die Schließungen zu finden, „[...] dass heißt, da wurden eine Matrix entwickelt, da wurden Bewertungssysteme entwickelt, die wir als freie Träger oft im Vorfeld nicht kannten und wo sozusagen Projekte dann durch ihre Einordnung in diese Bewertungssysteme sozusagen dann ausgeschlossen worden sind, weil sie dann die wenigsten Punkte erhalten haben [...]“ (ebd., S. 5, Zeilen 27-30). Hier muss angeführt werden, dass für die Bewertung der Qualität der Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Chemnitz ein Qualitätsentwicklungsverfahren zur Verfügung steht. Dieses Verfahren wurde meist bei bevorstehenden Kürzungen ausgeblendet bzw. wurden weitere Kriterien zur Bewertung eingeführt, die den freien Trägern im Vorfeld nicht bekannt und im Nachhinein oft nicht nachvollziehbar waren (vgl. ebd., S. 6, Zeile 14f.). Die fast schon willkürlich anmutenden Vorschläge zu Kürzungen oder Schließungen von Angeboten verstärkt m.E. die Unsicherheit der Förderung.

Im neuen Teilfachplan wird derzeit für alle bestehenden Angebote nach § 11 KJHG ein jugendhilfeplanerischer Bedarf angezeigt und somit sollten wenig Bedenken für ebendiese bestehen. Jedoch soll die Offene Kinder- und Jugendarbeit nach dem ersten Entwurf zum oben beschriebenen

Entwicklungs- und Konsolidierungskonzept der Stadt Chemnitz in den nächsten fünf Jahren einen Konsolidierungsbetrag von 1,3 Mio. Euro erbringen. Werden diese Vorgaben durchgesetzt, dann wären da „[...] eine Menge Einrichtungen die wir schließen müssten, um diesen Konsolidierungsbetrag zu erbringen und ich glaube nicht, dass es dazu im Moment schon einen fertigen Fahrplan gibt, wie man also sozusagen dann das wieder fachlich begründen will, dann wieder 5, 7, 8 Einrichtungen zu schließen“ (ebd., S. 8, Zeile 15-19).

Die Angebote, die durch Überlassungsverträge von der Stadt Chemnitz an freie Träger übergeben wurden, besitzen einen besonderen Status, sind sozusagen geschützte Angebote. Die Stadt Chemnitz hat sich in diesen Verträgen verpflichtet, in den entsprechenden Einrichtungen 10 Jahre Leistungen der Jugendhilfe anzubieten. Die Verträge wurden zwar zum Ende 2010 gekündigt, jedoch gibt es Folgeverträge und Nachfolgeregelungen. Alle Angebote mit Überlassungsverträgen sind derzeit so bewertet, dass ihr Fortbestand zu sichern ist. Dieser Bestandsschutz führt dazu, dass die Anzahl der Angebote eingeschränkt ist, die formal ohne rechtliche Konsequenzen gekürzt bzw. geschlossen werden können. Eine Gleichbehandlung aller Träger der Offenen Jugendarbeit in Chemnitz ist somit weiterhin nicht gegeben (vgl. ebd., S. 7, Zeile 24ff.).

Somit kann zusammenfassend folgende Einschätzung gegeben werden. Die Offene Kinder- und Jugendarbeit in Chemnitz kann im Vergleich zu anderen Städten, Landkreisen und Gemeinden in Sachsen strukturell als noch sehr gut ausgestattet beschrieben werden. Das Amt für Jugend und Familie hat unter Sparzwängen die Möglichkeit, eigene Bewertungsmaßstäbe zum bestehenden Qualitätsentwicklungsverfahren hinzuzufügen, was zur Folge hat, dass nahezu jedes Angebot der Offenen Kinder- und Jugendarbeit von Kürzungen oder Schließung betroffen sein kann. Anzumerken ist hier aber, dass es derzeit mindestens 16 Angebote gibt, deren Fortbestand durch Überlassungs-, und Folgeverträge relativ sicher scheint. In der Analyse der Förderdaten zeigt sich jedoch, dass auch diese Angebote vor Kürzungen nicht abgesichert sind. Schlussendlich ergibt sich aktuell eine erhöhte Unsicherheit kommunaler Förderung aus der bevorstehenden Verabschiedung des Chemnitzer Entwicklungs- und Konsolidierungskonzeptes, das hohe Einsparungen im Bereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit vorhält und bei deren Umsetzung zur Schließung von fünf bis acht Einrichtungen führen kann.

Die vorgenommene Einschätzung zeigt auf, dass die kommunale Förderung von Angeboten der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Chemnitz generell unsicher ist. Dabei können jedoch keine eindeutigen Aussagen getroffen werden, welche Angebote einer besonderen Unsicherheit ausgesetzt sind, also zukünftig eher der Kürzung finanzieller Mittel ausgesetzt oder gar von Schließung betroffen sind.

7. UNTERSUCHUNG DER ARBEITSZUFRIEDENHEIT VON MITARBEITER_INNEN IN DER JUGENDHILFE IN CHEMNITZ

Nachfolgend wird die Untersuchung zur Forschungsfrage beschrieben. Nach der Einordnung in die aktuelle Forschung, den Konkretisierungen zur Forschungsfrage und Ausführungen zum Erhebungsinstrument, zur Leitfadenerstellung, Auswahl der Einrichtungen/Personen, Durchführung der Erhebung und Auswertungsstrategie werden die Ergebnisse vorgestellt und zusammengefasst.

7.1 EINORDNUNG IN DIE AKTUELLE FORSCHUNG

Wie in 2.1 bereits dargestellt, konstatieren Scherr und Thole 1998, dass empirische Arbeiten zur Jugendarbeitsforschung nur im bescheidenen Umfang vorliegen. Ebenfalls führt Lindner an, dass die Themenfelder Forschung und Empirie in der Kinder- und Jugendarbeit ungenügend diskutiert werden und seit jeher verstärkte Forschung bzw. Praxisforschung gefordert wird (vgl. Lindner 2008, S. 9). Wurden durch den Arbeitskreis G 5 in den Jahren 1998 bis 2008 insgesamt 90 Untersuchungen in der Kinder- und Jugendarbeit zu den komplexen Handlungsfeldern der Jugendarbeit, Adressat_innen und Mitarbeiter_innen festgestellt, konnte innerhalb dieser keine Forschung zur Unsicherheit kommunaler Förderung und deren Auswirkung auf die Mitarbeiter_innen ausgemacht werden (vgl. Arbeitskreis G 5, S. 3ff). Die Literaturrecherche ergab keine weiteren Hinweise auf Forschungen zum Thema. Somit kann zum derzeitigen Erkenntnisstand davon ausgegangen werden, dass die innerhalb dieser Arbeit vorgenommene Forschung explorativ ist.

Mit den bisherigen Ausführungen in dieser Arbeit werden folgende Annahmen bezüglich der Forschungsfrage formuliert:

1. Die aktuelle Lage der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Deutschland ist trotz aller möglichen Entwicklungen als kritisch einzuschätzen. Die Tendenzen in der kommunalen Förderung zeigen eine Abnahme bzw. ständige Bedrohung durch Kürzungen der Finanzierung von Offener Kinder- und Jugendarbeit an und führen zu einer Unsicherheit kommunaler Förderung.
2. Die Mitarbeiter_innen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sind über die Unsicherheit der Förderung, Aufgabenvielfalt und -zuschreibungen und Legitimationsanfragen durch Gesellschaft, Politik, Verwaltung und auch Arbeitgeber_in vielfachen Herausforderungen ausgesetzt, die in der täglichen Arbeit ein hohes Be- und Überlastungspotenzial beinhalten können und die Arbeitszufriedenheit beeinflussen.

3. Bisher liegt noch keine anerkannte Theorie zu Arbeitszufriedenheit vor. Jedoch wurden in der Arbeitszufriedenheitsforschung acht Dimensionen herausgearbeitet, die in der Leitfadendenkonstruktion verwendet werden. In der Auswertung soll beachtet werden, dass nach den bisher vorliegenden Erklärungsansätzen situationale Effekte einen größeren Einfluss auf Arbeitszufriedenheit haben als Dispositionen der befragten Personen. Messinstrumente der Arbeitszufriedenheit werden in der Untersuchung nicht verwendet, da nicht die aktuelle Arbeitszufriedenheit der Mitarbeiter_innen bestimmt werden soll. Dies leitet sich aus dem Forschungsinteresse ab, Auswirkungen der unsicheren kommunalen Förderung auf die Arbeitszufriedenheit zu untersuchen.
4. Trotz des im Vergleich zu anderen Städten, Landkreisen und Gemeinden in Sachsen noch strukturell guten Zustandes der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Chemnitz deutet nicht zuletzt das Chemnitzer Entwicklungs- und Konsolidierungskonzept aktuell auf eine Zunahme der Unsicherheit kommunaler Förderung hin. Generelle Kostenentwicklungen in den vergangenen Jahren wurden über mit den Trägern ausgehandelte Kürzungen bzw. durch Transfer von kommunalen Fördergeldern zwischen verschiedenen Trägern oder durch die Schließung von Angeboten kompensiert. Eine Unsicherheit kommunaler Förderung lässt sich daher auch direkt für die Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Chemnitz feststellen.

Durch diese Annahmen und ausgehend vom Forschungsinteresse fließen somit die Themengebiete Unsichere kommunale Förderung, Auswirkungen der kommunalen Förderung auf die tägliche Arbeit und die Arbeitszufriedenheit der Mitarbeiter_innen in die Konstruktion des Erhebungsinstrumentes ein.

7.2 UNTERSUCHUNGSKONZEPTION UND -DURCHFÜHRUNG

Die explorative Ausrichtung der Forschungsfrage erfordert m.E. die Erhebung qualitativer Daten. Es sollen subjektive Bedeutungen und individuelle Sinnzuschreibungen erfasst werden, die die soziale Wirklichkeit der Interviewten bezüglich der Forschungsfrage darstellen. Innerhalb der qualitativen Sozialforschung stehen hierfür verschiedene Erhebungsinstrumente zur Verfügung. In dieser Forschung wird das leitfadengestützte Interview eingesetzt.

Die Mitarbeiter_innen besitzen in ihrem Handlungsfeld und durch die tägliche Praxiserfahrung einen Wissensvorsprung gegenüber anderen Personen und sind daher als Expert_innen einzuschätzen. Sie unterscheiden sich somit durch einen privilegierten Zugang zu Informationen bezüglich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit von anderen Personen und sind Teil des Handlungsfeldes, in dem das Forschungsinteresse zu einer spezifischen Fragestellung besteht. Infolgedessen wurde das leitfadengestützte Expert_inneninterview als Erhebungsinstrument ausgewählt.

Das Expertinnengespräch mit der Mitarbeiterin des Dachverbandes Netzwerk für Kultur- und Jugendarbeit Chemnitz e.V. wurde mit einem Fragekatalog vorbereitet (s. Anh., S. 102). Das Interes-

se in diesem Gespräch lag auf Informationen zur aktuellen Situation der kommunalen Förderung von Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit in Chemnitz, Veränderungen diesbezüglich in den letzten 10 Jahren und der Zukunft der Förderung in den nächsten Jahren. Ebenfalls enthielt der Katalog eine Frage zum Thema Auswirkungen der kommunalen Förderung auf die Mitarbeiter_innen, um aus dem Wissensbestand der Expertin eventuell weitere Belastungserfahrungen der Mitarbeiter_innen zu erhalten. Diese Themengebiete wurden in offen gestaltete Fragen eingearbeitet. Nach Angaben zur Anonymisierung des Gespräches und Fragen zur Person/Tätigkeit beinhaltete der Katalog eine Einstiegsfrage zur aktuellen Arbeit, was die Expertin aktuell in ihrer Arbeit am meisten beschäftigt.

In die Konstruktion des 1. Leitfadens für die Expert_inneninterviews sind entsprechend der Forschungsfrage die Themen Einschätzung der Sicherheit kommunaler Förderung, Zufriedenheit mit der Arbeit, Auswirkungen der kommunalen Förderung auf die tägliche Arbeit und die Dimensionen von Arbeitszufriedenheit eingeflossen. In der Fragenkonstruktion zur kommunalen Förderung wurde der Terminus Unsicherheit nicht verwendet, um diese Beurteilung der kommunalen Förderung den Interviewten ohne vorherige Gewichtung zu ermöglichen. Alle Fragen wurden offen gestaltet, um in den Fragen keine Tendenzen für die Antworten zu erzeugen. Nach den Angaben zum Datenschutz und zur Person ist als Einstieg eine Frage zur Arbeit der Mitarbeiter_innen in der Einrichtung und was diese dabei gerade am meisten beschäftigt gewählt worden.

Die Analyse zum Pre-Test der 1. Leitfadenversion zeigte, dass dem Interviewten die Fragen zu den Dimensionen der Arbeitszufriedenheit schwer zu vermitteln waren und durch die Menge der Fragen eine „Leitfadenbürokratie“ erzeugt wurde und hierdurch Unsicherheiten in der Interviewdurchführung entstanden. Weiterhin wurden von dem Befragten außerhalb der Fragen zu den Dimensionen der Arbeitszufriedenheit ausreichend Themen und Einschätzungen zur Arbeitszufriedenheit verbalisiert. Dies führte zu der Entscheidung, die Dimensionen zur Arbeitszufriedenheit aus dem Leitfaden zu entfernen und in der zweiten Version des Leitfadens Arbeitszufriedenheit nur mit offenen Fragen zu thematisieren. Gleichzeitig wird davon ausgegangen, dass über die Gestaltung offener Fragen trotzdem Aussagen von den Interviewten getroffen werden, die sich den Dimensionen der Arbeitszufriedenheit zuordnen lassen. Weiterhin wurde die Reihenfolge der Fragestellung wie folgt geändert: Einstiegsfrage; Einschätzung der Auswirkungen der aktuellen Kürzungsvorhaben auf die Einrichtung, Begründung der Aussagen und Einschätzungen für die Zukunft; Auswirkungen der Finanzierung auf die tägliche Arbeit; Einschätzung der Arbeitszufriedenheit und Begründung der Aussagen; Abschlussfrage zu Zukunftswünschen.

Ausgehend von den rechtlichen Bestimmungen zur Förderung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Analyse zur Förderung von Angeboten nach § 11 KJHG in Chemnitz 2003 bis 2010, dem Expertinnengespräch und der allgemeinen Einschätzung zur Förderung von Angeboten nach § 11 KJHG in Chemnitz wird davon ausgegangen, dass alle Angebote in Chemnitz durch die angespannte Finanzlage des öffentlichen Haushaltes möglichen Kürzungen oder auch einer Schließung ausgesetzt sein können. Die über zehnjährige Tätigkeit im Arbeitsfeld beinhaltet ein hohes Erfahrungswissen bezüglich der ständigen Kürzungsdebatten in der Chemnitzer Kinder- und Jugendarbeit. Aus diesen Gründen resultiert die Entscheidung, dass formal alle Angebote nach § 11 KJHG für die Erhebung zur Auswahl stehen.

Aufgrund des zur Verfügung stehenden Zeitrahmens wurde die Anzahl der Interviews auf vier begrenzt. Ausgewählt wurden jeweils zwei Angebote mit und ohne Überlassungsvertrag, sodass jeder Förderstatus in der Erhebung vertreten ist. Ausgewählt wurden weiterhin zwei Träger, die nur ein Angebot nach § 11 KJHG bereitstellen sowie zwei Angebote von Trägern, die mehrere Angebote nach § 11 KJHG und andere Leistungen aus dem SGB VIII anbieten. Dies vor dem Hintergrund, dass größere Träger meist über mehr finanziellen Spielraum verfügen und dadurch Kürzungen noch eher kompensieren können als kleine Träger, was sich möglicherweise auf die subjektive Einschätzung der Mitarbeiter_innen bezüglich Sicherheit der kommunalen Förderung und des Arbeitsplatzes auswirken kann.

Die zu befragenden Mitarbeiter_innen sollten einen für das Arbeitsfeld anerkannten Hochschulabschluss besitzen, mehrjährige Erfahrung im Angebot haben und in die jährlich stattfindende finanzielle und inhaltliche Beantragung, Abrechnung und Berichterstattung involviert sein.

Die Erhebung ist in einem Zeitraum von drei Wochen durchgeführt worden und umfasste dabei mit der Kontaktaufnahme und den Interviews zwei Phasen. Die Kontaktierung der Träger/Angebote erfolgte telefonisch. Nach einer kurzen Erklärung zum Vorhaben wurde erfragt, ob Mitarbeiter_innen mit den eben beschriebenen Voraussetzungen für ein etwa einstündiges Interview zur Verfügung stehen können. Von 12 kontaktierten Trägern konnten bei fünf mit Mitarbeiter_innen Termine für Interviews verabredet werden. Dabei wurde darauf geachtet, dass die Termine in der Arbeitszeit, jedoch vor der Öffnungszeit der Einrichtung lagen, sodass kein unbezahlter zeitlicher Mehraufwand bestand und mögliche Störungen minimiert wurden. Eine Mitarbeiter_in musste den vereinbarten Termin wegen Krankheit absagen, vier Interviews konnten wie geplant umgesetzt werden.

Die Durchführung der Interviews erfolgte in der jeweiligen Einrichtung vor dem Hintergrund der Annahme, dass die räumliche Nähe zum Angebot auf die Interviewführung einwirkt. Am Anfang der Interviews wurde der anvisierte Zeitrahmen benannt, kurz in das Thema eingeführt sowie eine Erklärung zu Datenschutz, Anonymisierung der Daten und der Datenverwendung abgegeben. Anschließend wurde das Interview nach Leitfaden durchgeführt.

Die Auswertung der Daten erfolgte in Anlehnung an die Auswertungsstrategie für Expert_inneninterviews von Meuser und Nagel. Sie schlagen folgende Auswertungsschritte vor: (1) Transkription, (2) Paraphrasierung, (3) Überschriften, (4) Thematischer Vergleich, (5) Soziologische Konzeptualisierung, (6) Theoretische Generalisierung (vgl. Meuser/Nagel 2005, S. 80ff.). Die Transkriptionen zu den Interviews werden im Anhang dieser Arbeit zur Verfügung gestellt. In der Transkription wurden die gesamten Texte der Interviews und des Expertinnengesprächs verschriftlicht und nicht wie nach Meuser und Nagel die nur für die Fragestellung wichtigen Abschnitte.

Die Paraphrasierung; die weitere Verdichtung des Textes mittels Überschriften, also das Zuordnen von Überschriften für Textpassagen und die Zusammenfassung inhaltlich ähnlicher Passagen sowie der interviewübergreifende thematische Vergleich, also die Verdichtung aller Interviews, wurde am ausgedruckten Material vorgenommen und liegt somit in handschriftlicher Form vor. Unter Verwendung der Texte sind alle vier Expert_inneninterviews einzeln chronologisch para-

phrasiert, die einzelnen Sequenzen mit Überschriften versehen und anschließend thematisch geordnet worden. Mit dem thematischen Vergleich wurde die chronologische Sequenzialität der einzelnen Interviews aufgehoben. Darauf folgte eine themenorientierte Zusammenfassung für alle geführten Interviews.

Eine Digitalisierung dieses Teils der Auswertung konnte im Bearbeitungszeitraum nicht geleistet werden. Die soziologische Konzeptionalisierung, das Übersetzen des vorliegenden Materials in die Begriffshorizonte der jeweiligen Fachdisziplin, wird mit der Vorstellung der Ergebnisse dokumentiert. Die theoretische Generalisierung als letzter Auswertungsschritt entfällt, da innerhalb dieser Forschung ein Erkenntnisinteresse an Kontextwissen besteht und eine Generalisierung in Bezug auf anerkannte Theorien nicht möglich ist und nach Meuser und Nagel die Auswertung daher auf der Stufe der soziologischen Konzeptionalisierung beendet werden kann.

7.3 ERGEBNISSE DER ERHEBUNG

Die ursprüngliche Vorgehensweise, das erste Interview nur als Pre-Test zu verwenden, ist im Auswertungsprozess der Interviews geändert worden. Zu dieser Entscheidung führte der Umstand, dass der verwendete erste Leitfaden bis auf die Fragen zu den Dimensionen von Arbeitszufriedenheit die Fragen der zweiten Leitfadenversion beinhaltete und somit eine Vergleichbarkeit mit den anderen Interviews möglich war. Weiterhin sollte das mitgeteilte Expert_innenwissen nicht „verlorengehen“. Somit wurden vier Interviews ausgewertet.⁹

In der Auswertung konnten folgende übergeordnete Kategorien herausgearbeitet werden: (1) Unsichere kommunale Förderung, (2) Faktoren zur Arbeitszufriedenheit, (3) Faktoren zur Arbeitsunzufriedenheit. Nennungen zum Thema „Partizipation“ konnten keiner der Kategorien eindeutig zugeordnet werden. Vor diesem Hintergrund erfolgt die Darstellung als eigene Kategorie (4) „Partizipation“. Die Nennungen der Interviewten ergaben eine hohe Gewichtung für die „Faktoren zur Arbeitsunzufriedenheit“. So konnten für die Kategorie „Unsichere kommunale Förderung“ 15 Aussagen und für die „Faktoren zur Arbeitszufriedenheit“ 29 Aussagen paraphrasiert werden. Demgegenüber stehen 61 paraphrasierte Sequenzen, in denen die Befragten Einschätzungen vorgenommen haben, die negativ auf die Arbeit wirken bzw. Arbeitszufriedenheit entsprechend beeinflussen können.

(zu 1) In der Kategorie „Unsichere kommunale Förderung“, in der alle Interviewten Aussagen generierten, wurden Einschätzungen zusammengefasst, die explizit eine Unsicherheit in der kommunalen Förderung anzeigen bzw. Prognosen für den Fortbestand von Personalstellen und Angeboten in der Zukunft thematisieren.

⁹ Die folgenden sinngemäßen Wiedergaben und Zitate beziehen sich unter Angabe der Interviewnummer, Seitenzahl und Zeilennummerierung auf die vier Interviewtranskriptionen.

Direkte Aussagen zu Kürzungen wurden von drei Interviewten formuliert. Dabei reicht das Spektrum von Phasen konstanter Förderung und stufenweise weniger werden (vgl. Interview 1, S. 8, Zeile 18-23) bis hin zu Kürzungen ab Beginn des Angebotes (vgl. Interview 2, S. 2, Zeile 1-4). „Also ich erlebe es ja jetzt seit eben 2005 und seitdem ging es stetig nach unten, was die Gelder angeht, zum Glück sind wir immer noch zu zweit, ja, aber ich weiß nicht wie sich das in Zukunft entwickelt [...]“ (Interview 4, S. 3, Zeile 29-31). Es wird von heftigen Einschnitten in den Sachkosten im Jahr 2010 berichtet (vgl. ebd. S. 3, Zeile 19-23).

In Bezug auf die kommunale Förderung in der Zukunft werden verschiedene Perspektiven benannt. Die Förderung ist quasi völlig offen (vgl. Interview 1, S. 4, Zeile 3) und schwer zu prognostizieren (vgl. Interview 3, S. 13, Zeilen 11-22). Weiterhin wird befürchtet, dass mit der Umsetzung des Chemnitzer Entwicklungs- und Konsolidierungskonzeptes bis zum Jahr 2015 nur noch drei bis vier Einrichtungen übrig bleiben, die Angebote nach § 11 KJHG vorhalten (vgl. Interview 2, S. 4, Zeile 24-26) bzw. Offene Kinder- und Jugendarbeit immer weniger wird oder ganz verschwindet (vgl. Interview 1, S. 3, Zeile 25-30). Angezeigt werden ebenfalls unsichere Beurteilungskriterien seitens des Jugendamtes für die Entscheidung bezüglich der Weiterfinanzierung von Angeboten, beschrieben mit Willkür, und „[...] deswegen kann ich es nicht, ich kann es nicht greifen und demzufolge kann es sein, die finden das ganz toll was wir machen und es ist vielleicht auch finanziell machbarer, weil es kleiner ist, oder sie denken, eigentlich ist es Nulpe, interessiert's keine Sau, mal blöd ausgedrückt, und wir lassen das Projekt sterben“ (Interview 3, S. 3, Zeile 30-34). Dies zeigt sich auch, wenn die Wichtigkeit einer Einrichtung im Stadtgebiet und eine als gut bewertete Arbeit vom Amt für Jugend und Familie rückgemeldet wird und in diesem Zusammenhang der Interviewte „Hoffnung und Zuversicht“ und nicht Sicherheit in Bezug auf das Weiterbestehen der Einrichtung als Formulierung wählt (vgl. Interview 4, S. 3, Zeilen 31-34).

(zu 2) In der Kategorie „Faktoren für Arbeitszufriedenheit“ wurden zum einen Einschätzungen zusammengefasst, in denen die Interviewten explizit eine Zufriedenheit mit der Arbeit bzw. dem Arbeitsfeld formulierten. Zum anderen wurden Aussagen über Wünsche für die Zukunft im Arbeitsfeld verdichtet.

Hohe Zufriedenheit wird in der direkten Arbeit mit den Nutzer_innen empfunden (vgl. Interview 3, S. 4, Zeile 21-24), wenn diese die Angebote nachfragen, wünschen und ein positives Feedback geben (vgl. Interview 2, S. 7, Zeile 15-16) und eine gute Zusammenarbeit im Team besteht. „Ich hab eine super Kollegin, mit der es echt richtig gut passt, wo man sich 100% verlassen kann, wo immer zusammen an einem Strang gezogen wird und aus dem Grunde haben wir auch ein gutes erweitertes Team drum rum aufgebaut [...]“ (Interview 4, S. 5, Zeile 24-27).

Weiterhin zeigen sich der (große) Freiraum in der pädagogischen und Offenen Arbeit (vgl. Interview 4, S. 6, Zeile 7-17) und die Menge an Freiraum, um Ideen der Nutzer_innen und auch eigene Ideen und Intentionen verwirklichen zu können, als wichtige Gründe für eine empfundene Arbeitszufriedenheit. Weitere „Faktoren für Arbeitszufriedenheit“ werden bezüglich dem Standort und der Beschaffenheit der Einrichtung/des Außengeländes (vgl. Interview 4, S. 6, Zeile 21-32)

benannt und mit der Möglichkeit, in der Arbeit viele Menschen kennenzulernen und hieraus einen Erfahrungswissenszuwachs zu erhalten (vgl. Interview 2, S. 5, Zeile 27-34).

In der Erhebung wurden die Interviewten aufgefordert, im Kontext der Fragestellungen Wünsche für die Zukunft zu äußern. Es wird davon ausgegangen, dass die Interviewten Wünsche benannten, die implizit ein Gleichbleiben oder eine Erhöhung der Arbeitszufriedenheit beinhalten. Die Antworten beziehen sich übergeordnet auf die Förderung der Angebote und die Wertschätzung für geleistete Arbeit im Feld der Offenen Kinder- und Jugendarbeit.

So soll die finanzielle Förderung dem tatsächlichen Bedarf angepasst (vgl. Interview 2, S. 11, Zeile 13) und die Kürzung finanzieller Mittel beendet werden bzw. die Förderung auf dem derzeitigen niedrigen Niveau erhalten bleiben (vgl. Interview 4, S. 7, Zeile 1-4). Weiterhin wird als sehr wichtig eingeschätzt, „[...] dass so ein Haus oder überhaupt eine Offene Einrichtung mit zwei Leuten besetzt ist, möglichst Mann und Frau, das wäre ein großes Anliegen. Ich glaube, wenn das mal nicht mehr so wäre, das wäre für mich auf jeden Fall ein Grund zu gehen, weil ich denke, da kommt man an einen Punkt wo, wo die pädagogische Arbeit, für mich, keinen Sinn mehr machen würde, weil ich doch noch einen gewissen Anspruch habe an das was ich hier mache“ (Interview 4, S. 7, Zeile 7-13).

In Bezug auf die Wertschätzung der von den Mitarbeiter_innen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit geleisteten Arbeit werden zwei Standpunkte eingenommen. Zum einen soll die geleistete Arbeit der Mitarbeiter_innen von außen gewürdigt oder wieder ernst genommen und nicht so schnell abgetan werden (vgl. Interview 3, S. 6, Zeile 10-14) und es wäre zu wünschen, „[...] das Bild des Sozialarbeiters oder der Offenen Arbeit in der Öffentlichkeit ein bisschen zu korrigieren [...], weil dann, denke ich, wären wir vielleicht von Kürzungen nicht ganz so betroffen, weil es der Politik auch bewusst wird, dass wir wichtig sind [...]“ (Interview 4, S. 8, Zeile 21-25). Weiterhin sollen die Entscheidungsträger der Stadt „[...] einen Weitblick haben, auch wenn es eine Stadt ist, die alternd ist, zu schauen, was kann Kinder- und Jugendarbeit leisten, um diese Stadt, und das finde ich, kann Kinder- und Jugendarbeit leisten, attraktiv zu gestalten und als Teilbereich sozusagen zu sehen, um die Stadt auch wieder mit jungem Leben füllen zu können [...]“ (Interview 3, S. 6, Zeile 16-20).

Zum anderen wird darauf verwiesen, dass die Sozialarbeiter_innen selbst das Image der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in der Öffentlichkeit verbessern müssen und „[...] das nach außen ein bisschen [...], ja, offensiver vertreten [...], dass das auch mal ins Bewusstsein der Leute kommt, dass Offene Arbeit wichtig ist, weil ich denke, das ist vielen nicht bewusst. Die schreien immer nur, wenn irgendwas schlimm ist und dann soll man mal machen, aber dass man schon im Vorfeld bevor irgendwas schlimm ist, in der Offenen Arbeit ganz viel machen kann, das ist vielen eben nicht bewusst und ich denke, da sind die Sozialarbeiter zum Teil selber schuld dran [...]“ (Interview 4, S. 8, Zeile 13-20).

(zu 3) In der Kategorie „Faktoren für Arbeitsunzufriedenheit“ wurden Nennungen verdichtet, die von den Interviewten hinsichtlich aktueller Themen in der täglichen Arbeit; der Einschätzungen zur Entwicklung der Förderung in den letzten Jahren; der Einschätzung zum Angebot vor dem Hintergrund der aktuell bundesweit, in Sachsen und Chemnitz bestehenden Kürzungsdiskussio-

nen; und zu Auswirkungen der derzeitigen Finanzierung auf das Angebot benannt wurden. Weiterhin wurden Aussagen verdichtet, in denen die Interviewten in den Antworten zur direkten Bewertung von Arbeitszufriedenheit und der anschließenden Erklärung ihrer Bewertung eine Unzufriedenheit mit der Arbeit anzeigten.

Die Auswertung ergab eine Vielzahl von Faktoren, die Arbeitsunzufriedenheit fördern können. Ein Großteil der Aussagen konnte unter „Auswirkungen der aktuellen Förderbedingungen“ zusammengefasst werden. Mit „Kommunikation und Controlling“ wurden Aussagen zur Einschätzungen der Qualität des Controllings durch das Jugendamt zusammengefasst, da diese nicht den Auswirkungen der aktuellen Förderbedingungen zuzuordnen waren.

In den „Auswirkungen der aktuellen Förderbedingungen“ sind die meisten Nennungen verdichtet worden. Allgemeine Aussagen beziehen sich dabei auf die grundsätzliche Verwendung der immer weniger zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel, also für welche Bedarfe und Projekte sollen die Finanzen verwendet werden, wie und in welchem Umfang können Projekte durchgeführt werden. „[...] im Grunde genommen ist es schon schwierig, wenn man, wenn finanzielle Gründe dafür ausschlaggebend sind, ob ich ein Projekt mach oder nicht oder auf welche Art und Weise ich es mach und in welchem Umfang und das, das ist nicht schön“ (Interview 4, S. 5, Zeile 11-14.).

Die Finanzierung wird als zu gering eingeschätzt, um mit den bestehenden Personalstellen in der täglichen Arbeit pädagogisch wirksam zu sein und die Fachstandards des Qualitätsentwicklungsverfahrens zu erfüllen (vgl. Interview 1, S. 7, Zeile 7-22). Die Finanzierung reicht, um den täglichen Betrieb der Einrichtung zu gewährleisten und „[...] da sind wir mittlerweile schon fast dort angekommen, dass es eigentlich so wenig geworden ist, dass man den alltäglichen Tagesablauf damit grad noch so finanzieren kann, dass man ein paar Tischtennisbälle kaufen kann, du mal einen Fußball und bisschen Klopapier und Seife und alles. Was drüber hinaus ist, wird es dann schon echt enge“ (Interview 4, S. 4, Zeile 18-23).

Weiterhin führt die Begrenzung der Förderung auf ein Kalenderjahr zu Problemen. Es besteht keine Planungssicherheit, ein „[...] jährliches Bangen, ob die Förderung fortgesetzt wird, oder nicht“ (Interview 1, S. 6, Zeile 7-8) und es gibt keine arbeitsrechtlichen Garantien, da Arbeitsverträge auf ein Jahr befristet werden. Die Dauer der Entscheidungsprozesse erzeugt weitere Unsicherheiten, da Förderbescheide meist erst im laufenden Geschäftsjahr zugestellt werden und so der genaue Umfang der Förderung unklar ist. Hinzu kommt die große Verzögerung in der Abrechnung der jährlichen Förderung durch die Verwaltung. Derzeit können so Rückforderungen aus mehreren Jahren entstehen, wenn die Verwendung finanzieller Mittel als nicht förderfähig entsprechend der Förderrichtlinie des Amtes für Jugend und Familie eingeschätzt wird (vgl. Interview 2, S. 6, Zeile 6-29) und Angebote gefährden (vgl. Interview 2, S. 3, Zeile 34ff.). Im Zusammenhang mit der Förderrichtlinie wird die Förderung als sehr starr verregelt bezeichnet und Gelder können so nicht spontanen Bedürfnissen entsprechend eingesetzt bzw. unkompliziert umgewidmet werden (vgl. Interview 1, S. 6, Zeile 9-18). Ebenfalls wird die Erwirtschaftung von Eigenmitteln thematisiert. Angebote der Kinder- und Jugendarbeit sollen kostenlos zur Verfügung stehen und werden als Minusprojekte beschrieben und die Vorschläge der Verwaltung zur Eigenmittelerwirtschaftung kritisiert (vgl. Interview 2, S. 4, Zeile 2-11).

Als Benachteiligung wird empfunden, dass kleine Träger stärker durch Kürzungen gefährdet sind, da diese nicht die strukturellen Voraussetzungen besitzen wie großer Träger (vgl. Interview 3, S. 3, Zeilen 13-28) und keine Möglichkeit besteht, fehlende Finanzmittel auszugleichen (Interview 2, S. 3, Zeilen 29-31).

In Bezug auf die aktuellen Förderungsbedingungen können, zusammengefasst unter dem Begriff Zeitmangel, folgende Auswirkungen angeführt werden. Durch den zunehmenden Arbeitsaufwand bei gleichbleibenden Arbeitsbedingungen wird es schwieriger, die Arbeit zu bewältigen (vgl. Interview 1, S. 3, Zeile 5-9) und auch dem eigenen Anspruch entsprechend umzusetzen (vgl. Interview 3, S. 2, Zeile 18-21). Weiterhin verringert ein hoher oder steigender Verwaltungsaufwand für das Amt für Jugend und Familie und für andere Fördermittelgeber die für die Nutzer_innen zur Verfügung stehende Zeit. „Das begleitet einen in der Offenen Arbeit eigentlich immer, das es zu viel Verwaltung ist im Vergleich zu dem, was man an Offener Arbeit leisten kann, oder dass es immer mehr wird, also, sei es von Trägerseite oder auch vom Amt, von Abrechnungen über irgendwelche Statistiken, Sachberichte, Leistungsbeschreibung“ (Interview 4, S. 2, Zeile 34ff.).

Es wird ein unbezahlter, zeitlicher Mehraufwand geleistet, der zum einen durch Kürzungen gesellschaftlich unterstützt wird und dadurch auch eine Missachtung des Berufszweiges zum Ausdruck bringt. Zum anderen ist dieser Umstand wohl der grundsätzlichen Einstellung der Sozialpädagog_innen geschuldet, die diese Mehrarbeit leisten. Thematisiert werden diesbezüglich auch Überlastung und ausgebrannt sein (vgl. Interview 3, S. 5, Zeile 9-29).

Weiterhin lässt sich anführen, dass mit dem zur Verfügung stehenden Zeitkontingent Projekte „auf Eis“ liegen müssen, nicht realisiert werden können (vgl. Interview 2, S. 10, Zeile 6-7) und zu wenig zeitlicher Freiraum besteht, innovative Ideen und Visionen zu entwickeln (vgl. Interview 1, S. 10, Zeile 4-10). Benannt wird ebenso der Aufwand bezüglich weiterer Finanzierungsmöglichkeiten für die Angebote bzw. Projekte. Aufgrund der aktuellen Förderbedingungen muss zum einen ständig nach anderen Fördermöglichkeiten gesucht werden, wodurch sich der organisatorische und bürokratische Aufwand erhöht (vgl. Interview 3, S. 4, Zeile 3-11). Zum anderen besteht ein aktuell nicht zu leistender Aufwand darin, konzeptionelle Änderungen in den Angeboten oder vollkommen neue Konzepte zu erarbeiten, um die Finanzierung der Einrichtung perspektivisch zu gewährleisten (vgl. Interview 1, S. 9, Zeile 2-24).

„Kommunikation und Controlling“ fasst Aussagen zur Qualität des Controllings zusammen: Thematisiert wurden Fehleinschätzungen zur Qualität der Angebote durch die Jugendpfleger_innen des Amtes für Jugend und Familie. Begründet wird dies mit Fehleinschätzungen in Bezug auf pädagogisches Handeln im niedrighwelligen, alltäglichen Umgang mit den Nutzer_innen und mangelnder Anwesenheit der Jugendpfleger_innen in den Angeboten: „[...] dass allein unsere Leistungsbeschreibung, unsere Jugendpflegerin dort einem echten Missverständnis aufgesessen war, die immer noch dachte ein Mitarbeiterteam beinhaltet die fest angestellten Mitarbeiter, dass wir bei unserem Mitarbeiterteam, unsere gesamte Crew dazugehört, ja, das war ihr da auch noch bisschen fremd, was ihr nicht gewesen wäre, wenn sie öfter da gewesen wäre“ (Interview 2, S. 9, Zeile 7-13). Weiterhin besteht die Kritik, dass pädagogisches Handeln im täglichen Umgang mit den Nutzer_innen nicht wahrgenommen oder als solches bewertet wird (vgl. Interview 1, S. 7, Zeile 16-19).

(zu 4) In der Kategorie „Partizipation“ wurden Aussagen zusammengefasst, in denen die Kürzung finanzieller Mittel bzw. die Höhe der Förderung als Grund für (mehr) Partizipation der Nutzer_innen benannt wurde. Dabei sind zwei Perspektiven eröffnet worden. Zum einen wird eingeschätzt, dass durch Kürzungen bzw. die spärlich zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel die Partizipation der Nutzer_innen gefördert werden kann (vgl. Interview 2, S. 6, Zeile 2-5; vgl. Interview 4, S. 9, Zeilen 25-34). Zum anderen wird Partizipation kritisch betrachtet, wenn aufgrund fehlender finanzieller Mittel Beteiligungsprozesse mit den Nutzer_innen entstehen müssen. „Vielleicht versucht man es sich immer ein bisschen schön zu reden, wenn man sagt, ja okay, jetzt dadurch hat man die Jugendlichen näher dran und beteiligt sie dann eher an diesen Prozessen, aber im Grunde genommen ist es schon schwierig, wenn man, wenn finanzielle Gründe dafür ausschlaggebend sind[...]“ (Interview 4, S. 5, Zeilen 8-12).

In der Auswertung konnten folgende Faktoren drei Dimensionen der Arbeitszufriedenheit zugeordnet:

1. Mitarbeiter_innen: gute Zusammenarbeit mit der Kollegin und gutes Team (vgl. Interview 4, S. 5, Zeile 24-27);
2. Arbeitsbedingungen: übergeordnet alle Faktoren aus den Kategorien (2), (3) und (4); jedoch ohne die direkten Nennungen hinsichtlich Mitarbeiter_innen und Feedbacks in Kategorie (2);
3. Anerkennung: positives Feedback von den Nutzer_innen (vgl. Interview 2, S. 7, Zeile 15-16)

7.7 ZUSAMMENFASSUNG DER ERGEBNISSE

Die Ergebnisse der Untersuchung können wie folgt zusammengefasst werden:

(1) Kategorie „Unsichere kommunale Förderung“:

- zum einen werden die Kürzungen der kommunalen Förderung in den letzten Jahren belegt und zum anderen wird von allen Interviewten eine Unsicherheit der kommunalen Förderung für Zukunft angezeigt.

(2) Kategorie „Faktoren für Arbeitszufriedenheit“:

- eine hohe Zufriedenheit wird in der direkten Arbeit mit den Nutzer_innen angezeigt, wenn die Angebote von den Nutzer_innen wahrgenommen werden und ein positives Feedback erhalten und eine gute Zusammenarbeit im Team besteht,
- weitere Faktoren für Arbeitszufriedenheit: Anpassung der Förderung an den tatsächlichen Bedarf, Beendigung der Kürzungen, Erhalt der aktuellen Fördermittelhöhe und des beste-

henden Personals, Wertschätzung der geleisteten Arbeit und der Profession und Verbesserung der Außendarstellung der Profession durch die Sozialarbeiter_innen selbst.

(3) Kategorie „Faktoren für Arbeitsunzufriedenheit“:

Auswirkungen der aktuellen Förderbedingungen:

- Einschränkung der Vielfalt möglicher Projekte und der Bedarfsabdeckung generell und der Qualität der pädagogischen Arbeit durch knappe finanzielle Ressourcen; es kann fast nur noch die Grundsicherung der Angebote und Einrichtungen gewährleistet werden;
- Verhinderung von Planungssicherheit durch die auf ein Kalenderjahr begrenzte Förderung; unflexible Mittelverwendung durch die Vorgaben der Förderrichtlinie; die von der Verwaltung verschuldete starke Verzögerung der Jahresbrechung gefährdet kleine Träger durch mögliche Rückforderungen; Benachteiligung kleiner Träger, da diese aufgrund der strukturellen Voraussetzungen stärker von Kürzungsauswirkungen betroffen sind;
- Zeitmangel durch zunehmenden Arbeitsaufwand bei gleichbleibenden strukturellen Bedingungen kann die Arbeit schwieriger bewältigt und nicht den eigenen Qualitätsansprüchen entsprechend umgesetzt werden; hoher oder steigender Verwaltungsaufwand führt zu Zeitmangel in der pädagogischen Arbeit mit den Nutzer_innen; Ableistung unbezahlter Mehrarbeit durch Zeitmangel führt zu Überlastungserfahrungen und Burnout, wird durch Kürzungen gesellschaftlich akzeptiert und unterstützt und darüber wird auch eine Missachtung des Berufsfeldes zum Ausdruck gebracht; Zeitmangel führt zur Nichtrealisierung von Projekten und es besteht zu wenig Freiraum für die Entwicklung von Visionen und innovativer Ideen und es können generell keine konzeptionelle Änderungen für bestehende Angebote oder neue Gesamtkonzepte für Einrichtungen erarbeitet werden, um die Finanzierung der Angebote und Einrichtungen langfristig zu sichern;
- erheblicher organisatorischer und bürokratischer Aufwand durch die ständige Suche nach Fördermöglichkeiten zur Weiterfinanzierung der Angebote;

Kommunikation und Controlling:

- Fehleinschätzungen zur Qualität der Angebote durch mangelhaftes Controlling seitens der Jugendpfleger_innen des Amtes für Jugend und Familie;

(4) Kategorie „Partizipation“:

- Förderung und kritische Betrachtung der Partizipation von Nutzer_innen durch Kürzungen bzw. niedrige Finanzmittel.

In Bezug auf die Dimensionen von Arbeitszufriedenheit konnten die „Faktoren zur Arbeits(un)zufriedenheit“ drei Dimensionen zugeordnet werden: „Mitarbeiter_innen“, „Arbeitsbedingungen“, und „Anerkennung“.

In dieser Arbeit wurde folgende Forschungsfrage formuliert: Wie wirkt sich die Unsicherheit kommunaler Förderung auf die Arbeitszufriedenheit der Mitarbeiter_innen freier Träger in Angeboten der Offenen Kinder- und Jugendarbeit aus?

Die Wahl des Themas wurde maßgeblich durch meine berufliche Tätigkeit im Arbeitsfeld bestimmt. Die Entscheidung, in Teilzeit ein weiterführendes Studium aufzunehmen, entstand aus einem wahrgenommenen Defizit an Theoriewissen, letztendlich aus dem Wunsch, Erfahrungswissen mit fachlichem Wissen zu fundieren und die Grundlagen aus meinem Diplomstudium zu vertiefen, um so die tägliche Arbeit besser bewältigen zu können. Mit der Themenstellung zu dieser Arbeit hat sich dieser Anspruch nochmals sehr eindringlich gezeigt.

Schwierigkeiten bereitete mir die genaue Formulierung der Forschungsfrage unter Verwendung des Terminus Arbeitszufriedenheit. Die Fokussierung auf diesen Forschungsbereich zeigte sich im Verlauf der Arbeit als unglücklich gewählt, da ein erheblicher Aufwand entstand, Stringenz und innere Konsistenz zu halten. In der Auseinandersetzung mit der Fachliteratur zur Offenen Kinder- und Jugendarbeit eröffnete sich ein hoher Wissenszuwachs, der sich im Umfang des deskriptiv-analytischen Teils der Arbeit widerspiegelt. Weiterhin hat sich hierdurch ein Abstand von Theorie und Praxis aufgetan, der die Themenbearbeitung positiv beeinflusste.

Die Analyse der Daten zur kommunalen Förderung von Angeboten nach § 11 KJHG in Chemnitz von 2003 bis 2010 hat mir den hohen Aufwand in der Aufbereitung und einen großen Interpretationsspielraum von „fremden“ statistischen Daten aufgezeigt. Weiterhin bereitete die fehlende Erfahrung in qualitativen Untersuchungen und deren Auswertung Schwierigkeiten. Die theoretische Auseinandersetzung mit diesen Themen ergab einen Wissenszuwachs, die Auswirkungen der fehlenden praktischen Erfahrung diesbezüglich kann jedoch nicht wirklich eingeschätzt werden. Ich vermute, dass mit der verwendeten Auswertungsstrategie nach Meuser und Nagel wichtige Einzelnennungen nicht angemessen in die Auswertung einfließen konnten. Die Wahl der Auswertungsstrategie begründete sich neben dem wissenschaftlichen Bezugsrahmen nicht zuletzt in der Datenmenge und dem zur Verfügung stehenden Bearbeitungszeitraum für diese Arbeit.

Den wissenschaftlichen und eigenen Anspruch in dieser Arbeit zu erfüllen, gestaltete sich durch die Konstellation Teilzeitstudium schwierig. Ebenfalls begleitete mich das schon im Vorfeld befürchtete „Alleinschreiben“ aufgrund fehlender Diskussionen, Reflexion und auch Arbeitsteilung im gesamten Bearbeitungszeitraum. Die Ergebnisse dieser Arbeit schätze ich trotz der benannten Schwierigkeiten als sehr wertvoll ein. Wissenszuwachs, Orientierung, neue Fragestellungen und vielfältige Hinweise, die unterstreichen, wie wichtig Offene Kinder- und Jugendarbeit als Bestandteil dieser Gesellschaft ist, unterstützen diese Einschätzung.

In der Analyse der vorliegenden Fachliteratur konnte die Unsicherheit der kommunalen Förderung belegt werden und über die Ausführungen zur Jugendforschung eine Relevanz der Forschung, die letztlich schon aus dem Forschungsinteresse entsteht, abgeleitet werden. Mit der

Thematisierung von Belastungen für die Mitarbeiter_innen im Arbeitsfeld wurde eine Vielzahl an möglichen Nennungen innerhalb der Interviews erarbeitet. In der Arbeitszufriedenheitsforschung liegen acht relativ stabile Dimensionen vor, die Arbeitszufriedenheit beeinflussen. Die Fragestellungen zu den Dimensionen wurden jedoch wegen der in 7.3 genannten Gründe nach dem Pre-Test aus dem Leitfaden entfernt. Die Auswertung der Daten zur kommunalen Förderung von 2003 bis 2010 und die allgemeine Einschätzung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit zeigen eine unsichere kommunale Förderung für Angebote nach § 11 KJHG auf. Mit diesen Erkenntnissen wurde die Forschungsfrage in ein qualitatives Erhebungsinstrument übersetzt.

In den Ergebnissen zeigt sich, dass alle Interviewten die kommunale Förderung als unsicher einschätzen. Dies ist insofern wichtig, als dass mit der in der Literatur nachgewiesenen Unsicherheit kommunaler Förderung diese nicht zwangsläufig auch subjektiv so wahrgenommen oder eingeschätzt werden muss. Abschließend geklärt werden kann jedoch nicht, ob über die Verwendung des Terminus Kürzungen ein Antwortverhalten impliziert wurde und die Interviewten im Sinne sozialer Erwünschtheit antworteten. Die Offenheit der Frage mindert diese Vermutung.

Die Ergebnisse in den Kategorien „Faktoren zur Arbeits(un)zufriedenheit“ zeigen eine hohe Gewichtung zu den „Faktoren zur Arbeitsunzufriedenheit“ an. Zum einen spiegeln sich hier der in der Literatur beschriebene schlechte Zustand der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und die möglichen Belastungen der Mitarbeiter_innen, die unter 4.3 aufgeführt wurden. Zum anderen besteht die Vermutung, dass die von den Interviewten formulierte Unsicherheit kommunaler Förderung grundsätzlich die Thematisierung von Belastungen bzw. Arbeitsunzufriedenheit förderte. Die Offenheit der gestellten Fragen lässt beide Interpretationen zu.

In den „Faktoren zur Arbeitszufriedenheit“ ist auffällig, dass hohe Zufriedenheit mit der Arbeit ausschließlich in Zusammenhängen aufgeführt wird, die im direkten Einflussbereich der Interviewten liegen bzw. individuellen Merkmalen und Dispositionen der Person zugerechnet werden können. Hier kann aufgrund der Aussagen hinsichtlich der Nutzer_innen vermutet werden, dass für die Mitarbeiter_innen trotz der benannten Belastungen in der Arbeit die pädagogische Arbeit mit den Nutzer_innen im Vordergrund steht und somit ein Motivationspotenzial darstellt, die Belastungen in der Arbeit auszuhalten. Die weiteren Faktoren dieser Kategorie wurden aus den Aussagen der Interviewten hinsichtlich der Wünsche für die Zukunft – und vor dem Hintergrund, dass die Wünsche eine Verbesserung der Arbeitszufriedenheit implizieren – verdichtet und müssen daher in der eben aufgeführten Einschätzung vernachlässigt werden.

In der Kategorie „Faktoren zur Arbeitsunzufriedenheit“ wurden überdurchschnittlich viele Themenbenennungen aus den vier Interviews verdichtet. Das Themenfeld „Kommunikation und Controlling“ verdichtet dabei Aussagen aus nur zwei Interviews. Die demgegenüber zu verzeichnende Themenvielfalt in den „Auswirkungen der aktuellen Förderbedingungen“ unterstreicht eindringlich den Zusammenhang von Arbeitsunzufriedenheit und kommunaler Förderung.

Eine Sonderstellung innerhalb der Ergebnisse nimmt die Kategorie „Partizipation“ ein. In der vorliegenden Fachliteratur konnten keine Hinweise gefunden werden, dass Kürzungen oder eine latente zu niedrige Förderung die Partizipation der Nutzer_innen fördert, was mit den vorliegenden Ergebnissen jedoch vermutet werden kann. Auch wenn hier nicht von einer empirisch gesicherten

Forschung auszugehen ist, wird diese Erkenntnis als besonders wichtig eingeschätzt. Kritisch zu betrachten ist der Umstand, dass Kürzungen oder niedrige finanzielle Förderung zu mehr Partizipation führen. Nicht zuletzt schließt sich die Frage an, ob überhaupt die Möglichkeit besteht, in Angeboten eine Höhe der finanziellen Förderung zu bestimmen, die sich dann positiv auf die Partizipation der Nutzer_innen auswirkt. Mit dem Erfahrungswissen der bisher zehnjährigen Tätigkeit im Arbeitsfeld können jedoch m.E. die Ergebnisse gestützt werden, denn im Bereich Offene Kinder- und Jugendarbeit wird generell eine hohe Kreativität in der Mittelverwendung abverlangt und dadurch ist die Partizipation der Nutzer_innen als maßgebliches Potenzial einzuschätzen.

Interessant vor dem Hintergrund der Aussagen bezüglich Jugendpolitik in der Fachliteratur ist, dass von den Interviewten das Verhältnis zur Lokalpolitik nicht thematisiert wurde. Es kann nur vermutet werden, dass die Aussagen zur Wertschätzung hinsichtlich der von Jugendarbeit geleisteten Arbeit und des Berufszweiges ebenfalls an die Politik gerichtet sind. Die maßgebliche Beteiligung der Lokalpolitik an Entscheidungen hinsichtlich der kommunalen Förderung von Angeboten nach § 11 KJHG müsste m.E. zu einer Thematisierung führen.

Die mögliche Zuordnung der „Faktoren zur Arbeits(un)zufriedenheit“ zu den drei Dimensionen von Arbeitszufriedenheit aus der Arbeitszufriedenheitsforschung – „Mitarbeiter_innen“, „Arbeitsbedingungen“ und „Annerkennung“ – stellt einen Zusammenhang zwischen der hier vorgenommenen Forschung und der Arbeitszufriedenheitsforschung her. Hiermit bestätigt sich auch die Annahme aus 7.3, dass trotz Änderung des 1. Leitfadens eine Zuordnung von Nennungen der Interviewten zu Dimensionen der Arbeitszufriedenheit möglich ist.

Hinsichtlich der Forschungsfrage lässt sich somit folgendes Ergebnis formulieren: Im Rahmen dieser Untersuchung kann über die Aussagen der Interviewten eine Unsicherheit kommunaler Förderung in Chemnitz belegt werden. Durch die überdurchschnittlich hohe Gewichtung der Faktoren, mit denen die Interviewten eine Unzufriedenheit mit der Arbeit zum Ausdruck bringen und der Zuordnung dieser Faktoren zu der Dimension „Arbeitsbedingungen“ aus der Arbeitszufriedenheitsforschung, kann abgeleitet werden, dass die kommunale Förderung in Chemnitz die Arbeitszufriedenheit dieser Mitarbeiter_innen negativ beeinflusst.

Aufgrund der geringen Anzahl der Interviews kann dieses Ergebnis jedoch nicht für alle Mitarbeiter_innen freier Träger in Angeboten nach § 11 KJHG in Chemnitz generalisiert werden. Dennoch zeigen die Ergebnisse eine erste Orientierung auf.

Kritisch zu betrachten ist die Annahme, dass Belastungen generell ein Indiz für Arbeitsunzufriedenheit sind. Individuelle Dispositionen hinsichtlich der Arbeit und eine ausreichende Kompensation von Belastungen, z.B. in der Freizeit, können die aktuelle Einschätzung von Faktoren, die Arbeitszufriedenheit oder Arbeitsunzufriedenheit anzeigen, beeinflussen.

Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen e.V. (Hrsg.) (2002): Ein/e kompetente/r Jugendarbeiter/in braucht... – Kompetenzprofil: Jugendarbeit. Chemnitz: RabenStück Verlag für Kinder- und Jugendhilfe

Arbeitskreis G 5 (Hrsg.) (2009): Das Wissen zur Kinder- und Jugendarbeit – Die empirische Forschung 1998-2008. Ein empirischer Überblick für die Praxis. Aachen: sieprath druck service GmbH

Bisler, W. (2009): Zuflucht beim KJHG: Rettet das Recht die Kinder- und Jugendarbeit?. In: Lindner, W. (2009): Kinder- und Jugendarbeit wirkt – Aktuelle und ausgewählte Evaluationsergebnisse der Kinder- und Jugendarbeit. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 51-63

Meuser, M./Nagel, U. (2005): ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht – Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. In: Bogner, A./Littig, B./Menz, W. (2005): Das Experteninterview – Theorie, Methode, Anwendung. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S.71-93

Brenner, G. (2006): Die Entwicklung der Jugendarbeit im Spiegel der Zeitschrift „deutsche jugend“. In: Lindner, W. (Hrsg.) (2006): 1964 – 2004: Vierzig Jahre Kinder- und Jugendarbeit in Deutschland – Aufbruch, Aufstieg und neue Ungewissheit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 47-61

Brenner, G. (2006): „Politischer Wortbruch“ – Kann die Jugendarbeit sich nur noch außerparlamentarisch wehren?. In: deutsche jugend. Jahrgang 54, Heft 4, S. 150-152

Bruggemann, A. u.a. (1975): Arbeitszufriedenheit. Bern/Stuttgart/Wien: Huber

Bütow, B./Chassé, K. A./Maurer, S. (2006): Soziale Arbeit zwischen Aufbau und Abbau – Transformationsprozesse im Osten Deutschlands und die Kinder- und Jugendhilfe. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Deinet, U./Szlapka, M./Witte, W. (2008): Qualität durch Dialog – Bausteine kommunaler Qualitäts- und Wirksamkeitsdialoge. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Deinet, U./Sturzenhecker B. (2005): Handbuch der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. 3. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Delmas, N./Lindner W. (2005): Salto mortale rückwärts? Oder: Strategie für magere Jahre?. In: deutsche jugend. Jahrgang 53, Heft 12, S. 520-527

Dudenredaktion (2006): Duden – Das Fremdwörterbuch. 9. Auflage. Mannheim: Dudenverlag

- Düx, W. (2003): Kinder- und Jugendarbeit – eine einleitende Skizze. In: Rauschenbach, Th./Düx, W./Sass, E. (Hrsg.): Kinder- und Jugendarbeit – Wege in die Zukunft. Weinheim und München: Juventa Verlag, S. 9-34
- Düx, W./Züchner, I. (2002): Hat es die Jugendarbeit schwerer als andere?. In: Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit Nordrhein-Westfalen/Universität Dortmund – Institut für Sozialpädagogik: Jugendhilfe in NRW – Erfahrungen, Einsichten, Herausforderungen. Münster: Votum Verlag, S. 11-75
- Eichner, A. (2005): Das Team. In: Deinet, U./Sturzenhecker B. (2005): Handbuch der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. 3. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 37-49
- Flick, U./von Kardoff, E./Steinke, I. (Hrsg.) (2007): Qualitative Forschung – Ein Handbuch. 5. Auflage. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag
- Galuske, M. (2003): Arbeitsgesellschaft: Flexible Arbeit – flexible Jugend?. In: Rauschenbach, Th./Düx, W./Sass, E. (Hrsg.): Kinder- und Jugendarbeit – Wege in die Zukunft. Weinheim und München: Juventa Verlag, S. 63-83
- Hafeneger, B. (2009): Zur gegenwärtigen Situation der Kinder- und Jugendarbeit – ein Kommentar zur aktuellen Datenlage. In: Lindner, W. (2009): Kinder- und Jugendarbeit wirkt – Aktuelle und ausgewählte Evaluationsergebnisse der Kinder- und Jugendarbeit. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 37-50
- Hafeneger, B. (2008): Inklusion und Exklusion – Anmerkungen zu einem Trend in der Kinder- und Jugendarbeit. In: deutsche jugend. Jahrgang 56, Heft 7-8, S. 332-338
- Hafeneger, B. (2005): Jugendarbeit zwischen Veränderungsdruck und Erosion – Zum Umgang mit einem Arbeitsfeld (II). In: deutsche jugend. Jahrgang 53, Heft 2, S. 57-67
- Hafeneger, B. (2005): Jugendarbeit zwischen Veränderungsdruck und Erosion – Zum Umgang mit einem Arbeitsfeld (I). In: deutsche jugend. Jahrgang 53, Heft 1, S. 11-18
- Helfferrich, C. (2005): Die Qualität qualitativer Daten – Manual für die Durchführung qualitativer Interviews. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Hurrelmann, K. (2008): Jugendliche 2008 – Sind sie auf die Zukunft vorbereitet?. In: deutsche jugend. Jahrgang 56, Heft 7-8, S. 301-307
- Kals, E. (2006): Arbeits- und Organisationspsychologie - workbook. Weinheim und Basel: Beltz PVU
- Kappeler, M. (2010): Der geplante Ausverkauf der Kinder- und Jugendarbeit durch die Oberste Landesjugendbehörde und die Bezirks-Jugendämter in Berlin. In: deutsche jugend. Jahrgang 58, Heft 4, S. 153-158

- Kohlhoff, L. (2005): Entwicklung der offenen Jugendarbeit in Wolfsburg – Im Spannungsfeld von Nutzern, Sozialarbeit, Kommunen und Organisationsentwicklung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Koring, B. (1996): Zur Professionalisierung der pädagogischen Tätigkeit. In: Combe, A./Helsper, W. (1996): Pädagogische Professionalität - Untersuchungen zum Typus pädagogischen Handelns. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, S. 303-339
- Lindner, W. (2010): Verwahrlosung der Jugendpolitik – (Re-)Politisierung der Jugendarbeit. In: deutsche jugend. Jahrgang 58, Heft 4, S. 159-166
- Lindner, W. (2009): Kinder- und Jugendarbeit wirkt – Aktuelle und ausgewählte Evaluationsergebnisse der Kinder- und Jugendarbeit. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Lindner, W. (2008): „Heute schon geforscht?“ – Strategische Perspektiven für ein Ende der Bescheidenheit. In: deutsche jugend. Jahrgang 56, Heft 1, S. 9-17
- Müller, B. (2005): Siedler oder Trapper? Professionelles Handeln im pädagogischen Alltag der Offenen Jugendarbeit. In: Deinet, U./Sturzenhecker B. (2005): Handbuch der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. 3. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 49-58
- Müller, B./Schmidt, S./Schulz, M. (2005): Wahrnehmen können – Jugendarbeit und informelle Bildung. Freiburg im Breisgau: Lambertus Verlag
- Müller, B. (1998): Qualitätsprodukt Jugendhilfe – Kritische Thesen und praktische Vorschläge. 2. Auflage. Freiburg im Breisgau: Lambertus Verlag
- Münder, J. (2003): Frankfurter Kommentar zum SGB VIII: Kinder- und Jugendhilfe. 4. Auflage. Weinheim/Berlin/Basel: Verlagsgruppe Beltz
- Pluto, L. u.a. (2007): Kinder- und Jugendhilfe im Wandel. München: Deutsches Jugendinstitut
- Pothmann, J. (2002): Jugendarbeit auf dem ‚heißen Stuhl‘. In: KomDat, Jahrgang 5, Heft 2, S. 1-2
- Pothmann, J. (2009): Aktuelle Daten zu Stand und Entwicklung der Kinder- und Jugendarbeit – eine empirische Analyse. In: Lindner, W. (2009): Kinder- und Jugendarbeit wirkt – Aktuelle und ausgewählte Evaluationsergebnisse der Kinder- und Jugendarbeit. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 21-36
- Rech, S. (2008): Aufstieg und Fall? Entwicklung und Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit in Sachsen. Berlin: RabenStück Verlag für Kinder- und Jugendhilfe
- Rosenstiel, L. v. (2000): Grundlagen der Organisationspsychologie: Basiswissen und Anwendungshinweise. 4. Auflage. Stuttgart: Verlag Schäffer-Poeschel
- Rose, L. (2006): Beobachtungen zum aktuellen Stand der Kinder- und Jugendarbeit. In: Lindner, W. (Hrsg.) (2006): 1964 – 2004: Vierzig Jahre Kinder- und Jugendarbeit in Deutschland – Aufbruch, Aufstieg und neue Ungewissheit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 165-178

Scherr, A./Thole, W. (1989): Jugendarbeit im Umbruch. In: Kiesel, D./Scherr, A./Thole, W. (Hrsg.): Standortbestimmung Jugendarbeit. Theoretische Orientierungen und empirische Befunde. Schwalbach/Ts: Wochenschau Verlag, S. 9-34

Sächsisches Staatsministerium für Soziales (2009): Dritter Sächsischer Kinder- und Jugendbericht – Kinder- und Jugendhilfe als Bildungsakteur – Biografieverläufe und Bildungszugänge junger Menschen in Sachsen. Lampertswalde: Stoba-Druck GmbH

Seithe, M. (2010): Schwarzbuch der Sozialen Arbeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Shell Deutschland Holding (Hrsg.) (2010): Jugend 2010 – Eine pragmatische Generation behauptet sich. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag

Schilling, M. (2005): Mehr Leistungen kosten auch mehr – Die Ausgabenentwicklung in der Kinder- und Jugendhilfe von 1992 bis 2003. In: Rauschenbach, T./Schilling, M. (2005): Kinder- und Jugendhilfereport 2 – Analysen, Befunde und Perspektiven. Weinheim und München: Juventa Verlag, S. 29-64

Schröder, W. (2006): Bildung und Lebensbewältigung. In: Lindner, W. (Hrsg.) (2006): 1964 – 2004: Vierzig Jahre Kinder- und Jugendarbeit in Deutschland – Aufbruch, Aufstieg und neue Ungewissheit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 193-206

Sturzenhecker, B./Lindner W. (Hrsg.) (2004): Bildung in der Kinder- und Jugendarbeit – Vom Bildungsanspruch zur Bildungspraxis. Weinheim und München: Juventa Verlag

Thole, W./Küster-Schnapfl, E.-U. (1998): Die MitarbeiterInnen – Könnte Jugendarbeit auch >>´n Maurer machen<<? In: Kiesel, D./Scherr, A./Thole, W. (Hrsg.): Standortbestimmung Jugendarbeit. Theoretische Orientierungen und empirische Befunde. Schwalbach/Ts: Wochenschau Verlag, S. 199-223

Thole, W./Pothmann, J. (2005): Gute Jugendarbeit ist nicht umsonst zu haben – Zwischen Ost und West, zwischen Nord und Süd ... – über die Heterogenität der Kinder- und Jugendarbeit im Ländervergleich. In: Rauschenbach, T./Schilling, M. (2005): Kinder- und Jugendhilfereport 2 – Analysen, Befunde und Perspektiven. Weinheim und München: Juventa Verlag, S. 65-84

Thole, W./Pothmann, J. (2005): Die MitarbeiterInnen. In: Deinet, U./Sturzenhecker B. (2005): Handbuch der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. 3. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 19-37

Thole W./Pothmann, J. (2006): Realität des Mythos von der Krise der Kinder- und Jugendarbeit. In: Lindner, W. (Hrsg.) (2006): 1964 – 2004: Vierzig Jahre Kinder- und Jugendarbeit in Deutschland – Aufbruch, Aufstieg und neue Ungewissheit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 123-144

Uhlich, E. (2005): Arbeitspsychologie. 6. Auflage. Zürich und Stuttgart: Verlag Schäffer-Poeschel

Uhlig, J. (2009): Ausgewählte Theorien zur Arbeitszufriedenheit. In: Stütz, F./Hansen, S./Uhlig, T./Lohse, M./Uhlig, J. (2009): Forschungsbericht „Der goldene Vorschuss“ E-Qalim: Mitarbeiterzufriedenheit durch Beteiligung und Selbstbewertung- Eine vergleichende Analyse. Hochschule Mittweida - Rosswein (FH), S. 20-31

von Wensierski, H.-J. (2006): Versuch einer allgemeinen Theorie der Jugendarbeit – Kommentar zur C. Wolfgang Müllers „Versuch 2“. In: Lindner, W. (Hrsg.) (2006): 1964 – 2004: Vierzig Jahre Kinder- und Jugendarbeit in Deutschland – Aufbruch, Aufstieg und neue Ungewissheit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 69-76

Weinert, A. B. (2004): Organisations- und Personalpsychologie. 5. Auflage. Weinheim/Basel: Beltz PVU

Wilk, A./Pothmann, J./ Bröring, M./Hessisches Ministerium für Arbeit, Familie und Gesundheit (Hrsg.) (2010): Kinder- und Jugendarbeit in Hessen – Auswertungen und Analysen zur Kinder- und Jugendarbeit in Hessen auf der Basis der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik. Wiesbaden: Dinges & Frick

10.2 QUELLENVERZEICHNIS

Pothmann, J. (2008): Personalrückgänge jenseits der Kindertagesstätten: <http://www.jugendhilfeportal.de/wai1/showcontent.asp?ThemaID=5651>, 26.11.2010

Roedenbeck, M. R. H. (2008): Theoretische Grundlagen eines komplexen Modells der Arbeitszufriedenheit (KMA) – Eine theoretische Meta-Analyse. In: Journal für Psychologie. Jg. 16, Ausgabe1: <http://www.journal-fuer-psychologie.de/jfp-1-2008-8.html>, 07.12.2010

Stadt Chemnitz (2010): Anlage 3 zur Beschlussvorlage B-093/2010

Stadt Chemnitz (2010): Entwicklungs- und Konsolidierungskonzept 2010. Chemnitz

Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Ausgaben und Einnahmen (2005-2008):

https://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,sfgsuchergebnis.csp&action=newsearch&op_EVASNr=startswith&search_EVASNr=2255, 27.11.2010

Statistisches Bundesamt: Tabelle Verbraucherpreisindex (inkl. Veränderungsraten) Deutschland, https://www.genesis.destatis.de:443/genesis/online;jsessionid=4305F3107FC45865079904B8593D5509.tomcat_GO_1_2?sequenz=tabelleErgebnis&selectionname=61111-0001, 27.11.2010